

Breslauer Zeitung.

Biwelsährlicher Abonnementssatz. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Notizen aus Schlesien u. Polen 20 Pf.



3 e i t u n g .

Erschließung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 52. Morgen-Ausgabe.

Neunundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 21. Januar 1888.

Bosnien und Bulgarien.

III.

In dem sogenannten Testament Peters des Großen heißt es, § 9: „Meine Nachfolger sollen sich Konstantinopel und Indien möglichst nähern. Sie sollen sich nach und nach des Schwarzen Meeres wie des Baltischen bemächtigen.“ In § 11 wird wörtlich empfohlen „das Haus Österreich dafür zu interessiren, die Türken aus Europa zu jagen und seine Eifersucht zu neutralisiren, indem man entweder ihm einen Krieg mit anderen Staaten Europas erregt, oder indem man ihm einen Theil des Erbtertums giebt und nachher wieder weg nimmt.“ Ob dieses Testament echt oder falsch ist, jedenfalls hat die russische Regierung alle Zeit nach demselben gehandelt. So hat sie Österreich im Jahre 1876 Bosnien angeboten, wenn Russland Bulgarien nehmen würde, und hat sich die wohlwollende Neutralität der habsburgischen Monarchie im orientalischen Kriege erkauf um den Preis des „europäischen Mandats“ zur Occupation von Bosnien und der Herzegowina durch die österreichisch-ungarische Kaiserstadt.

Nun freilich haben die orientalischen Angelegenheiten eine Wendung genommen, welche weder in den Berechnungen des Moskowiterthums noch in denen Österreichs lag, obwohl sie darum nicht weniger den Wiener Kreisen willkommen war. Dass Russland sich bei den Gründungen des Berliner Vertrages auf die Dauer nicht befreiden werde, war von vornherein allseitig klar. Russland will im Orient keine Ruhe, keine Stetigkeit; es will nicht, dass die Türkei sich wieder festige, noch dass irgendwelche lebensfähigen Staaten gebilde am Bosporus und Balkan entstehen, sondern es will das Ende des starken Mannes, um ihn zu beerben. Höchst charakteristisch ist, dass schon vor nahezu sechs Jahrzehnten Russland plötzlich dem Sultan gegen Mehemed Ali zu Hilfe kam, weil, wie es in dem amtlichen „Recueil des traités“ heißt, „Russland erkannte, dass die Errichtung eines jungen und kräftigen Staates auf den Trümmern des osmanischen Reiches unter dem Scepter eines fähigen und energischen Souveräns wie Mehemed Ali den wahren Interessen Russlands direkt zuwiderlaufen würde“. Es liegt also durchaus im System des Zarenreiches, den fortschreitenden Ausflussungsprozess der Pforte zu begünstigen, aber jede Bildung lebensfähiger und kräftiger Staaten auf den Trümmern des osmanischen Reiches zu verhindern. Noch weniger entspricht es natürlich den Wünschen des Moskowiterthums, dass sich auf der Balkanhalbinsel ein immerhin so mächtiger Nebenbuhler wie Österreich dauernd festsetze, zumal in einer strategischen Position, welche den Truppen der habsburgischen Monarchie auf dem Wege nach Konstantinopel einen Vorsprung vor den Osmanen giebt.

Wäre nicht Russland von der unbedingten Voraussetzung ausgegangen, dass Fürst Alexander, der jugendliche Sohn des Zaren, der am russischen Hofe verhältnisvoll ist, im russischen Hauptquartier Zeuge des Kampfes gegen die Pforte war, ein vollständig willenloses Werkzeug der russischen Politik sein werde und dass Bulgarien nichts anderes werden könne, als eine russische Militärcolonie, so hätte das Moskowiterthum niemals in die Abreitung von Bosnien und der Herzegowina an Österreich-Ungarn gewilligt. Indessen man war Österreich einen Bruch hin, um selber einen größeren Theil der Beute einzuholen. Man kann sehr zweifelhaft sein, ob die österreichische Politik, welche sich auf diesen Handel einließ, weise gewesen ist. Denn wären die Dinge gegangen, wie man auf dem Berliner Congresse annahmen musste, so hätte der Besitz von Bosnien die russische Hegemonie in Bulgarien kaum aufgewogen, zumal wenn auch der Generalgouverneur von Otrumeliens nur ein Werkzeug der russischen Machthaber war. Hätte Österreich sich statt mit Russland, gegen Russland verbündet, vielleicht wäre heute die orientalische Frage schon gelöst, während sie nun zu einer chronischen Krankheit Europas geworden ist. Indessen, war einmal die österreichische Regierung entschlossen oder genötigt, Russland freies Spiel zu lassen, so kann es allerdings nur als ein mächtiger Erfolg des Grafen Andraßt bezeichnet werden, dass er Russlands Zustimmung zu dem Erwerb von Bosnien und der Herzegowina erhielt.

Es ist nicht genug zu verwundern, wie wenig die Parlamente in Wien und Pest vor einem Jahrzehnt die Tragweite dieses Schrittes für die fernere Gestaltung des Orients erkannten. Wie schon auf dem Berliner Congress Lord Beaconsfield erklärte, die Occupation jener Provinzen sei geeignet, das Übergewicht der slawischen Rasse zu verhindern, so erklärte Herr von Tisza im ungarischen Reichstage, „das Slaventhum, das sich wie eine Riesen Schlange um die ganze Monarchie gewunden, sei in Bosnien auf den Kopf getreten.... Unsre Richtschnur ist: Können wir die Weltreignisse nicht hindern, so müssen wir verhindern, was mit unseren Existenzbedingungen im Widerspruch steht. Nichts Erspektiveres für uns, als wenn die Türkei sich in engeren Kreisen regenerirt, nachdem Bosnien und die Herzegowina ihre Kräfte nicht mehr zerstreut; aber wir müssen überall auf der Bresche stehen, damit auf der Balkanhalbinsel jeder Kleinstaat sich überzeugt, dass in dem Moment, wo die Katastrophe unaufhaltbar hereinbricht, Österreich und nicht Russland über sein Schicksal entscheidet.“ Graf Andraßt selbst erklärte im Budget-Ausschusse: „Erstens, ich habe nichts untersucht gelassen, um den Krieg hinzuhalten; also kann man mir weder die Einsicht noch den Machiavellismus zutrauen, die Occupation beabsichtigt zu haben. Zweitens, nachher war die Occupation unvermeidlich, schon weil der Verlust Dalmatiens nur noch eine Frage der Zeit war, wenn wir Serbien, Montenegro und die Insurgenten frei gewähren ließen.

Wir mussten entweder Dalmatien und jedes Ansehen im Orient aufgeben oder die neue Position annehmen.“ Die letztere Darstellung ist begründet, wenn man die Prämisse für richtig hält. Aber nicht ohne Grund erklärte Graf Apponyi, es sei völlig verkehrt, wenn Andraßt zu seiner Vertheidigung sich immer nur darauf berufe, nach Ausbruch des Krieges sei nichts anderes zu thun gewesen; „sein Fehler begann, als er die Russen den Pruth überschreiten und den Pariser Vertrag zerreißen ließ“. Nachdem aber diese Politik nicht mehr rückgängig zu machen war, musste unweichhaft die österreichische Volksvertretung einmütig die bosnische Occupation als nicht nur gerechtfertigt, sondern nothwendig erklären. Wenn die Opposition behauptete, die Besetzung jener Provinzen werde die innere Kraft des Landes schädigen und dränge die Nation in eine falsche Bahn, wenn sie sogar im Unterhause eine Adresse mache, in welcher die unbegrenzlichen

Sätze vorkommen: „Es gilt jetzt, Zustände zu schaffen, dass die Occupation schnell aufgegeben werden kann, sie könnte sonst gar zur Annexion führen, welche die Quelle noch schwererer Gefahren sein würde“, — so bedürfen diese Ausführungen heute nicht mehr der B widerlegung. Kein österreichischer Staatsmann, keine österreichische Partei wird jemals wieder Bosnien und die Herzegowina preisgeben und damit die Balkanhalbinsel der russischen Macht ausliefern. Wiewohl offiziell die Souveränität der Pforte in beiden Provinzen noch besteht, so ist doch nicht daran zu denken, dass jemals wieder die Pforte irgend eine Regierungshäufigkeit in Bosnien und der Herzegowina ausüben werde. Allerdings hat Graf Andraßt erklärt: „Die Occupation hört auf, wenn alle Gefahren fortfliegen und die Pforte Ruhe schafft, sowie die Kosten erzeigt hat.“ Das aber ist eine Vertröstung auf den jüngsten Tag.

Als Graf Ignatius in San Stefano ein Bulgarien schuf, welches bis unter die Mauern von Konstantinopel reichte, erklärte Österreich-Ungarn seine Lebensinteressen verlegt und schickte England seine Flotte nach der Besitzkai. Russland müsste im Berliner Vertrage auf die Verbindung von Ostrumeliens mit Bulgarien verzichten, obwohl Bosnien und die Herzegowina zu Österreich geschlagen wurden. Niemals hat die russische Regierung den Plan aufgegeben, jene Verbindung von Ostrumeliens mit Bulgarien herzustellen und mithin seine bulgarische Militärcolonie zum Ausfallstor gegen Byzanz zu machen und das leichte Hindernis aus diesem Wege hinzuzuräumen. Der Plan des Moskowiterthums ist ausgeführt worden, aber ohne Russland und gegen Russland. Wie wenig die österreichische Regierung den Fürsten Alexander kannte, ergiebt genugsam die Thatache, dass sie Serbien zum Kriege gegen Bulgarien nöthigte, um die Union von Philippopol rückgängig zu machen, während der Zar diese Union billigte und aufrecht zu erhalten vertrach, aber nicht mit dem Fürsten Alexander als Bulgarenherrscher. Die Ausdehnung der bulgarischen Grenze über den Balkan erschien mit Recht der österreichischen Regierung als eine solche Verschiebung des Gleichgewichts im Orient, dass sie den Kriegsfall bedeutet hätte, wenn Bulgarien unter russischem Einfluss geblieben wäre.

Da ergab sich, Dank den Missgriffen der russischen Machthaber, eine vollommene Schwächung der bulgarischen Nation nach der österreichischen Seite. Russland wurde aus seiner vorgeschobenen Position verdrängt; die russischen Offiziere mussten Bulgarien räumen; die russischen Beamten wurden entlassen, und die russischen Agenten waren machlos. Während Österreich sich auf der Balkanhalbinsel dauernd festgesetzt hatte, sah sich Russland um die Hauptfrucht des orientalischen Krieges betrogen. Die Wendung der bulgarischen Dinge ist eine nachträgliche Rechtfertigung der österreichischen Politik, wie sie sich Graf Andraßt nie hat träumen lassen. Erst jetzt erscheint der Löwenanteil an der Beute des Krieges auf österreichischer Seite, und gerade jetzt erscheint selbst die Unabhängigkeit der früheren Vasallenstaaten Serbien und Rumänien von der Pforte als ein schweres Hindernis für die russischen Pläne; denn als türkisches Gebiet bildeten beide Staaten ein natürliches Angriffsobjekt und eine Durchzugsstraße für die russischen Heere. Heute aber sind beide Staaten österreichisch unantastbares Gebiet. Dieser Nachteil konnte nur ausgleichen werden durch die unbestrittene Machstellung Russlands in Bulgarien. Sobald aber Bulgarien, sei es unter österreichischem Einfluss, sei es unabhängig national ist, sieht sich Russland der Verwirklichung seiner Pläne auf Konstantinopel ferner denn je, und es ist begreiflich, dass es in dem österreichischen Besitz von Bosnien die schwerste Niederlage erlebt, welche das Moskowiterthum seit dem Fall von Sebastopol erlitten hat.

Darum handelt es sich in der bulgarischen Frage nicht um den Berliner Vertrag, nicht um den Fürsten Ferdinand, sondern um die Hegemonie im Orient. Es handelt sich um die Frage, ob Russland seine Etappen gegen Konstantinopel vorschicken oder auf diesem Wege von Österreich dauernd gehindert werden darf. Österreich würde sich selbst den Strick drehen, mit dem es erdrosselt werden soll, wollte es irgend eine Handhabe bieten, den russischen Einfluss in Bulgarien wiederherzustellen. Denn ohne das levantinische Hindernis ist Österreich-Ungarn politisch, wirtschaftlich, finanziell zu Grunde gerichtet. Österreich kämpft in Bulgarien um seine Existenz, um seine Zukunft, und deshalb ist nicht zu erwarten, dass es sich mit einem Bruch absindern lassen wird, den man ihm später wieder abnehme. Das Schicksal ist in den letzten Jahren Österreich günstiger gewesen, als irgend ein Staatsmann geahnt hat. Ein Blick auf die Karte zeigt, dass heute in dem Wettkampf nach Konstantinopel die habsburgische Monarchie weit voraus ist; Russland will den Zwischenraum nicht nur einholen, es will wieder „an der Spitze der Civilisation marschieren“, während Österreich die Bildung dauerhafter Balkanstaaten begünstigt. Das sind die klaren Interessen und Gegensätze in der orientalischen Frage. Bosnien und Egypten sind früher von Russland als Compensationsobjekte angeboten worden. Bosnien und die Herzegowina sind an Österreich, Egypten und Cyprus sind an England gefallen, und Russland steht noch immer an der Donau.

Die offensichtliche und unstrittige Absicht der russischen Machthaber ist die Russifizierung von Groß-Bulgarien. Österreich-Ungarn, Italien und England sind einig in der Absicht, jede Russifizierung Bulgariens zu verhindern und jeden Schritt zu vereiteln, welcher nach dem Ziele geschieht, aus dem Mittelmeer einen moskowitischen See zu machen. Über den einen wie den anderen Plan lassen die actenmäßigen Erklärungen der leitenden Staatsmänner nicht den geringsten Zweifel. Unter diesen Umständen aber ist es verfehlt, von der Entfernung des Fürsten Ferdinand aus Bulgarien eine Lösung der heutigen Wirren zu erwarten. Der Streit liegt viel tiefer; er wurzelt in dem Jahrhunderte alten Drange der Russen nach Konstantinopel befußt Errichtung des byzantinischen Weltreiches und in der Überzeugung der europäischen Friedensmächte, dass die Erfüllung dieses Planes die Vernichtung ihrer eigenen Freiheit und Wohlfahrt bedeuten müsste.

Deutschland.

○ Berlin, 19. Jan. [Die Emigration.] Der Vorschlag der Reichsregierung, in dem neuen Socialstengesetz als Strafe für Socialdemokraten, welche auf Grund dieses Gesetzes verurtheilt werden, auch den Verlust der Staatsangehörigkeit, und zwar nicht nur in

einem einzelnen Staate, sondern auch im ganzen Reiche einzuführen, ist bisher von keiner Seite, welche von der Regierung unabhängig ist, vertheidigt worden, obwohl die Reichsregierung selbst in der Begründung der Vorlage diese Emigration als den Schwerpunkt der vorgeschlagenen Änderungen bezeichnet. Die Regierung macht sich die Motivierung ihres Vorschlags ein wenig leicht, wenn sie sagt, dass diejenigen, welche die Existenzbedingungen des Staates verneinen und für die Herbeiführung des gewaltigen Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung berufsmäßig ihre Kräfte einsetzen, nicht einen Anspruch darauf erheben dürfen, noch weiter Angehörige des Staates zu sein. Wenn daher der Staat derartige Personen aus seiner Gemeinschaft ausscheide, so werde hierin ein berechtigter Grund zu Klagen nicht gefunden werden können. Diese Darstellung erinnert an die Thatache, dass gelegentlich jede politische Partei ihrer Gegner vorgeworfen hat, die Existenzbedingungen des Staates zu verneinen. Hundertfältig ist den Liberalen aller Schattirungen von den Vorkämpfern der düstersten Reaction nachgefragt worden, dass sie an Thron und Altar rütteln, dass sie Gegner der Monarchie und des Reiches seien, und dass sie religiöslos und vaterlandslos seien. Warum sollte nicht einst eine Regierung aus diesen Theorien die praktischen Folgen ziehen und das Gesetz auch auf andere als socialdemokratische Bürger anwenden? Aber ist es denn überhaupt gestattet, dass eine Majorität mit solchen Mitteln gegen die Minderheit kämpft, auch wenn sie deren Ziele für völlig verwerlich erachtet? Jeder Politiker von starker Überzeugung wird die Politik seines Gegners für staatsgefährlich ansehen. Aber wenn man darum sich berechtigt dünkt, den Gegner nicht nur mundtot zu machen, sondern zum Vaterlande hinauszutreiben, so provozierte man damit lediglich den Krieg aller gegen Alle. Dieser Vorschlag ist so neu und ohne Beispiel, dass mit Recht die öffentliche Meinung vor demselben steht wie vor einem unbegreiflichen Rätsel. Welche Wirkungen würde eine solche Maßregel haben? Es würde Männer, wie es Johann Jacobi gewesen, oder wie es heute Bebel und Singer sind, nicht nur das Mandat zum Reichstag oder zur Stadtverordnetenversammlung, sondern überhaupt die Reichsangehörigkeit aberkannt, sie würden zum Lande hinausgejagt werden können. Das wären Maßregeln, welche eine namenlose Erditterung erzeugen müssten. Aber bei Männern wie Bebel und Singer würde die Anwendung der Waffe nicht einmal am gefährlichsten sein. Man denke sich, dass weniger gewandte und bemittelte Männer von diesem Losse getroffen würden. Man stelle sich vor, dass sie im Auslande in Not und Elend gerathen, dass sie der öffentlichen Armenpflege verfallen, dass sie als Fremde per Schiff über die Grenze nach Deutschland gebracht, von Deutschland aber, welches sie nicht mehr als seine Landeskinder anerkennt, per Schiff wieder über eine andere Grenze gebracht werden, was soll aus diesen Menschen werden? Müsste es nicht ein formelles Wunder sein, wenn sie nicht Anarchisten würden und an Staat und Gesellschaft, welche mit ihnen in dieser Weise umgehen, Rache nehmen wollten? Endlich aber, liegt nicht in dem Gesetz gerade die Möglichkeit, den ersten besten Mann der Opposition aus dem Reichstag und aus dem Vaterlande zu vertreiben, indem vielleicht in mißverständlicher Auffassung Gericht und Regierung ihn einfach als gemeinfährlichen Socialisten ansehen? Ist denn nicht ohnehin der Liberalismus hundertfältig von den Offiziellen als Vorfahrt der Socialdemokratie bezeichnet worden? Ist nicht noch jüngst die Rede des Abgeordneten Bülle in Bremen als eine Verbrüderung mit der Socialdemokratie verdächtigt worden? Ein verderblicher Vorschlag als diese Emigration ist niemals von einer Regierung ersonnen worden. Wir glauben auch nicht, dass der Bundesrat auf dieser Bestimmung bestehen werde, sondern dass dieselbe höchstens Vorhandendienste für die Verlängerung des bisherigen Gesetzes leisten wird.

[Der Verwaltungsbericht des landwirtschaftlichen Ministeriums,] welcher in diesem Jahre erscheinen dürfte, wird, wie verlautet, eine vierjährige Periode, nämlich die Jahre 1884 bis 1887, umfassen und wahrscheinlich in zwei Theilen erscheinen. Der erste würde sich mit der Verwaltung des Landwirtschaftswesens, der zweite mit der Forst- und Domänenverwaltung beschäftigen.

Dem Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der für Rechnung des preußischen Staates verwalteten Eisenbahnen im Betriebsjahr 1886/87, der dem Landtag zugegangen ist, entnehmen wir über den Umfang des Bahngeländes, dass am Schluss des Betriebsjahrs 1885/86 die dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen mit normaler Spurweite einschließlich der Wilhelmshaven-Oldenburger und des preußischen Anteils der Main-Neckar Eisenbahn eine Gesamtlänge von 20 977,26 Kilometer hatten. Hierzu traten 389,34 Kilometer im Laufe des Betriebsjahrs neu eröffnete Strecken, so dass nach Abzug von 22 Kilometern auger Betrieb gelegter Strecken die Gesamtlänge normalspuriger Bahnen am Schluss des Betriebsjahrs 1886/87 21 338,60 Kilometer bezogen hat. Im Besitz des Staates befand sich noch ein Reh schmalspuriger, dem öffentlichen Verkehr dienender Zweigbahnen im Oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenverein in einer Gesamtlänge von 108,57 Kilometer, sowie 189,69 Kilometer von nicht im öffentlichen Verkehr befindlichen Bahnen. Der preußische Anteil an der Main-Neckarbahn beträgt 6,33 Kilometer. Die von der großherzoglich oldenburgischen Eisenbahn direction verwaltete Eisenbahn Wilhelmshaven-Oldenburg ist 52,37 Kilometer lang. Von dieser Gesamtlänge der Eisenbahnen entfallen auf die Provinzen:

| | |
|---|-----------------|
| Ostpreußen | 1 085,59 Kilom. |
| Westpreußen | 1 132,90 = |
| Pommern | 1 161,08 = |
| Posen | 1 124,39 = |
| Sachsen | 2 865,71 = |
| Brandenburg einschließlich Berlin | 2 164,54 = |
| Sachsen | 1 859,07 = |
| Hannover | 1 884,56 = |
| Westfalen | 1 888,02 = |
| Hessen-Nassau | 1 192,19 = |
| Rheinprovinz | 2 84,71 = |
| Schleswig-Holstein | 561,53 = |

während außerhalb des preußischen Staatsgebietes zusammen 19 774,29 Kilometer Bahnen belegen sind. Die Länge der im preußischen Staate belegenen Privatbahnen beträgt 2814,66 Kilometer, von denen seitens der Staats-Eisenbahnverwaltung 432,37 Kilometer als gepachtete Strecken und 169,07 Kilometer für Rechnung der betreffenden Gesellschaften betrieben werden. Für die am Schluss des Betriebsjahrs seitens des preußischen Staates für eigene Rechnung betriebenen normalspurigen Eisenbahnen beträgt das verwendete Anlagekapital 5 852 654 877 M., d. i. pro Kilometer 275 032 M. Das Anlagekapital der Wilhelmshaven-Oldenburger und des preußischen Anteils der Main-Neckarbahn beträgt 12 721 692 M., so dass

sich ein Gesamtanlagecapital von 5 865 376 569 M., d. i. pro Kilometer 274 872 M. ergiebt. Auf den im Berichtsjahre für Rechnung des Staates betriebenen Bahnen waren 2105 Bahnhöfe, 625 Haltestellen und 489 Haltpunkte, zusammen 3219 Stationen vorhanden. Über die Betriebs- und Werkstätten-Krankenkassen, welche gemäß dem Kranken-Versicherungsgesetze vom 15. Juni 1883 begründet sind, lautet der Bericht gut. Obwohl sämtliche Kassen schon seit ihrem Bestehen über die gesetzlichen Mindestleistungen hinaus nicht allein den Mitgliedern, sondern auch deren Familienangehörigen in Krankheitsfällen Hilfe und Unterstützung gewähren, hat wiederum eine große Zahl der Kassen ohne Beitragserhöhungen ihre statutenmäßigen Leistungen erweitern können. Bei einer Gesamt-Jahres-Einnahme von rund 3 247 000 Mark wurden an Krankheitslosen rund 2 703 000 M. aufgewendet. Während die Zahl der Erkrankungen gegen 1885 im Jahre 1886 sich um 398 und die Zahl der Krankheitstage um 20 003 verminderte, steigerte sich, namentlich in Folge Erweiterung der statutenmäßigen Kassenleistungen, der Gesamtbetrag des gewährten Krankengeldes von 670 857 M. auf 783 141 M. Trotzdem ist das Gesamtvermögen der Kassen von rund 2 040 000 M. auf 2 508 000 M. gestiegen. Die zur Durchführung der Unfall-Versicherungsgesetze vom 6. Juli 1884 und 18. Mai 1885 im Bereich der Staats-Eisenbahn-Bewaltung erforderlichen Einrichtungen haben sich bewährt. Die Gesamt-aufwendung belief sich im Berichtsjahr auf rund 129 000 M. Dieselbe wird in der Folge eine erhebliche Steigerung erfahren, da zu den fortzuhaltenden Renten neue hinzutreten. Auch die beiden Pensionskassen für die Betriebsarbeiter und für die Werkstättenarbeiter der Staats-Eisenbahn-Bewaltung haben sich im Berichtsjahr nach jeder Richtung gut entwickelt. Die Kassen hatten eine Jahreseinnahme von 1 973 229 Mark. Verbraucht wurden 1 347 767 M. Ruhegeld für die dauernd arbeitsunfähigen Mitglieder, 87 245 M. Waisengeld, 32 453 M. Witwengeld und 2409 M. Sterbegeld. Das Gesamtvermögen stieg von 3 882 406 M. auf 5 530 664 Mark oder auf 142,7 M. für jedes Kassenzugehörige. Mit Zustimmung der Vertreter der Kassenzugehörigen den Generalversammlungen, welche zu Anfang des laufenden Rechnungsabores getagt haben, ist es möglich gewesen, durch Nachtragbestimmungen zu den Statuten der Pensionskassen noch einige erwünschte Maßnahmen einzuführen. Dieselben bestehen im Wesentlichen in Folgendem: a. Die Bestimmung, wonach die mehr als vierzig Jahre alten Arbeiter den Pensionskassen nicht beitreten können, ist befeitigt und damit jede Altersgrenze für den Beitritt zu den Kassen wegfallen. b. Der Pensionskasse für die Betriebsarbeiter sollen auch weibliche Personen, welche dauernd und in selbstständigen Stellungen im Eisenbahndienste thätig sind, beitreten können. Sie entrichten einen Kassenbeitrag in Höhe von 60 p.c. des Beitrages männlicher Kassenzugehörigen derselben Eintrittsalters und derselben Lohnklasse und erwerben, wie die männlichen Kassenzugehörigen, einen Anspruch auf Pension, jedoch nicht auch auf Waisengeld für die etwa hinterbliebenen Kinder. c. Beabsicht Vereinfachung der Geschäfte sollen dienstigen Arbeiter, welche in der Beschäftigung im Eisenbahnbetriebs- und Eisenbahnwirtschaftsdienste wechseln, unter Aufrechterhaltung ihrer Rechte und Pflichten auch in ihrer Angehörigkeit zu den beiden Pensionskassen wechseln. d. Die beschränkenden Bestimmungen, wonach der Höchstbetrag der Pension eines Mitgliedes nicht mehr als 400 M. und das Waisengeld für ein Kind unter gewissen Umständen nicht mehr als 72 M. für das Jahr betragen sollte, sind in Wegfall gebracht.

[Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags] hat, wie bereits telegraphisch gemeldet, das Material über eine Anzahl von polizeilichen Maßregelungen ihrer Parteigenossen den Reichstagsmitgliedern durch den Druck zugehen lassen. Der Fall Kehler wird folgendermaßen dargestellt:

Ende des Monats Mai 1886 wurde beim Regierungsbauamtsleiter Kehler, der damals zu Berlin, Kurfürstenstraße 147, wohnte, in seiner Abwesenheit eine Hausforschung von Polizeibeamten gehalten und eine Anzahl von Schrifträumen und Drucksachen mit Beschlag belegt. Kehler wurde zum nächsten Tage nach dem Polizeipräsidium bestellt und er wurde hier einem Verhör unterworfen, das sich auf die beschlagnahmten Schriften und auf sein Auftreten in Berliner Fachvereinen bezog. Die Schrifträume und Drucksachen wurden alle ihm wieder zurückgegeben bis auf eine telegraphische Depesche, die eine Aufrufung zum Halten eines Vortrages in einer Bauhandwerkerveranstaltung nach außerhalb enthielt, und einen Brief, der auch gewerkschaftliche Angelegenheiten beprach, aber nicht an Kehler gerichtet war, sondern durch irgend einen Zufall ihm unter anderen Papieren zugegangen war. Schr. bald darauf erging eine Verfügung des Polizeipräsidiums, durch welche der Fachverein der Maurer und die Commission zur Herausgabe des „Bauhandwerkers“, des Fachorgans der Maurer, auf Grund der preußischen Verordnung über das Vereinswesen vorläufig geschlossen wurden, weil sie beschuldigt wurden, obgleich sie politische Vereine wären, mit anderen Vereinen in Verbindung gestanden zu haben zum Erreichen gemeinsamer Zwecke. Es wurde diese vorläufige Schließung der beiden Vereine vom Untersuchungsrichter aufrecht erhalten und die Voruntersuchung eingeleitet. Kehler ist in der Sache zweimal verhört, einmal in Berlin und ein zweites Mal im August 1886 zu Frankfurt a. M. Seit der Zeit hat er von der Sache nichts mehr vernommen, die beiden

Vereine sind aber noch immer vorläufig geschlossen. Anfangs Juni 1887 wurde Kehler eines Tages um die Mittagszeit von zwei Beamten der Berliner Criminalpolizei auf der Straße aufgegriffen, in eine Drosche gefestigt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier wurde ihm ein Protokoll verlesen, worin ihm bekannt gemacht wurde, daß er auf Grund des Socialstengesetzes als ein der öffentlichen Sicherheit gefährlicher Mensch aus Berlin ausgewiesen wäre und innerhalb 48 Stunden die Stadt zu verlassen habe. Auf seinen Einwand, daß er sich an politischen Bestrebungen wie beteiligt, sondern nur auf gewerkschaftlichem Gebiete bei Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Bauhandwerker thätig gewesen wäre, wurde weiter keine Rücksicht genommen. Kehler wurde befragt, wohin er sich jetzt wenden würde. Er erklärte, zuerst nach Brandenburg a. H. für kurze Zeit gehen zu wollen, weil er von hier aus seine Privatgefäße in Berlin abwickeln wolle, und dann würde er weiter gehen, wohin er natürlich noch nicht. Darauf wurde er entlassen. Er reiste zur festgesetzten Zeit ab und hielt sich einige Tage in Brandenburg auf. Von hier wendete er sich mit der Bitte an den Polizeipräsidiums von Berlin, ihm zu erlauben, mit der Stadtthurn durch Berlin zu fahren, weil er in Pommern ein Geschäft abzuwickeln habe, das er näher bezeichnete. Es handelte sich um die Abgabe eines technischen Gutachtens in einer Mühlenangelegenheit. Diese Erklärung wurde ihm verweigert und er wurde mit Verhaftung bedroht, wenn er selbst nur mit der Eisenbahn das Gebiet des kleinen Belagerungszustandes von Berlin passieren würde. Am 20. Juni wurde ihm darauf eine Verfügung des Polizeipräsidiums von Potsdam vom 19. Juni 1886 eingehändigt, durch welche dem Kehler auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 31. August 1842 über die Aufnahme anziehender Personen der Aufenthalt in der Stadt Brandenburg a. H. untersagt, und ihm eine zweitägige Frist zum Abreisen gesetzt wurde. Diese Verfügung traf Kehler, der gar nicht fragte war, wie lange er sich in Brandenburg aufzuhalten wolle, als er schon zur Abreise bereit war. Er begab sich nach Braunschweig und nahm hier in einem Gaffhaus Aufenthalt. Kehler hatte auch hier zu bleiben durchaus nicht die Absicht. Am politischen Leben beteiligte er sich in Braunschweig nicht, er lebte nur seinen Privatgeschäften. Die einzige Thätigkeit, die er sonst entdeckte, war auf gewerkschaftlichem Gebiete. Er veranlaßte, daß ein Strike der Braunschweiger Bauhandwerker beendet wurde, dennoch wurde ihm, ebenso ohne ihn zu fragen, ob und wie lange er am Orte bleiben wolle, eine Verfügung vom 14. Juli 1886 eingehändigt, auf Grund welcher er unter Berufung auf das Freizügigkeitsgesetz vom 1. November 1867 § 3 aus dem Herzogthum Braunschweig ausgewiesen wurde. Kehler begab sich jetzt nach Gotha und von dort Anfangs August 1886 nach Frankfurt am Main. In Frankfurt am Main wurde er vor die Polizei geladen und über Zweck und Dauer seines Aufenthalts befragt, aber sonst nicht weiter belästigt. Er reiste am 1. September 1887 nach München. Hier wollte Kehler seiten Wohnscheinnehmen. Er wurde am 7. September, nachdem gleich nach seiner Ankunft bei ihm eine resultlose Hausforschung nach verbotenen Schriften stattgefunden hatte, zur Polizei geladen und ihm zu Protokoll erklärt, daß man die Absicht habe, ihn auszuweisen. Kehler hoffte, daß, wenn man glaubte, nach dem Freizügigkeitsgesetz vom 1. Nov. 1867 dazu das formale Recht zu haben, man doch von diesem Recht keinen Gebrauch machen werde, da erin München nur seine Tochter auf die Kunstgewerbeschule geben wolle. Man nahm dies zu Protokoll. Die Tochter Kehler's kam Anfangs October an und auch die Mobilien waren aus Berlin eingetroffen. Kehler hatte sich an keiner politischen Thätigkeit beteiligt und war auch gewerkschaftlich ganz passiv gewesen. Er erhielt aber am 8. October einen Beschluß der Königlichen Polizeidirection vom 30. September mitgetheilt, wonach er aus dem Königthum Baiern ausgewiesen würde. Auf die rechtzeitig gegen diesen Beschluß eingereichte Beschwerde stand am 11. November 1887 Termin zur öffentlichen Verhandlung vor dem II. Senat der Kammer des Innern der Regierung von Oberbayern an, in welcher die Beschwerde des Kehler verworfen wurde. Dieser Beschluß wurde ihm am 24. November behändigt mit der Begründung, daß er nun in drei Tagen die Stadt München und das Königreich Bayern zu verlassen habe. Kehler begab sich am 27. November nach Stuttgart und dann am 25. December nach Gera. Bis jetzt hatte sich Kehler an der politischen Bewegung nicht beteiligt. Aber diese Zurückhaltung hatte, wie man sah, ihm nichts genutzt, er war trotzdem verfolgt und herumgehetzt worden. Als nun die Reichstagswahlen kamen, hielt er es für seine Pflicht, sich nicht weiter von der politischen Wirklichkeit zurückziehen. Er nahm nicht nur Kandidaturen in Coburg und im zweiten Weimar'schen Wahlkreis an, sondern beteiligte sich auch an der Wahltagung in den Kreisen Gera, Neub. ältere Linie, Altenburg, Chemnitz u. a. D. Er wurde nun auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes am 15. Februar 1887 aus Gera und dem Fürstenthum Neub. ältere Linie, am 12. März aus dem Fürstenthum Sachsen-Altenburg ausgewiesen. Kehler lebte darauf, durch Familien- und Geschäftsangelegenheiten veranlaßt, eine Zeit lang auf Reisen und nahm am 12. April 1887 in Gotha Aufenthalt, wo er mit einer kurzen Unterbrechung bis zum 29. Juni 1887 verblieb. An diesem Tage mußte er auf Grund einer Ausweisung das Fürstenthum Gotha verlassen. Es war dies übrigens die einzige Ausweisung, in welcher Kehler Mühe hatte, eine zweitlängige Frist zum Ordnen seiner Angelegen-

heiten vor der Abreise zu erhalten. Ihm wurde die Ausweisung auf dem Rathause zu Gotha zu Protokoll gegeben und er sollte nun auch sofort zur Bahn gebracht werden, um abzureisen. Ein erheblicher Grund für ein solches Verfahren war nicht vorhanden. Kehler begab sich nach Eisenach, wo er vom 9. Juli bis 8. September 1887 sich aufhielt. An diesem Tage mußte er, abermals ausgewiesen, Eisenach und das Großherzogthum Sachsen verlassen. Sowohl in Gotha wie in Eisenach hatte Kehler sich wiederum jeder politischen Thätigkeit enthalten. Die Ausweisungsbefehle waren alle mit ganz geringen Abweichungen nach demselben Schema abgefaßt, wurden übrigens vielerorts nur mündlich verlesen und keine schriftliche Ausfertigung ertheilt.

[Die Einverleibung von Hamburg, Bremen, Altona, Brake und Bremerhaven] in das deutsche Zollgebiet wird am 1. October d. J. erfolgen. Wie die „Weser-Ztg.“ meldet, faßt man schon jetzt die Maßnahmen ins Auge, welche dieser Borgang in Bezug auf das bis jetzt von Preußen angestellte Beamtenpersonal nothwendig macht. Eine große Zahl derjenigen preußischen Zollbeamten, deren Stellen in Hannover und Schleswig-Holstein infolge der Einverleibung aufgehoben werden, sollen dorthin in den hanseatischen Dienst von Hamburg und Bremen übergehen.

[Eine neue Rheinbrücke.] Zwischen Abgeordneten des schweizerischen Bundesrates und den Vertretern des Großherzogthums Baden, sowie der aargauischen Kantons-Regierung fanden jüngst Verhandlungen statt wegen des Baues einer neuen Brücke am Platz der heutigen Nothbrücke über den Rhein bei Kaiserstuhl.

* Berlin, 19. Januar. [Berliner Neuigkeiten.] Die bekannte an vielen Orten ausliegende Adresse an den Kronprinzen wird in ihrer künftigen Ausführung am Freitag, den 20., und Sonnabend, den 21., von früh 9 bis Mittags 2 Uhr im großen Festsaal des Hotel de Rome, Eingang Charlottenstraße, zur öffentlichen Veröffentlichung ausliegen. Am 22. er. soll die Adresse mittels Cabinetscouriers nach San Remo befördert werden.

Frankreich.

s. Paris, 17. Jan. [Die Interpellation Lamarzelle in der Kammer.] Ein Pyrrhussieg, den das Cabinet Tirard gesiegt ersuchten! Denn man kann es doch nie als ein Zeichen des Vertrauens der Kammer betrachten, daß gerade bei dem Passus der Tagesordnung, der das Vertrauen impliziert, sich 100 Deputirte, die vorher für dieselbe votirt, der Abstimmung enthielten. Es besagt das doch ganz deutlich, daß diese 100 Abgeordneten dem Cabinet kein Vertrauen votiren konnten und daß sie, wenn sie zur Stimmabgabe gezwungen worden wären, gegen das Ministerium Tirard sich gewandt und somit dasselbe gestürzt haben würden! — Darüber ist man ganz klar, daß der gestrige Tag die Autorität des neuen Cabinets nicht gestärkt, daß es durch seine Haltung bei der Discussion über die Interpellation Lamarzelle seine Stellung nicht bestigt hat! Auf allen Seiten wird die Schwäche dieses Ministeriums constatirt, von den einen mit wohlwollendem Mitleid, von anderen mit großer Entrüstung und von einigen mit verächtlicher Strenge. Die Intransigenten und Extrem-Radicalen sind es dieses Mal, die der Regierung das mitleidige Wohlwollen entgegenbringen. Das beweist genug! Das Cabinet wird für ohnmächtig gehalten, und man spekulirt auf seine Schwäche. Der Pariser Stadtrath wird sich aus der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer schon die richtigen Schlüsse zu ziehen wissen. Nochfort in seiner Unverantwortlichkeit spricht sie heute ganz offen im „Intransigent“ aus: „Die Kammer hatte nicht den Mut, den Kampf mit dem Pariser Stadtrath aufzunehmen“. Die Kammer und die Regierung hätte er sagen müssen! Und da diese beiden Machtfactoren durch ihr gestriges Auftreten dem Stadtrath für seine Illigalitäten sämtliche notwendigen Befreiungen gegeben, so wird dieser gewiß nicht zögern, bald handgreiflich zu beweisen, wessen er fähig ist! Aus der gestrigen Verhandlung und aus den Bemerkungen, welche die Parteiorgane an sie knüpfen, läßt sich das Schicksal des Cabinets und auch das der Kammer fast mit Sicherheit vorher sagen. Das Cabinet ist nicht lebensfähig und muß bei der allerndächtesten Gelegenheit fallen! Die Intransigenten und Radicalen haben es gestern noch gehalten, weil es dem Drängen der gemäßigten Ordnungsparteien, kräftig die Rechte des Staates zu wahren, einen passiven Widerstand entgeggestellt — eines aktiven Widerstandes sind die Herren, welche gestern noch auf der Ministerbank Platz genommen, offenbar nicht fähig! Aber auch die Revolutionären der Kammer werden dennächst wieder gegen das Ministerium anstrengen, weil dessen Mitglieder doch immerhin dem

Lobe-Theater.

Donnerstag, 19. Januar.

Eine Speulation.

Schwank in 4 Acten von Richard Lobeck und Fritz Odemar.

Den verschieden „Einführungserfolgen“, die der Schwank „Eine Speulation“ an angefeindeten deutschen Theatern bisher gehabt, hat sich am vorigestrigen Abend der erste Bühnenerfolg zugesellt. Coulissen-terminologisch genauer gesetzt, wurde derselbe wohl als Achtungs-, vielleicht Hochachtungs-, am sichersten aber als Freundschaftserfolg anzusehen sein. Der eine der beiden Verfasser, Herr Richard Lobeck, erfreut sich in vielen Kreisen unserer Stadt hoher Werthschätzung, nicht zum wenigsten auf Grund seiner oftmals bewiesenen Fähigkeit, durch die Gabe der Poesie den Glanz festlicher Veranstaltungen zu erhöhen. Von Denen, die dieses Talent Lobeck als würdiges Gelegenheit hatten, fehlte wohl Keiner in dem gut besetzten Hause. Sie alle wollten den Schritt des Freundes aus dem Bereich der Gelegenheitsdichtung auf die Breite, die die große Welt bedeuten, teilnahmsvoll begleiten und schienen fest entslossen, dem jungen Verfasser dramatischer einen möglichst ermunternden Erfolgsvorwurf zu bereiten. Erinnert man sich des schönen Dichterworts: „Wer Freunde hat, ist sie zu finden wert“, so kann man das volle Haus an und für sich als einen persönlichen Erfolg des einen der beiden Verfasser bezeichnen. Der andere derselben, Herr Fritz Odemar, hat sich während seiner Wirksamkeit als Regisseur am Lobecktheater in der vergangenen Saeson gleichfalls mancherlei Sympathien erworben, so daß auch hier für viele Besucher das Bedürfnis vorlag, ihrem Interesse für den Künstler in den vollständigen Accenteen der wohltuenden Sprache des Beifalls Ausdruck zu geben. Die geschätzten Berufsgenossen des Herrn Odemar von beiden hiesigen Bühnen vervollständigten das Parquet von Freunden, vor dem die Novität in Scene ging. Der Kritiker mußte sich in diesem Hause vorkommen wie ein misstrauisch betrachteter Eindringling. Seine Aufgabe ist es ja, wie Lessing sagt, von dem gespendeten Beifall kalten Herzens genau so viel zurückzunehmen, daß der verbleibende Rest den wahren Werthe des befaschten Werkes entspricht. Dies ist eben das unfehlbare Mittel des Kritikers, das ihm gegeben ist, sich — verhaft zu machen. Zum Glück stellt sich nicht jede Kritik als eine über empfundene Correctur der beifallsfrohen Haltung des Publikums dar. In dem Falle, mit dem wir es heute zu thun haben, werden wir unser Gewissen nicht belasten, wenn wir sagen: die Verfasser haben ihr Opus zu einem Schwank gemacht, also laßt es für einen Schwank gelten! Ein Schwank ist kein Lustspiel, einem Schwank gegenüber kann der Kritiker kein Unmensch sein. Und, ehrlich gestanden, es sind uns Exemplare dieser dramatischen Gattung auf der Bühne begegnet, die sich an glücklicher Harmlosigkeit der Erfahrung mit der „Speculation“ ebenso wenig messen könnten, wie hinsichtlich mancher gelungenen Scenen. Wenn die Verfasser mit einiger Selbstüberwindung hier und da Längen bestreiten, die der heiteren Stimmung der Zuhörer entschieden Abbruch thun, wenn

sie unter dem Juwel an reinen Wortwirken — der Kalauer ist nun einmal gar kein Witz — kräftiglich aufräumen, leerer kann ich nicht mehr werden, ich will Lehrer werden“ sagt u. A. Jemand im Stück!! und wenn sie die Voraussetzungen, unter denen die „Speculation“ eintritt wird, ein wenig modifizieren, so dürfen sie eine verbesserte Fassung ihres Schwanks zu Stande bringen, die wohl geeignet wäre, ein unterhaltungsbedürftiges Publikum einen Abend lang zu amüsieren. Die Idee, die Leiden eines Eisprächters, der immer vergeblich auf energischen Frost wartet, von der komischen Seite her zu schildern, ist für einen Schwank gewiß höchst verwertbar, und die Verfasser haben diese Idee nach allen möglichen Richtungen hin durchgeführt. Nur haben sie den Fehler begangen, durch Auseinandersetzung der einfachsten praktischen Erwägungen bei dem Zuschauer Zweifel daran wachzurufen, daß sich die Dinge so abspielen könnten, wie es hier geschieht. Zunächst ist es unmöglichlich, daß Jemand, und wäre es selbst der Bäckermeister Schlumb, sein ganzes Vermögen (30 000 M.) an eine so unsichere Speculation, wie es eine Eispracht ist, setzen könnte. Ein solch' unbefonnener, thörichter Schritt wird aber geradezu undenkbar, wenn es sich, wie in unserm Schwank, um eine Eispracht auf ein Jahr handelt, schon aus dem einleuchtenden Grunde, daß derartige Pachtungen der Natur der Verhältnisse nach immer gleich auf mehrere Jahre abgeschlossen werden, weil die kalten Jahre den Aussall der milden decken müssen. Die Verfasser wollten offenbar den Angsten und Nöthen ihres Helden das gehörige Relief geben, indem sie sein ganzes Vermögen in eine möglichst gefährdet Position brachten; doch durften sie nicht übersehen, daß sie durch die Herausforderung der Kritik auch des simpelsten Zuschauers dessen naive Genußfähigkeit erheblich schädigten. Man kann sich ganz gut vorstellen, daß Schlumb, wenn es sich bei seiner Speculation nur um einen Theil seines Vermögens und um den Verlust des Gewinns nur eines Pachtjahres dreht, immer noch aufgergetzt genug sein würde, um im Schwank eine sehr komische Figur zu spielen, ohne daß er durch seine Dummheit stutzig würde. Nebenbei bemerkt, ist ein 10 000 Thaler-„Rentier“ in einer Großstadt ein Anachronismus. Wir würden also dem Helden gestoßen noch einige Schätzende zulegen — es kostet ja nichts — und ihn einen vernünftigeren Pachtcontract schließen lassen; im Übrigen könnte Alles beim Alten bleiben; nur herhaft von dem Stück streichen! Gleich im ersten Act kann die Scene eliminiert werden, in welcher der Agent Steppie sein speculationsfähiges Opfer „herumbringt“. Die Scene ist müßig, weil die Wandlung von der ursprünglich ablehnenden Haltung Schlumb's zur zustimmenden psychologisch nicht gereichen ist; die Scene ist auch überflüssig, weil es dem Zusammenhang der Handlung nicht im Geringsten schadet, wenn Schlumb bei Eische, wie er es ja jetzt ohnedies thut, erzählt, daß er auf die Speculation mit der Eispracht eingegangen sei. Im weiteren Verlauf könnte der Zwist zwischen dem Brautpaar Marie Schlumb und Carl Grübler, der eine nur mittelbare Folge der

Speculation des alten Schlumb's ist und sich als ein dem Geiste des Schwanks durchaus fremdes Element zu breit macht, kürzer behandelt werden. Die Figur eines Lieutenant, die als unsichtbare Hinter-Coulissen-Figur sehr gut charakterisiert war, würden wir nicht auf die Bühne gebracht wünschen. Sie fällt vor unsern Augen völlig aus dem Charakter heraus. Ein Lieutenant, der höheren Tchierschillen auf dem Wege aus der Schule austauriert, um mit ihnen zu fotettieren, kann hinterher nicht ein ernstes Colleg über die Anforderungen lesen, die man, gemäß den veränderten Eigenschaften der heutigen Lieutenant, in unsern Tagen an einen Bachisch stellt. Die Erwägung, daß damit eine dankbare Chargenrolle fällt, darf die Verfasser nicht abschrecken, ihren zeitgemäßen Lieutenant mit ehrenvoller Abschied zu entlassen. So dürfen die Verfasser bei genauerer Selbstprüfung noch manche Stelle entdecken, wo ihnen der Rothstift des Regisseurs gute Dienste leisten würde. Ein Schwank ist eine um so sicherere Speculation auf die Erschütterungsfähigkeit des Zwerchfells, je flotter und rascher sich das Knäuel der bunten Fäden, aus denen das Dessel gewebt wird, abrollt. Daß dieser und jener Kalauer entbehrließt, erlaubt wir uns bereits anzudeuten. Manchmal haben die Verfasser auch dadurch gesündigt, daß sie einige komische Momente zu sehr „ausschlagen“. Das Eisstück, das sie gelegentlich auf die Bühne bringen, hält sich zu lange in den Händen der Mitspielenden auf und verliert dadurch seine erheiternde Wirkung; die meteorologischen Bedingungen des Herrn Schlumb brauchen nicht durch übertrieben zahlreiche Untersuchungen des Barometer- und Thermometerstandes markirt zu werden. Eigentlich genügt es schon, daß Schlumb perpetuell wie eines der ihn so lebhaft interessirenden optischen Instrumente wie eines hohen Ordens am Halse trägt. Solche aussehenden Kleinigkeiten müssen sorgfältig auf die Intensität ihrer Wirkung erogen werden. Sie können nur die Rolle von ganz untergeordneten Zuthaten spielen; das Wichtigste muß in der Charakteristik der Figuren selbst liegen.

Als ein Vorzug der Novität ist es anzusehen, daß sie den Darstellern gute Rollen in die Hände giebt. Es läßt sich aus jeder der aufstrebenden Figuren etwas schauspielerisch Wirtshafes machen. Dieser Umstand ist wohl vornehmlich auf Rechnung der Mitarbeiterchaft des Schauspielers und Regisseurs Odemar zu setzen, dessen praktische Erfahrungen auf der Bühne hier mit zumeist richtigem Blick für das scheinlich Vortheilhafteste vermerkt zu sein scheinen. Die Figuren sind nicht durchweg neu — in welchem Schwank käme nicht eine geringere oder größere Zahl von abgebrachten Bühnenotypen aus den Coulissen heraus! Es ist so schwer, etwas Awaries zu erfinden! Sie sind auch nicht alle gleich sorgfältig gezeichnet — aber der geschickte Darsteller hat die Freiheit, zu retouchiren, wo es ihm angebracht erscheint, und das haben die Mitwirkenden am Donnerstag redlich gethan. Es ist schwer zu entscheiden, ob nicht die vortreffliche Besetzung der meisten Rollen des Stückes an dem Erfolg desselben einen größeren Anteil hatte als

opportunistischen Lager, wenn auch nicht dem streitbaren Theile des selben, angehören. Und die Opportunisten, so sehr sie den endlos wiederholenden Ministerkrisen abgeneigt sein mögen, werden sich doch nicht für die Aufrechterhaltung des Cabinets Tirard in große Kosten stürzen. Ist doch das Votum, für das sich das letztere gestern erklärte, gegen ihre Stimmen durchgegangen. Sie haben, wie es ihr Redner Waldeck Rousseau zum Ausdruck gebracht, eine energische Repression gegen den Stadtrath, der einen communistischen Staat Paris in der Republik Frankreich zu gründen willens ist, ausüben wollen. Und wenn Herr Ferry nicht immer noch trog des gegen ihn im December verübten Attentates des Gegenstand des sinnlosen Hasses selbst gemäßigter Deputirten der radicalen Partei wäre, so würde er gestern auf die Tribüne gestiegen sein und das Cabinet gezwungen haben, den Kampf gegen den Pariser Municipalrat mit aller Energie aufzunehmen. — Aber nicht nur das Cabinet, sondern auch die Kammer hat sich gestern ihr Todesurtheil gesprochen: das Wort „Auflösung“ wurde gestern in allen Ecken der Couloirs des Palais Bourbon gehört und heute wird dasselbe von vielen Blättern, vor Allem aber von dem auf die weiten Volksmassen auss Tiefe einwirkenden stets vernünftig und klug in Fragen der inneren Politik gehaltenen „Petit Journal“ wiederholt. Mit dieser Kammer gehts nicht weiter: Die Geschäfte des Landes werden vernachlässigt, nothwendige Gesetzesvorschläge liegen seit Monaten in den Portefeuilles der sich folgenden aber sich nicht gleichenden Minister, ohne zur Durchberatung gelangen zu können! Diese Kammer ist das Unglück des Landes! Dieses Thema wird in die verschiedensten Tonarten variiert, von den Opportunisten und Monarchisten und auch von einigen aufrichtigen und einstufreichen Radicalen. Die äußerste Linke sträubt sich zwar gegen diesen Gedanken; aber derselbe hat nun einmal seinen Weg im Volke gemacht und wird voraussichtlich bald verwirkt werden. Schon verpflichten die Wahlcomités ihre Kandidaten für die in einzelnen Departements stattfindenden Ersatzwahlen, eine Auflösung der Kammer herbeizuführen: gegen diesen deutlichen Willensausdruck des Volkes giebt es auch für die äußerste Linke keinerlei Einwände.

[Eine anti-chauvinistische Kundgebung.] In einer der letzten Nummern des „Journal des Débats“ findet sich unter dem Titel: „Ein französischer Geschichtsschreiber in Deutschland“ eine höchst bemerkenswerte anti-chauvinistische Kundgebung. Der Verfasser, G. M. de Bogue, beschäftigt sich mit der Recension eines kürzlich erschienenen Geschichtswerkes von Lavié, welchem er das Lob ertheilt: „Nirgends kann man besser sehen, wie viel der französische Geist an Verliebung, an Sinn für Billigkeit und an Selbstbeherrschung gewonnen hat“. In welchem Geiste der Aufsatz geschrieben ist, möge folgende Sätze zeigen:

„Ich lehrte — sagt der Verfasser — vor einigen Wochen nach Frankreich zurück und nahm meinen Weg über Mainz und Metz. Ich kaufte auf den Bahnhöfen Zeitungen, jene Blätter, welche man mit so großer Ungeduld entfaltet, wenn man aus der Ferne kommt, weil sie Nachrichten vom häuslichen Herde bringen. Sie waren voll von einem schimpflichen Scandal, sie erzählten den Beginn jener Geschichten, von denen man sich nur wundern mußte, daß sie nicht mit einem Pistolenblitz endeten. Meine Umgebung las diese Geschichten mit Befriedigung. — In Bingen unterbrach das Anhalten des Auges meine Lecture. Als ich empörte war am Himmel eine Errscheinung, die mich im Augenblick wunderbar fesselte. Über dem Rhein, welcher ruhig seine grauen Fluten am Fuß der Berge wälzte, über den Abzügen des Johannisbergs, wo das helle Gold der Weinberge sich hoch oben an die schwarzen Lännen des Niederwalds anschloß, über den Rebeln, welche an jenem Oktobermorgen vom Flusse aufstiegen, erhob das Standbild der Germania, den Horizont des Rheingaus beherrschend, sein Diadem zu den Wolken. Der Kosof da oben lastete in seiner Gewalt — man fühlte es — wie eine die Ewigkeit beherrschende Wacht auf diesem ganzen Land, unerschütterlich auf seinem Felsensockel, unverwundbar in seinem ehrnen Gewand, gefornt aus dem Metall zerbrochener Kanonen. Ja, das war das Bild von Deutschland, wie es jenes Volk geträumt hatte, der Einheitsgebaude von 40 Millionen Seelen in Erz gegeben und auf Granit gegründet. Ich konnte ihm nicht stützen. Wir wollten gerecht sein. Wenn das siegreiche Weib da oben das Seepfer der Welt trägt, so hat dies einen guten Grund: sie blickt zurück auf ein Jahrhundert der Geduld, der Selbsterwerbung, der Bürgertugend. Dies gibt ein Recht auf Größe. Und die Führer dieses Volkes irrten nicht, wenn sie vor 17 Jahren die Hilfe Gottes anriefen: wir meinen jene göttliche Gerechtigkeit, die unsern Blüten während langer

dem Darsteller des Schlumba abgesehen, dessen art das Groteskomische streifende Manier — Herrn Gaspar's Geberden überschreien seine wenig angenehme, gänzlich modulationsunfähige Stimme — uns nicht behagen will, wußten alle bei der Aufführung thälichen Kräfte das Interesse der Zuschauer in hohem Grade zu erregen. Der Preis gebührt der talentvollen Naiven, Fr. Schneider, die durch ihr schalkhaftes Spiel, dessen starke Seite eine gewinnende natürliche Unruh ist, sich die Verfasser zu größtem Dank verpflichtet hat. Im Übrigen wetteiferten mit einander in dem Bestreben, den Autoren einen Erfolg zu sichern, Frau Weckes in der Rolle der immer nur um das Wohl der Familie besorgten Hausfrau Caroline Schlumba, Fräulein Brion in der Rolle einer unglücklichen Braut, die erst im letzten Act nach Wegräumung eines bedauerlichen Mißverständnisses sich von Neuem ihrem designirten Verlobten, dem Gas- und Wasserleitungunternehmer Carl Grubler verpflichtet, welcher seinerseits in Herrn Franker einen soliden Darsteller guter Wiener Schule gefunden hatte. Den Vater Carls, den Maurermeister Grubler, der seinen Freund Schlumba vor unbedachten Schritten in Sachen der Speculation zurückzuhalten sucht und es daher mit jenem völlig verdrißt, bis er Gelegenheit findet, ihm in der Noth behilflich zu sein, mache Herr Pauly zu einer interessanten Charakterrolle. Herr Homann erregte schon durch seine bloße Maske als verschrobener Photograph August Schlumba hellen Jubel; ihm stand mit Glück in einer ernsteren Rolle als seine Gattin Fräulein Fey zur Seite, welche nur weniger gedehnt zu sprechen nötig gehabt hätte, um eine höchst sympathische Figur abzugeben. Frau (oder Fräulein?) Lauterbach erregte durch ihre humorvolle Darstellung der alten Jungfer Anna Grübler (von der schwächtenden Sorte, wie sie auf dem Theater gut eingebürgert ist) viel Heiterkeit. Der Agent Steppke wurde von Herrn Engel charakteristisch wiedergegeben, und was den Schwimmlehrer und präsumtiven Eisenbahn-Unterwächter ungenannten Namens anbetrifft, der auf der Bildfläche erscheint, so hätte derselbe kaum mit draffischer Komik gespielt werden können, als Herr Müller es that. Herrn Sasse dankten die Zuschauer für seinen Lieutenant durch einen Hervorruf. Herr Bertram gab als Photographengehilfe einen neuen Beweis seiner unglaublich vorhandenen vis comica. In diesem Ensemble guter schauspielerischer Leistungen vermochte außer dem Bäckermeister Schlumba auch Fräulein Drucker nicht einen besonders sympathischen Eindruck zu machen. Es schätzte ihrem Spiel an Natürlichkeit und Grazie.

Die Inszenirung des Stükcs unter der Regie des Herrn Emil Valdek liest nichts zu wünschen übrig. In dieser Hinsicht sind wir auf der Bühne des Operntheaters jetzt auf einem Punkt angekommen, wo die Kritik des Lobes überhoben scheint.

Natürlich wurde Herr Valdeval stürmisch gerufen.

Karl Vollrath.

Zeiträume verschleiert ist, die aber das Glück schließlich stets nach der Seite wendet, wo eigene Kraft es verdient hat. Man müßte den Franzosen beladen, welcher diese Wahrheit nicht begreifen sollte, oder, wenn er sie begreift, Amtstand nehmen sollte, sie laut zu sagen.“

Großbritannien.

[Ein verwegener Brillanten-Diebstahl] hält augenblicklich die englische geheime Polizei in Thätigkeit und das Publikum in Spannung. Am Freitag Abend, während die Bedienten auf dem Landhaus eines früheren Parlamentsmitgliedes beim Nachessen in den unteren Räumen von Taplow Court, bei Maidenhead versammelt waren, drangen die Diebe in die Schlafzimmer des Besitzers und hatten schon vor 10 Uhr mit den Juwelen im Werthe von 5000 Pf. Sterl. das Weite gefehlt, ohne daß sie auf irgend welche Weise in ihrem Handwerk unterbrochen worden wären. Unter den gestohlenen Gegenständen befindet sich ein Perlenhalsschmuck im Werthe von 1500 Pf. Sterl., 10 goldene, mit Juwelen besetzte Armbänder und 18, meist mit Diamanten und Perlen eingeglegte Broschen. Man vermutet, daß der Diebstahl in ungefähr 20 Minuten ausgeführt wurde. Die Summe von 200 Pf. Sterl. ist für Mittelungen aufgelegt, welche zur Verhaftung der Thäter und zur Wiederherstellung der Gegenstände führen werden.

Rußland.

[Das Rescript des Zaren an Fürst Dolgorukow.] Das Rescript, durch welches Kaiser Alexander die ihm von dem Generalgouverneur von Moskau, Fürsten Dolgorukow, überhandten Glückwunsche beantwortet hat, lautet wie folgt:

„Fürst Vladimir Andrejewitsch! Es ist Mir angenehm, auch dieses Mal in Ihrem Glückwunsch zum neuen Jahr die Stimme Moskaus und die aus dem Herzen Russlands kommenden guten Wünsche zu vernehmen. Ich zweifele nicht an der Aufrichtigkeit des russischen Gefühls, das Ihnen zur Grundlage dient, und bin überzeugt, daß ganz Rußland mit Mir an diesem Tage Gott bittet, unsere Kräfte auf Befreiung der auf Glauben und Recht begründeten Ordnung und auf Vermehrung des Volkswohlstandes zu lenken. Auf dieses Ziel sind auch alle Meine Wünsche gerichtet in der festen Hoffnung, daß der Friede, mit dem uns die Vorsehung segnet, auch in dem begonnenen und in den künftigen Jahren es uns gestatten wird, alle Kräfte des Reiches und alle Anstrengungen seiner treuunterhändigen Söhne dem Werke der inneren Entwicklung zu weihen. Ich verbleibe Ihnen immerdar unabänderlich wohlgezeigt. Alexander. St. Petersburg, den 2. Januar 1888.“

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 20. Januar.

In dem neuesten Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen sind folgende aus Schlesien eingereicht: Die Handelskammer für die Stadt und den Kreis Görlitz schließt sich in Bezug der Getreidezollvorlage den Beschlüssen des deutschen Handelstages an und bittet um Aufhebung des Identitätsnachweises. In einer anderen Petition tritt die Görlitzer Handelskammer der Petition des Vereins

Berliner Kaufleute der Colonialwarenbranche, betreffend das Gesetz über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, bei — Herr N. Schäffer in Breslau bittet, die Denaturalirung von Oliventhal und Baumwollzamensal zu gestatten. Der Abg. Dr. Alexander Meyer hat dem Reichstage diese Petition überreicht. — Der Vorstand der Handwerker-Innung zu Laubähnle tut seine zünftlerischen Gesetze in drei Petitionen fund. In der ersten bittet er um Änderung der Gewerbe-Ordnung bezüglich des Haushandelns, in der zweiten um Ausdehnung des § 107 der Gewerbe-Ordnung auf sämmtliche nicht selbstständige gewerbliche Arbeiter ohne Unterschied des Lebensalters und in der dritten um Annahme der Anträge Haberland und Genossen und Ackermann und Genossen, den Befähigungs-nachweis und das Innungswesen betreffend. — Der land- und forstwirtschaftliche Verein in Beuthen O.S. bittet um Erhöhung des Zolles auf lebendes Vieh nach den Vorschlägen des deutschen Landwirtschaftsrathes.

— In einer aus Breslau, 17. d. Ms., datirten Correspondenz der „Königl. Zeit.“ heißt es über den Fürstbischof Dr. Kopp:

Fürstbischof Dr. Kopp, welcher von seiner Romfahrt noch nicht heimgekehrt ist, hat bisher seine Freunde wie seine zahlreichen geheimen Gegner insofern gleichermaßen enttäuscht, als er noch nichts gethan hat, was einen Schluck auf seine Stellungnahme zu den früher hier herrschend gewesenen Strömungen und Gewalten gestattete. Daher er sich nicht auf die Seite dieser Strömungen und Gewalten gestellt hat, ist freilich gewiß. Er hat

den zu den Unversöhnlichen zählenden alten Generalvicar des Bistums, den Weihbischof Dr. Gleich, nicht wieder zum Generalvicar ernannt, sondern ihn nur mit der Verwaltung des Generalvicariats beauftragt, und in der Geheimen Kanzlei hat er Herrn Gleich den Patrioten Dompropst Dr. Kasper zur Setze gegeben; auch daß Dr. Kopp das Protectorat über die schlesischen Malteser nur unter der Voraussetzung angenommen hat, daß es ihm gelingen werde, die unter den schlesischen Maltesern (Richter Graf Ballesirem und Richtung Herzog von Ratibor und Graf Fred Frankenbergs) bestehende Spaltung zu befechten, mit der Erklärung, er werde das Protectorat niedergelegen, sobald er erkennen müsse, daß die erstreute Verhöhnung nicht erreichbar sei — auch diese Thatache hat die gebührende Beachtung gefunden. Aber dies ist auch alles, was man von Bekündung einer Stellungnahme des Fürstbischofs Dr. Kopp weiß. Er hat sich im Ungeheuer völlig zurückgezogen gehalten, und wenn er auch jeden Besuch gemacht hat, den man von ihm erwarten durfte, so steht es doch fest, daß er in jedem einzelnen Falle eben nur eine vorgeordnete Form erfüllte. Er hat auch, abgesehen vom Tage seiner Einführung, noch kein Ehrengebeben, obgleich er selbst nach dem Herkommen beim diesigen fürstbischöflichen Stuhle bereits zweimal, am 13. November, dem Kirchweihstage seiner Kathedrale, einen Kreis ihm aufgängender Männer zu sich zu bitten. Man hat unter der hiesigen höheren Geistlichkeit die Empfindung, Dr. Kopp habe erstlich den Wunsch gehabt, zunächst Personen und Dinge selbst kennen zu lernen, um dann um so sicherer sich entscheiden zu können — sobald aber werde er wohl seine persönliche Anwesenheit in Rom ausüben, um sich im Vatican einen Rückhalt zu schaffen, um seine Stellung auch gegenüber den genossen unterwühlenden Streben kirchlicher Keits, wie sie hier so vielfach schon hervorgetreten sind, unaufhörlich zu machen.

Soweit die Correspondenz der „Königl. Zeit.“ Es ist vorauszusehen, daß die „Schles. Volkszeit.“ an diesen Mittheilungen noch kritik abwenden werde.

Wie schon gemeldet, sind seit Beginn der vorigen Woche in Liegnitz zahlreiche Erkrankungen an Typhus vorgekommen. In Folge dessen ist die dortige Bürgerschaft in hohem Grade beunruhigt, zumal die Ursache und Ausdehnung der Erkrankungen noch nicht genügend aufgeklärt ist. Aus diesem Grunde wäre es sehr wünschenswerth, wenn die Liegnitzer Sanitätspolizei über den Stand der Epidemie eine offizielle Auffklärung geben würde, welche alle Überreibungen auf das richtige Maß zurückführt. Von gut unterrichteter Seite wird uns heute aus Liegnitz geschrieben: Die Erkrankungen treten in der Stadt sehr diffus auf, vorzugsweise sind Kinder und Dienstboten von der Epidemie befallen worden. Im Krankenhaus, das vollständig gefüllt ist, ist bisher noch kein Todestall vorgekommen, doch sollen drei in Privatpflege befindliche Kränke gestorben sein. Als die wahrscheinlichste Ursache der Epidemie dürfte die Beschaffenheit des Leitungswassers anzusehen sein, eine Untersuchung desselben durch Sachverständige ist daher unumgänglich nothwendig. Morgen wird wieder die Sanitäts-Commission zur Berathung zusammentreten.

— **rn. Stadttheater.** Der Donnerstag Abend brachte uns die immer noch gern gehörte, recht fleißig einstudirte Spieloper Boieldieu's „Johann von Paris“. Das Werk, im Jahre 1812, nach des Autors Rückkehr aus Petersburg nach Paris, entstanden, ist, neben der musikalisch freilich viel wertvolleren „Weisen Dame“, Boieldieu's einzige heute noch dem Publikum bekannte Schöpfung. Von irgend welcher Gemüthsstiefe, zu der das Schlusslied bedient einen kleinen Urlaub nimmt, enthält auch „Johann von Paris“ keine Spur. Doch seine vier dankbaren Hauptrollen und das geschickt gespielte St. Just'sche Libretto sichern ihm bei einer nur leichte Berstreuung sichenden Zuhörerschaft eine immer freundliche Aufnahme. Die Donnerstag-Aufführung, unter der tüchtigen Leitung des Herrn Capellmeisters Adolf Steinmann, wurde mit Ausnahme des nicht immer rein intonirten Gesanges des Fräulein Kolb (Page Olivier) und eines anfangs allgemeinen „Dialogschwimmers“ in allen, selbst den kleinsten Aufgaben der Sache gerecht. Auch die kleineren Partien des „Wirth Pedrago“ und seiner Tochter „Lorezza“ waren durch Herrn Sattler und Fräulein Mack anniehbar vertreten. Ein volles, uneingeschränktes Lob aber verdienen die drei Träger der bisher unerwähnten Hauptpartien. Frau Steinmann-Lampöp bewährte sich nicht nur wiederum als unantastbare Coloratursängerin, sondern ließ auch ihrer „Prinzessin von Navarra“ vielen, nedischen Schelmeneiz im Spiele. Herr Herrmann brachte die Titelrolle schauspielerisch und gesanglich ohne Tadel zur Geltung

aus Meteoriten zusammengesetzt sind, oder aus Massen meteorischer Dämpfe, die durch Verdichtungen von Meteorshärmen hervorgebracht werden. Das Spectrum der Sternennebel ist erfolgreich mittels eines meteorischen Fragmentes nachgeahmt worden. Durch höhere Temperaturen werden die Spectren gewisser Sterne hervorgebracht. Das Spectrum der Sonne konnte indeß nicht nachgebildet werden, weil die hierzu erforderliche Höhe unerreichbar ist.

Die Belehrung des Berliner und überhaupt des norddeutschen Kunstgewerbes an der Ausstellung in München dürfte, wie der „Voss. Zeit.“ von geschäftiger Seite mitgetheilt wird, keine besonders umfangreiche werden. Die Mehrzahl derjenigen Kunstdustriellen Firmen, welche von dem Landescomité zur Theilnahme an der Ausstellung aufgesordert wurden, hat sich ablehnend verhalten. Ganz besonders gilt das von den Angehörigen der keramischen Industrie. Eine ganze Reihe von Gründern wird in den Ablehnungsschreiben geltend gemacht. Einmal wird hervorgehoben, daß man sich bereits für die Ausstellungen in Melbourne, Barcelona und Brüssel verpflichtet habe, und daß überhaupt die Zeit für eine würdige Belehrung an der Ausstellung in München zu kurz sei; dann wieder wird der Nutzen der Ausstellungen als ein äußerst zweifelhafter hingestellt, besonders wenn dieselben sich in so schneller Folge wiederholen; und endlich wird von einer Seite sogar offen ausgesprochen, daß man in München alles dasjenige, was vom Berliner oder norddeutschen Kunstgewerbe geleistet werde, äußerst absäßig im Gegensatz zum süddeutschen Kunstgewerbe zu beurtheilen pflege. Fast allgemein aber wird bedauert, daß die Berliner Ausstellung nicht zu Stande gekommen sei. Dieses Bedauern schlägt die Bereitwilligkeit einer Belehrung an einem solchen, in der Reichshauptstadt veranstalteten Unternehmen in sich. Immer mehr bricht sich die Aufsicht in den bezüglichen Kreisen Bahn, daß es ein Fehler gewesen ist, die Veranstaltung einer solchen fallen zu lassen. Wenigstens hätte man das deutsche Kunstgewerbe zu einem großen Weitkreis nach Berlin rufen sollen. Dieser Ansicht gab ja auch Professor Julius Lessing in seinem Vortrage, den er jüngst gelegentlich des zehnjährigen Stiftungsfestes des Berliner Kunstgewerbevereins gehalten hat, entschiedenen Ausdruck. Es bedarf wohl kaum der Begründung, daß in Berlin, dem geistigen und kommerziellen Mittelpunkte Deutschlands, der Nutzen einer solchen Ausstellung nach der künstlerischen und gewerblichen, wie nach der finanziellen Seite ein viel bedeutender sein muß als jener einer Ausstellung in München, wo diese so wie so nur als Folie für die großen Kunst dienen wird. Man kann localpolitische Gründe völlig bei Seite lassen, um zu jenem für die Reichshauptstadt günstigen Uriell zu gelangen. Und aus diesem Grunde wird man es, wenn auch mit Bedauern, begreifen, daß insbesondere die Berliner Industriellen sich gegen die Münchener Ausstellung ablehnend verhalten, nachdem ihnen die Aufsicht, in ihrer eigenen Stadt mit Vorbehalt auszustellen, verwehrt wurde.

und auch der „Ober-Seneschall“ des stimmlärmischen jugendlichen Barytonisten, Herrn Pawlowsky, war eine amerikanisch-schönwirksame, komische Leistung. Seine Arie: „Heil Euch, Narren’s schönste Freude ist.“ wurde sogar so brav gesungen, daß ihm die Aufmunterung des hier üblichen *ca pos* nicht vorenthalten zu werden brauchte. Die mit vielen Beifällen aufgenommene Vorstellung währt nur zwei knappe Stunden. Das Haus war namentlich auf den besseren Plätzen recht stattlich gefüllt.

* **Vom Thalia-Theater.** Am Sonntag, 22. Januar, Abends, findet eine Wiederholung des mit Beifall aufgenommenen Lustspiels „Die reizigen Studenten“ statt.

* **Vom Stadttheater.** Da zu der letzten Sonntag-Nachmittag-Vorstellung von „Gefestfester Kater“ viele Eltern mit ihren Kindern keinen Platz mehr bekommen konnten, hat sich die Direction zu einer nochmaligen und zwar bestimmt letzten Aufführung dieses Weihnachtsmärchens entschlossen. Auch zu dieser, Sonntag, 22. Januar, Nachmittags 4 Uhr, stattfindenden Vorstellung hat jeder Besucher das Recht, ein Kind frei einzuführen.

* **Concert.** In dem Concert des Herrn L. C. Törsleff, welches am Sonntag, 22. Januar, in der Loge „Horus“ stattfindet, werden die Herren Concertmeister Otto Lüftner, F. Melzer und M. Kahl mitwirken. Das Programm bringt: Rec. und Arie a. d. Schöpfung von Jof. Haydn (Herr L. C. Törsleff). Präludium, Gavotte und Rondo für Violin von J. S. Bach (Herr Otto Lüftner). Der Ruhbaum, Lied der Braut, Ich große nicht, von R. Schumann (Herr L. C. Törsleff). Andante von Molique, Am Springbrunnen, von Ch. Davidoff für Violoncello (Herr F. Melzer). Melodie Rubinstein, Maguire Godard (Herr M. Kahl). Romanze von Grieg. Dänisches Volkslied von J. Steenberg, Italienisches Volkslied Ravnskilde (Herr L. C. Törsleff). Romanze F-dur für Violin (Herr Otto Lüftner). Zwei Lieder aus Wolffs Rattenjäger von Rob. Ludwig (Herr L. C. Törsleff).

II. Verwaltungsbericht der Stadt Breslau. Aus dem vom Oberbürgermeister Friedensburg in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erstatteten Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Breslau im Jahre 1886/87 sei folgendes entnommen: Das Wachsthum der Bevölkerung war im Jahre 1886 gegen die Vorjahre außerordentlich gering; durch Überschuss der Geborenen über die Gestorbenen sind 1885, durch Zugzüberschung nur 1263 Einwohner hinzugekommen. Die Zahl der Heirathen hat einen weiteren Rückgang erfahren. Die Gesundheitsverhältnisse waren im Jahre 1886 in Folge der höheren Kindersterblichkeit am Wassern, Diphtheritis und an Krankheiten der Verdauungsorgane weniger günstig als im Vorjahr. Nach den Ergebnissen der letzten Veranlagung zur Klassen- und Einkommenssteuer ist in den Wohlstandsverhältnissen eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Die Grundbesitzverhältnisse haben eine Verschlechterung nicht erfahren. Die Zahl der Zwangsvorsteigerungen ist auf ein Minimum gesunken. Die Bodenpreise zu Bauplätzen haben sich in Folge der lebhaften Bauaktivität erhöht. Während es den Angehörigen der Baugewerbe an Arbeit nicht fehlte und die Verkehrsanstalten ebenfalls eine Zunahme ihrer Thätigkeit zahlmäßig nachweisen, wird von den Vertretern anderer wichtiger Wirtschaftszweige fortwährend über ungünstigen Absatz geklagt. Der Güterverkehr mit dem Auslande, besonders mit Österreich und Russland, zeigt thätsächlich einen weiteren Rückgang. — Bei der allgemeinen Verwaltung betragen ausschließlich der durchlaufenden Posten die Einnahmen 1062 619 M., die Ausgaben 606 719 M.; mitin ergab sich eine Mehrerzielung von 455 909 Mark (32 383 M. weniger als im Vorjahr). Unter den Einnahmen sind hervorzuheben 52 213 M. Zinsen für vermietete Locale im Rathause (in Folge Neuverpachtung des Schweiditzer Kellers) 29 355 M. mehr als im Vorjahr), 955 824 M. an Überschüssen von städtischen Verwaltungen (gegen das Vorjahr 46 142 M. weniger), 22 012 M. Ertrag der Strafen- und Eisenbahn (5809 M. mehr). Für Amtsbedürfnisse der gesamten Verwaltung sind 72 586 M. verausgabt (1314 M. weniger). An Provinzialsteuern sind 108 502 M. (11 258 M. mehr) gezahlt worden. An Beiträgen und Entschädigungen zur Unterhaltung der Krankenanstalten, Hospitalen, Kirchen, Stiftungen und Vereinen wurden 375 054 M. (25 493 M. mehr) gezahlt. Bei der Verwaltung der Beamtenbesoldungen war ein Kämmereizuschuß von 858 807 M. (27 397 M. mehr) erforderlich. Bei der Armenverwaltung sind die Ausgaben wiederum gestiegen. Sie betragen bei der Hauptarmenkasse 508 298 M. Der geleistete Kämmereizuschuß in Höhe von 338 635 Mark war um 33 512 M. größer als der des Vorjahrs. Die durchschnittliche Zahl der Almosengenossen (4450) hat sich um 156, die der Koskinder (818) um 15 vermehrt. Auch im Vergleich zur Bevölkerung hat sich die Zahl der Almosengenossen und Koskinder erhöht. Im Durchschnitt hat ein Almosengenosse 61 M. 97 Pf. (im Vorjahr 61 M. 13 Pf.), ein Koskind 74 M. 49 Pf. (im Vorjahr 73 M. 17 Pf.) aus städtischen Mitteln daan erhalten. Im Armenhause betrug die Gesamtzahl der Verpflegungstage 186 577, so daß durchschnittlich täglich 511 Personen (gegen 509 im Vorjahr) verpflegt werden sind. Die Ausgaben stellten sich auf 107 156 M. (2618 M. mehr), der Kämmereizuschuß (ohne Anrechnung der Gehälter und Diäten) auf 95 155 M. In der Willert'schen Stiftung zu Herrnproßnitz waren 155 Zöglinge (33 mehr als im Vorjahr). Ein Zuschuß war nicht erforderlich, es konnte im Gegenteil ein Überschuss von 3975 M. an die Kämmerei abgeliefert werden. Im Arbeitshause ist der Bestand der Detinirten von 649 auf 900, im Durchschnitt pro Kopf und Tag auf 787, gestiegen. An eigenen Einnahmen für Arbeiten der Inquilinen etc. gingen 134 785 M. ein. Während im Vorjahr ein Zuschuß von 5971 M. zu leisten war, ergab sich im letzten Jahr ein Verlust-Zuschuß von 943 M. Die Unterhaltskosten pro Kopf und Tag eines Detinirten haben sich gegen das Vorjahr vermindert. Im Kranken-Hospital zu Allerheiligen wurden im Ganzen 8440 Kräfte behandelt, von denen 310 (gegen 3262 im Vorjahr) unentgeltliche Pflege erhielten. Die Zahl der Krankenbetten beträgt 980. Der durchschnittliche tägliche Krankenbestand betrug 646 (gegen 651 im Vorjahr). Von den 1066 Geförbtenen wurden 452 auf Hospitalkosten beerdeigt. Die gesammten Verwaltungskosten stellten sich auf 379 695 M. oder 1 M. 61 Pf. pro Kopf und Tag (gegen 1 M. 49 Pf. im Vorjahr). Die Stadtgemeinde leistete einen Zuschuß von 155 191 M. (10 136 M. mehr). Im Wenzel-Händischen Krankenhaus wurden 520 Kräfte verpflegt. Zu den laufenden Verwaltungsausgaben, welche 49 714 M. betragen, wurde ein gegen das Vorjahr um 100 M. höherer Zuschuß von 41 685 M. gezahlt. Die Frequenz der selbstständigen Institute städtischen Patronats hat sich gegen das Vorjahr in den Altersverförderungsanstalten um 4 und im Claassen'schen Siechenhause um 1 Inquilinen erhöht; sie betrug Ende März v. J. 707 bzw. 68 Personen. Die Zahl der in den 4 Waisenhäusern untergebrachten Kinder ist unverändert 282 geblieben. Das Kapitalvermögen dieser Institute (ausschließlich der Güder'schen Stiftung) betrug Ende März v. J. 5 236 135 M. (gegen das Vorjahr mehr 67 263 M.). Für das Schulwesen der Stadt wurden überhaupt 2 607 706 M. (251 678 M. mehr) verausgabt. Der Kämmereizuschuß betrug 1 627 668 Mark. Die Zahl der höheren Schulen vermehrte sich um die neu errichtete katholische Mädchenschule. Die Frequenz der städtischen Gymnasien einschließlich der Vorschulen betrug am Schlusse des Schuljahres 1952 (55 mehr als im Vorjahr). Die Schülerzahl der Realschulen betrug 951 (15 mehr). Die höheren Bürgerchulen wurden von 1572 (19 mehr) Schülern besucht. Die städt. höheren und mittleren Mädchenschulen zählten 1525 Schülerinnen (49 mehr). An Kämmereizuschüssen bedurften die höheren Lehranstalten zusammen 486 930 M. Das rasche Wachsthum der Anzahl der Kinder im schulpflichtigen Alter machte wiederum bedeutende Erweiterungen im Elementarschulwesen notwendig. Der Bau von 3 großen Schulhäusern auf der Sadowa-, Paulinen- und Brüderstraße wurde in Angriff genommen. Es mußten noch immer 129 Klassenzimmer in Privathäusern beschafft, auch konnte auf den Halbjahrsunterricht noch nicht verzichtet werden. Die gesammten Ausgaben der Elementar-Unterrichts-Verwaltung beliefen sich auf 1 696 178 M. Die Turnerverwaltung erforderte einen Zuschuß von 11 743 M. (4076 M. weniger als im Vorjahr). In der Sonntag- und Abendschule für Handwerker hat sich die Schülerzahl um 28 erhöht und betrug am Schlusse des Schuljahres 759. An Zuschuß wurden 12 500 M. (800 M. mehr) geleistet. Die Frequenz der Königl. Ober-Realschule nebst Fachschule und Baugewerbeschule ist um 22 gestiegen. Die Schülerzahl betrug vergangene Ostern 556. Der städt. Zuschuß waren 33 837 M. Zu den Ausgaben der Stadtbibliothek von 17 620 M. wurde ein Zuschuß von 13 010 M. geleistet. Von den Verwaltungskosten der Volksbibliotheken war ein Betrag von 2916 M. aus Kämmereimitteln zu decken. Die an die evangelischen Kirchen geleisteten kommunalen Zuschüsse betragen 59 248 M. An Kirchensteuern wurden 23 102 M. erhoben, von denen 18 789 M. zur Vertheilung an die einzelnen Kirchen gelangt sind. Die Verwaltung der Communal-Begräbnisplätze schloß mit einem Einnahme-Überschuss von 4136 M. ab (534 M. weniger). Die Orts-Polizei-Verwaltung (ausschließlich des chemischen Untersuchungsamtes und der Polizeigefängnis-Verwaltung) erforderte einen Zuschuß von 45 049 M.;

derselbe war in Folge erstmaliger Besteitung der Kosten für Bekleidung und Bewaffnung der hiesigen Schutzmannschaft um 22 745 M. höher als im Vorjahr. Im Polizeigefängniß betrug die Zahl der Verpflegungstage 26 630 (5114 weniger). Zu den Ausgaben von 20 793 M. leistete die Stadt einen Zuschuß von 13 891 M. (810 M. weniger). Die Unterhaltskosten für einen Polizeigefangen beließen sich pro Tag auf 1 M. 36 1/4 Pf. Im Polizei-Asyl für Obdachlose wurden 4350 Personen aufgenommen welche zusammen 13 741 Nächte (3751 weniger) daefürt ubrachten. Der Zuschuß betrug 1969 M. (209 M. weniger). Die öffentliche Desinfektions-Anstalt wurde in 105 Fällen (gegen 47 im Vorjahr) benutzt; an Zuschuß waren nur 6 M. erforderlich. Vom chemischen Untersuchungsamte wurden 2327 Untersuchungen ausgeführt, darunter 459 auf Anträge des Magistrats. Die Ausgaben von 12 082 M. erforderten einen Zuschuß von 8395 M. (486 M. mehr). Die Kosten für das Nachtwachtwesen sind 132 944 M. (5564 M. mehr) aufgeworden worden. Die Ausgaben für das Feuerlöschwesen (ausschließlich der Gehälter, Mieten und Unterhaltung der Kutsch und Pferde mit 52 036 Mark) betragen 197 643 M., der Kämmereizuschuß 140 144 Mark (1191 M. mehr). Bei der Marstallverwaltung sind in Folge des langanhaltenden Winters und der überaus starken Schneefälle erhebliche Mehrausgaben erforderlich gewesen. Der Kämmereizuschuß von 260 253 Mark stellte sich gegen das Vorjahr um 10 987 M. höher. Die Kosten der Straßenbeleuchtung betragen 255 163 M. (11 330 M. mehr). Die hämftigen Baukosten der Kämmerei- und Institut-Verwaltungen (ausschließlich derjenigen für die Gas- und Wasserwerke und unter Ausschluß der circa 100 000 Mark tragenden Gehälter der Baubeamten) erreichten eine Höhe von 1 691 661 M. (gegen das Vorjahr mehr 435 653 M.). An den Bauaufwendungen waren hauptsächlich beteiligt die Saulanlagen, Pfasterungen, die Canalbauwerke, Gneisenaubrücke, Rathaus, Freihandlung etc. An das Canalnet sind im Laufe des Berichtsjahrs 154 Grundstücke angegeschlossen worden, ihre Gesamtzahl betrug am Schlusse des Berichtsjahrs 5965. Das gesamte Canalnet hatte eine Länge von 124 211 ftdm. Meter, von denen 41 648 Meter massive und 82 563 Meter Rohrkanäle waren. Die Kosten für die Unterhaltung und Reinigung der Kanäle im Betrage von 25 711 Mark haben diejenigen des Vorjahrs um 6586 M. überstiegen. Die Maschinen an der Pumpstation förderten über 14 Millionen kbm. Abgangswasser nach den Rieselfeldern (nahezu 10 vgl. mehr als im Vorjahr). Die Rieselfelder mit einem Gesamtflächeninhalt von 791 Hektar 5 Ar 14 Om. hatten einen Überschuß von 47 652 M. (5508 M. mehr). Die Einnahmen des Schießwerders betragen 10 060 M. Der nicht verbrauchte Theil der Ausgaben von 1985 M. ist zur Schuldentilgung verwendet worden. Die Einquartierung von Militärpersönern betrug auf Gemeinkosten reducirt 59 348 Tage (6140 Tage weniger). Außerdem waren Werde auf 293 Tage unterzubringen und auf 124 Tage Geschäftszimmer zu beschaffen. Die Kosten der Unterbringung betragen 20 068 Mark (33 Pf. pro Grundstück). — Der Stadt-Ausschuß hielt im Jahre 1886 in 20 Sitzungen 295 Termine ab, welche meist Anträge auf Erteilung von Schankconcessionen betrafen. Von letzteren wurden 93 genehmigt, 168 veragt und 12 zurückgezogen. Außerdem wurden 28 Dampfsessel und 72 Locomobil-Dampfsessel concessioniert. Die Standesämter verurkachten 20 953 Mark Kosten; nach Abzug der Einnahme war ein Zuschuß von 16 802 Mark erforderlich. Beim statistischen Amt war ein Zuschuß von 19 857 M. notwendig. Die Verwaltung des städtischen Grundeigentums vereinahmte an Brüdergeldern und Mieten 95 140 Mark, sie verausgabte 8787 Mark, so daß ein Überschuß von 86 353 Mark verblebt (2369 Mark weniger). Die Kämmereigüter (ausschließlich der Rieselfelder), welche einen Flächeninhalt von 1075 ha 28 a 74 qm haben, schlossen mit einem Überschuß von 27 555 Mark (506 Mark weniger). Die Kämmereigüter mit einem Flächeninhalt von 1867 ha 3 a 79 qm ergaben einen Überschuß von 31 267 Mark (6883 Mark mehr). Bei den Stiftsgütern und Forsten des Krankenhauspitals zu Allerheiligen mit 1046 ha 77 a 90 qm betrug der Überschuß 22 928 Mark (1612 Mark weniger). — Die von der hiesigen Einwohnerschaft aufgebrachten Steuern betragen zusammen 8 856 910 M. (24 720 Mark mehr). Davon entfielen auf den Staat 3 855 067 M., auf die Stadtgemeinde 4 998 843 M. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen hieran wie im Vorjahr 12 M. 78 Pf. Staatssteuern und 16 M. 56 Pf. Kommunalsteuern zusammen also 29 M. 34 Pf. (gegen 28 M. 34 Pf. im Vorjahr). Mehrerträge brachten die Kämmerei (757 M.), die Einkommenssteuer (127 097 M.), die Gebäudesteuer (20 591 M.), die Gewerbe- und Dienstleistungsteuer (6633 M.), die Hunde- und Katzensteuer (3065 M.), die Schlachtfesteuer (100 420 Mark), die Braumalzsteuer (5398 M.). Wiedererinnahmen ergaben die Grundsteuer (145 M.), die Steuer vom Bandverkäuferbetrieb (150 M.), die Abgabe von öffentlichen Luftbarkeiten (8907 M.), die Wildsteuer (16 626 M.) und die Biersteuer (3233 M.). Die Erträge aus dem Schlachtfestzins beliefen sich abgänglich der Hebegebühr auf 48 997 M. (3188 M. mehr). An Packhofsgesellen wurden 18 595 M. vereinnahmt (3063 M. mehr). An Ufer-, Lager- und Hafengeld wurden 8549 M. oder 2232 M. weniger als im Vorjahr eingenommen. Die Marktstandsgelder betragen 97 548 Mark (6120 M. mehr). Der Bericht gedenkt sodann der Verwaltungsergebnisse der städtischen Gas- und Wasserwerke, der städtischen Sparkasse und der Stadtbank, über die f. St. berichtet werden. Im Stadttheatrum wurden 25 021 Pfänder (2530 mehr) neu beliehen und 26 184 eingelöst. Am Jahresabschluß betrug der Bestand derselben 13 046 Stück, das ausstehende Pfändecapital 351 569 M. An die Haupt-Armenkasse ist ein Überschuß von 964 M. (11 822 M. mehr) abgeliefert worden. Bei der städtischen Feuerwehr bestanden Ende 1886 5450 Ver sicherungen mit einem Tariferthe von 382 809 600 M. Von den Associate wurde ein Sicherungsbeitrag von 60 Pf. pro 1000 M. erhoben. Für 105 Brände wurden an Schadenvergütungen 86 048 M. (gegen 27 732 M. im Vorjahr) gezahlt. Zu den Kosten des Feuerlöschwesens wurden 50 678 M. 50 Pf. beigetragen. Der Reservefonds hat einen Bestand von 2 336 958 M. Die Zahl der hierbei bestehenden Finanzierungen belief sich auf 57; davon waren 2 noch nicht nach den Vorschriften des betr. Reichsgesetzes vom 18. Juli 1881 umgewandelt. Bei dem gewerblichen Schiedsgericht wurden 1359 Streitigkeiten (35 mehr) abhängig gemacht. Die Zahl der gewerblichen Krankenkassen, welche der Aufsicht des Magistrats unterstanden, belief sich Ende 1886 auf 94; darunter befanden sich 55 Ortskrankenkassen, 38 Betriebskrankenkassen und 1 Innungskrankasse. Die Mitgliederzahl derselben betrug 44 835 (2151 mehr). Die Einnahmen betragen 675 179 M., darunter 483 440 M. Beiträge einschließlich des Dritttheils der Arbeitgeber von 147 723 M. Die Ausgaben erreichten die Höhe von 453 193 M., darunter 62 322 M. Verwaltungskosten. Der Vermögensbestand sämtlicher Krankenkassen einschließlich der Reservefonds war auf 415 698 M. angewachsen. — Die gesammten Einnahmen der Stadt betragen im Berichtsjahr 8 305 288 M. (27 M. 52 Pf. pro Kopf der Bevölkerung), die gesammten Ausgaben 8 289 028 M. (27 M. 47 Pf. pro Kopf). Die pro Kopf des Bevölkerung berechneten Einnahmen sind gegen das Vorjahr um 89 Pf. und die Ausgaben um 1 M. 2 Pf. gestiegen. Dem Hauptextraordinarium der Kämmerei, welches mit 75 487 M. etatirt war, wurden 339 566 M. (102 755 M. mehr) entnommen. Trotz dieses Mehrbedarfs hat sich durch Mehrerinnahmen und Ausgabeersparnisse noch ein baaer Überschuß von 20 481 M. ergeben. Es war hiernach auch im Jahre 1886/87 nicht notwendig, auf die zur Deckung von Mehrausgaben aus dem Bestandsreservefonds durch den Staat zur Verfügung gestellten 216 655 Mark zurückzugreifen. Die Schulden der Stadt betragen am Jahresanfang 30 119 875 M., sie verminderten sich durch Tilgung um 460 000 M. Für Verzinsung wurden 1 232 535 M. ausgegeben (18 735 M. weniger als im Vorjahr). Für Zwecke der Anleihe von 1880 wurden im Berichtsjahr den betreffenden Specialverwaltungen 447 406 M. überwiesen, so daß bis zum Schlusse des Jahres 1886/87 von dieser Anleihe 18 905 850 M. ver ausgabt und 2 758 198 M. noch disponibel waren.

* **Revision vorworfen.** Die Revision des Redacteurs Dürholz vom Boten aus dem Riesengebirge, dessen Verurtheilung durch das Hirschberger Landgericht allgemeines Aufsehen erregte, und kürzlich auch im Reichstag besprochen wurde, ist seitens des Reichsgerichts verworfen worden.

— **d. Bezirkverein für den östlichen Theil der inneren Stadt.** Am Dienstag, 24. d. M., Abends 8 Uhr, findet im großen Saale des Königl. von Ungarn“ die nächste Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Herrn Dr. Schottky über das Thema: „Einiges über unsere Colonien in Afrika“. Die Damen der Mitglieder und Gäste haben zu dieser Versammlung Zutritt.

* **Personalien.** Deichhauptmann Berger hat sein Amt niedergelegt; an seine Stelle ist der Ortsvorsteher und Deichrepräsentant Neumann in Grimme gewählt worden.

* **Besitzveränderung.** Das Grundstück Neue Taschenstraße 1a, bisher in dem Besitz des Herrn Oberstleutnants a. D. von Walther in Berlin, ist durch Kauf an die Herren Eichborn u. Cie. hier selbst über gegangen.

* **Vom Wetter.** Am Mittwoch Abend hatte sich keiner Regen, Donnerstag früh leichter Frost eingestellt. In der Nacht zu Freitag tobte ein heftiger Wind, der sich erst gegen Morgen wieder legte.

* **Vom der Oder-Eisbahn.** Im Publikum sind Klagen darüber laut geworden, daß von den Besuchern der Oder-Eisbahn auf der Strecke von Breslau bis Wilhelmsdorf in diesem Jahre sowohl am Wasserwerk als auch unterhalb der Bedürfer Fabrik Bahngeld erhoben wird, während in früheren Jahren nur am Wasserwerk eine Kasse etabliert war. Es liegt dies daran, daß die Strecke von Bedürfer bis Wilhelmsdorf früher nicht verpachtet war. In diesem Jahre hat sich zu dieser Strecke ein besonderer Wächter gefunden, welcher auf Grund seiner Pachtung ein Bahngeld vom Weichbild der Stadt bis Wilhelmsdorf zu erheben berechtigt ist.

* **Carneval am dem Eis.** Der Carneval auf der Eisbahn am Fuße der Liebischhöhe findet nicht am Sonnabend, sondern am Montag, 23. Januar, statt.

* **Alarmierung der Feuerwehr.** Die Feuerwehr wurde am 19. Januar nach dem Grundstück Kirchstraße Nr. 5 gerufen, wo in einem Zimmer des Börderbaues eine Gardine durch Unvorsichtigkeit in Brand geraten war. Das Feuer war vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht.

+ **Schweres Verbrechen.** Wir hatten s. B. bereits mitgetheilt, daß der von seiner Arbeitsstelle heimkehrende Arbeiter August Hampus am Silvesterabend auf der Brücke der Nechte-Oder-Ufer-Eisenbahn von mehreren arbeitslosen, verkommenen Subiecten in roher Weise u. a. mit einer Art Gemüthshandelt, seines Arbeitslohn beraubt und dann von ihnen über das Brückengeländer in eine offene Stelle der Oder geworfen worden war. Ein Schiffer, der glücklicherweise mit seinem Kahn an der Füllerinsel vor Anker lag,

1. **Büttow a. B.**, 19. Januar. [Goldene und diamantene Hochzeit.] Am Sonntage feierte das Ernst Wiesner'sche Ehepaar hier in voller Rüstigkeit die goldene Hochzeit. Bei der kirchlichen Einsegnung wurde dem Jubelpaare die Jubiläumsmedaille überreicht. — In Kaltenbrunn feierten ebenfalls am Sonntage die Arbeiter Uebertischen Chelteute die diamantene Hochzeit. Das Jubelpaar wurde durch Herrn Pfarrer Fleischer kirchlich eingefiegt und mit einem Allerhöchst verliehenen Gnadenzeichen von 30 M. bedacht.

2. **Glatz**, 18. Jan. [Krankenpflege.] Aus dem Berichte über die Krankenpflege im Jahre 1887 ist mitzuheften, daß im städtischen Krankenhaus 338 Personen, nämlich 208 männliche und 130 weibliche Kranken ärztlich behandelt wurden und daß dieselben zusammen 10232 Verpflegungstage genossen haben. Es gingen ab: gestorben 270, umgekehrt 25 und durch Tod 30, im Ganzen 295 Personen. Mithin verblieben am 31. December 1887 43 Kranke.

3. **Guttenberg**, 19. Jan. [Vorschütz-Verein.] Gestern wurde im Saale des Herrn Friedländer die diesjährige statutenmäßige Generalversammlung des hiesigen Vorschütz-Vereins (eingetragene Genossenschaft), abgehalten. Aus dem vom Rendanten Herrn Tschauer erstatteten Geschäftsberichte entnehmen wir, daß die Zahl der Mitglieder ult. 1887 636 betrug. Der Reservefonds beträgt 9700,10 Mark. Die Mitglieder einzlagen hatten einen Bestand von 30 017,76 M., während die Spar-einzlagen einen Bestand von 59 644,10 M. aufwiesen. Die Darlehen schließen mit einem Vorschuß von 98 772 M. Die Dividende wurde auf 8 Prozent festgesetzt. An Stelle des früheren Kontrolleurs Herrn Schönfeld ist der Kämmerer Herr Pache neu gewählt worden, während Herr Kaufmann Kürda zum Director und Herr Tschauer zum Rendanten auf die Dauer von 3 Jahren wiedergewählt wurden. Zu Rücksichtsratsmitgliedern sind ebenfalls auf eine dreijährige Dauer die Herren Pusch und Siedler von der General-Versammlung gewählt worden.

4. **Ratibor**, 20. Januar. [Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins. — Vom Sprachverein.] Mit Rücksicht darauf, daß dem Kreis Ratibor, wie Graf Trio in der gestrigen Sitzung des landwirtschaftlichen Kreis-Vereins Ratibor ausführte, von der Cörgnungscommission seit einer Reihe von Jahren mangelhaftes Hengstmaterial überwiesen wird und dadurch die Pferdezucht im Kreise zurückgegangen ist, und insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die gegenwärtig hier stationirten Königl. Hengste zur Deckung von Stuten ungeeignet sind, beschloß der Verein dieserthalb an den Minister eine Beschwerde zu richten und denselben zu erledigen durch einen Commissarius prüfen zu lassen, ob der Kreis besseres Vatermaterial an Hengsten nicht besitzt oder nicht verdient. Der Vorstand wurde autorisiert in dieser Beziehung die nötigen Schritte zu thun. Weil ferner der Kreis durch die bisher gestellten Hengste in seinem Pferdematerial zurückgeht, nahm der Verein, um sich gutes Vatermaterial und schließlich auch eigenes Vatermaterial zu schaffen, auf Vorschlag des Vorsitzenden Grafen Trio den Ankauf belgischer und dänischer Stutenpferde in Aussicht. Der Ankauf soll nach erfolgter Bezeichnung und auf Bestellung seines der Mitglieder erfolgen. Mit Rücksicht auf die in diesem Jahre in Breslau stattfindende Thierschau, beschloß der Verein nicht die für dieses Jahr bestimmte allgemeine Thierschau, sondern nur eine Pferdenschau hier selbst abzuhalten und die dem Verein für diesen Turnus zufallenden Prämien-gelder im Betrage von 900 M. vom Centraalverein einzuziehen und zur Prämierung rustikaler Pferde zu verwenden. Denjenigen Rustikalen, deren Pferde oder Kinder in diesem Jahre prämiert werden sollten, beschloß der Verein seine Subvention bis zu 100 Mark zu gewähren. Von dem am 9. Februar d. J. hierausstehend stattfindenden Saatenmarkt werden, wie es von der Saatenmarktkommission ursprünglich in Aussicht genommen war, die Händler nicht ausgeschlossen, vielmehr erlaubt werden, den Markt zu bespielen. Der zur Bezeichnung gekommene Rechenschaftsbericht pro 1887 ergab, daß sich die Einnahmen des Vereins auf 4996 M., die Ausgaben auf 2957 M. beliefen, somit ein Bestand von 2039 Mark verbleibt. Auf Anhaffung von Buchstaben wurden im Jahre 1887 1310 Mark verendet. — Der hiesige Ratsverein des allgemeinen deutschen Sprachvereins hielt gestern Abend im Realgymnasium unter Vorsitz des Lehrers an genannter Ansicht, Dr. Engemann, eine Sitzung ab. Da Maiborn, Lehrer am Realgymnasium, hielt einen Vortrag, worin er von der Entwicklung u. d. den charakteristischen Eigenhümlichkeiten der Sprachen ausgehend die Ausführungen eines Kriegs in der „Schlesischen Schulzeitung“ erörterte, gegen die Sprachreinigung gerichteten Angriffen zu widerlegen suchte. Da der betreffende Angriff gerade in einem der Volkschulehrerkreisen sehr jugendlichen Blatte erschienen ist und dieselben an und für sich den Bestrebungen der Sprachreiniger weniger Wohlwollen entgegenbringen, so beschloß der Verein die Abfassung jenes Aufsatzes der „Schlesischen Schulzeitung“ zu überwinden und um Aufnahme dieser Abfassung zu erlangen. Die in dem fraglichen Aufsatz enthaltenen Ausfälle gegen die Sprachreiniger beschloß der Verein nicht mit gleicher Münze zu bezahlen, sondern zu ignorieren. Der Verein für allgemeine Volksbildung hat den hiesigen Sprachverein zum Beitrag aufgefordert, der Verein jedoch diesen Beitrag aus finanziellen Rücksichten vorläufig abgelehnt. Nach Schluß der Sitzung vereinigten sich die Mitglieder zu einem gemütlichen Beisammensein in Venders Restauration.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

L a n d t a g.

* Berlin, 20. Jan. Die heutige Generaldebatte über den preußischen Etat zeigte durchaus nicht jene Hoffnungsfreudigkeit und Zuversicht, wie sie nach dem stolzen Monolog des Finanzministers am Dienstag zu erwarten gewesen war. Es klang aus den Reden der Herren von der nationalliberalen und conservativen Partei, wie vom Centrum, daß ja in steuerpolitischer Beziehung zur Majorität gehört, eine gewisse gedämpfte, unsichere Stimmung, als wollten sie den Überschüssen und den Zukunftsverheißungen gegenüber mit Gleichheit sagen: „Zufrieden bin ich, aber mir ist nicht wohl dabei!“ Schon der erste Redner, Herr von Huene, der Etatsredner des Centrums, warnte vor übertriebenen Hoffnungen. Alles sei eben abhängig von den Einnahmen des Reichs, und die Überschüsse in der Eisenbahnverwaltung hätten auch einen unberechenbaren Charakter. Nur eine Reform der directen Steuern in Preußen könne helfen und gerade von ihr sei in der Thronrede und der Etatsrede des Finanzministers nicht die Rede. Die Verbesserung der Pfarrgehälter in der vorgeschlagenen Form bemängelte der Redner, noch mehr die Übernahme der Schullast von den Communen auf den Staat, wofür er die theilweise Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer vorschlug. Unter großer Unruhe des Hauses trat der nationalliberalen Abg. Sattler in den meisten Punkten dem Vorredner bei. Dagegen war es heute Abg. Rickert vorbehalten, als Vertreter einer kleinen Minorität des Hauses doch seine Rede zum Mittelpunkt der Debatte und der allgemeinen Aufmerksamkeit zu machen. Allerdings war er heute außerordentlich glücklich in seinen Argumenten. Mit launiger Ironie und doch ohne verborgene Schärfe gesellte er in einflößiger Rede die Schwäche und Unsicherheit der ganzen jeglichen Finanzpolitik, wie sie die Regierung und die Majorität seit einem Decennium betrieben. Sympathisch sei ihm nur die Vorlage, welche das Schulgeld völlig beseitigen wolle. Freilich werde die Übernahme der Schullast manche Gemeinden sogar schädigen, wo die Einnahme aus dem Schulgeld größer sei als die Wohlthat, die der Staat leisten wolle, z. B. im Reg.-Bezirk Liegnitz. Die Notlage der Landwirtschaft könne er so allgemein hingestellt nicht zugeben. Vor allem möge der Ruf nach neuen Reichssteuern vom Ministerialist her endlich versummen. Herr von Minnigerode, der Führer der Majorität, suchte Rickert zu widerlegen, worauf die weitere Berathung auf Sonnabend vertagt wurde.

Abgeordnetenhans. 3. Sitzung vom 20. Januar.

11 Uhr.

Am Ministerialist: v. Puttkamer, v. Scholz, Friedberg, Lueius, Massbach und zahlreiche Commissäre.

Eingegangen sind:

- 1) Nachrichten von der Verwaltung der preußischen Staats-Bergwerke, Hütten und Salinen während des Etatsjahres 1886/87.
- 2) Denkschrift, betreffend die in der Zeit vom 1. April 1886 bis zum 31. März 1887 erfolgten Bau-Ausführungen an denjenigen Wasserstraßen, über deren Regulirung dem Landtage besondere Vorlagen gemacht sind.
- 3) Nachweis über die im Jahre 1887/88 stattgehabten Aus- und Eingangsratungen in den Landgestalten.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Staatshaushalts pro 1888/89.

Abg. v. Huene: Der Etat ist mit sichtlicher Zurückhaltung angearbeitet worden. Das Hauptinteresse an demselben konzentriert sich dahin, daß unsere Finanzen endlich nach langjährigem Ringen eine Besserung zu verzeichnen haben. Ob aber diese Besserung andauern wird, können wir nicht mit Bestimmtheit voraussagen, da die neue Reichssteuerreform, auf deren Erträge wir mit angewiesen sind, erst in ihren Vor-schlägen vorliegt. Wollte man den Freunden der neuen Brannweinsteuer glauben, dann würden wir allerdings im Golde schwimmen. Der Herr Finanzminister schöpft die Hoffnung auf eine dauernde Besserung des Etats auch aus den Überschüssen des Eisenbahntals. Indessen ist doch zu befürchten, daß die auf Epiparniis beruhenden Überschüsse in den nächsten Jahren sich nicht wiederholen werden, wenn die Eisenbahnverwaltung die zurückgestellten Ausgaben wird machen müssen. Der Herr Finanzminister hat dann gemeint, daß, wenn auch der Staatshandels eine günstige Wendung nicht nähere, aus neuen Reichsteuern die Bedürfnisse der einzelnen Staaten gedeckt werden müßten. Ich meine vielmehr, daß wir in Preußen daran denken müssen, die directen Steuern zu reformieren. (Bustimme.) Dafür hat sich das ganze Haus ausgeprochen, und ich bedauere sehr, daß der Herr Finanzminister sich mit keinem Worte hierüber ausgesprochen hat. Das ist keine politische, sondern wesentliche eine praktische Frage. Die Lasten müssen vorwiegend auf die Schultern der Stärkeren gelegt werden. (Bustimme.)

Wende ich mich nun zu den Verwendungszwecken der Überschüsse im Etat, so muß ich mein Erstaunen ausdrücken über den auffallenden Gegensatz der Thronrede zu dem Etat selbst hinsichtlich der Aufbelebung der Gehälter der Geistlichen. Nach dem Bericht im Etat handelt es sich lediglich um eine in die Discretion des Kultusministers gestellte Aufbesserung der Gehälter älterer Geistlichen. Das Geschenk, welches den Geistlichen gemacht wird, ist so mager, daß wir, glaube ich, die Verpflichtung haben, dahin zu wirken, daß durch eine andere Fassung dieses Berichts diese Zulagen dieselbe Qualität erhalten wie früher. Es liegt keine Berechtigung vor, den Unterschied zwischen katholischen und evangelischen Geistlichen hinsichtlich der Höhe der Minimalbeduldungen noch zu verhängen. Der Erlös der Relicentienbeiträge ist die einfache Consequenz des Vorganges im Reich, der seinerseits auf einer Resolution des Reichstages beruht. Es wäre nur zu wünschen, daß auf jede Resolution des Reichstages eine so prompte Antwort erfolgt. (Schr. gut.) Was die allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter betrifft, die im Anschluß an diesen Erlös angeregt wird, so werden wir den Anträgen auf Verbesserung des Einkommens der unteren Beamten gern zustimmen, nicht aber können wir dieselbe Gerechtigkeit gegenüber den höheren Beamten befürden. Die letzteren werden füglich erst bedacht werden können, wenn die wirtschaftliche Lage im Allgemeinen sich gebessert haben wird.

Ich komme nun zu der Erleichterung der Communallasten, wie der Etat sie vorschlägt. Zwei Einwände muß ich da vorweg erheben. Die Buschüsse zu den Lehrgehältern sind zweifellos eine Erleichterung; aber diese wird zunächst mit einer allzu großen Bevorzugung der Gemeinden verknüpft und wirkt außerdem so ungleichmäßig, daß beispielweise in dem Falle, wo das bisher erhobene Schulgeld den zu gewährenden Buschuss übersteigt, direkt eine Mehrbelastung der Commune eintritt. Hier wird also äußerste Vorsicht in der Einzelberathung und in unseren definitiven Beschlüssen geboten sein. Das Centrum denkt sich den ersten geziegelbaren Schritt auf dem Wege der Erleichterung der Gemeindelasten dar, daß die halbe Grund- und Gebäudesteuer an die Communen überwiegen wird, wobei der Vertheilungsmahl von Extremen abheben müßte, wie sie einerseits die Stadt Berlin, die gar kein Interesse an derartigen Nebenweisungen hat, andererseits die ganz kleinen Kreise mit ihren verschwindend geringen Bedürfnissen darstellen. Unterstützungsbefürftig ist eben die große Masse der Gemeinden. Dazu müßten die Buschüsse zu den Extrateuern, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern, in der Regel fallen. Daß die Grund- und Gebäudesteuer deshalb als deutlichstens wirkt, weil die Schuldenlast nicht mit berücksichtigt wird bei der Veranlagung, ist bekannt, unverträglich aber ist die Steigerung dieser Ungerechtigkeit durch die Zulagen. Sie darf nur im äußersten Notfall subständig Platz greifen. Besonders bleibt bei dieser Überweisung die Schwierigkeit der Gutsbezirke. Diese Schwierigkeit wird aber durch die Aufhebung der Zulagen auf die Extrasteuern und Übertragung derselben auf die Einkommen- und Klassensteuer erheblich gemildert. Könnten wir uns entschließen, solchen Gehegeschlag zu acceptiren, so würde damit der endgültigen Reform unseres directen Steuersystems nicht das geringste Hemmniss bereitet. Finanziell würde dasselbe erreicht werden wie mit der Überweisung der Einnahmen aus den Reichssteuern, nämlich 35 Millionen würden auch hierauf die Gemeinden bekommen, aber die Entlastung würde wesentlich gleichmäßiger sein. Käme mein Vorschlag zur geistmäßigen Geltung, so würde auch Herr v. Meyer (Arnsdorf) die Freude erleben, daß ich selbst für das stimme, was er stets als sein eiterum censore hingestellt, für die Aufhebung der lex Huene. (Große Heiterkeit.) Wir werden jedenfalls mit Wohlwollen an die Prüfung des Etats und der in Verbindung damit vorgelegten neuen Gesetzentwürfe herantreten, bitten aber das Haus und die Regierung, auch unserem Gegenvorschlag, den wir bei unseren schweren Bedenken gegen die Schulvorlage Glauben machen zu müssen. Beachtung zu schenken, und die guten Leime die etwa darin liegen, weiter entwickeln zu helfen. (Beispiel im Centrum.)

In die Rednerliste sind eingetragen gegen den Etatsentwurf Rickert, Meyer, Breslau, Mosler, v. Schorlemer-Alst, Windthorst, v. Gliszcinski und v. Gynern; dafür Sattler, Minnigerode, v. Zedlik, v. Meyer-Arnswalde, v. Benda, v. Biedermann-Bomst, Arentz, v. Rauchhaupt und Graf Limburg-Styrum.

Abg. Dr. Sattler: Über die Entwicklung unserer Finanzen sind wir alle erfreut. Die Tilgung unserer Staatschuld nimmt allerdings einen günstigen Fortgang, aber auf dem Gebiete unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens hat sich kein Fortschritt gezeigt. Die Besserung der Finanzen resultiert auch hauptsächlich aus der Beschränkung der Ausgaben. Die Überweisungen an die Communen aus der lex Huene sind sehr stark vermindert worden, so daß die schwankende Tendenz dieser Überweisungen klar zu Tage tritt. Die Überweisung eines bestimmten Theils der Grund- und Gebäudesteuer würde für die Communen viel vortheilhafter sein. Auf die Dauer der Minderausgaben der Eisenbahn-Verwaltung können wir keineswegs rechnen, weil schon die Steigerung der Schulschulden die Ausgaben um Millionen steigern könnte. Für die Sozialität unserer Finanzverhältnisse trägt aber das Eisenbahn-Garantiegefecht wesentlich bei. Die directen Steuern zeigen eine erfreuliche Besserung, die Mehreinnahmen der indirekten Steuern sind aber nur durch das Vorgeben des Reichs hervorgerufen. Daß die Mindererträge der Domänen den Rückgang der Landwirtschaft beweisen, erkenne ich an. Ohne die Reichssteuerreform hätten wir alle die Vorteile der jetzigen Finanzlage nicht. Konnen wir nun in diesem Momente zu einer dauernden Mehrbelastung übergehen? Das läßt sich mit Sicherheit nicht voraussehen. Der vorgesehene Betrag von 27 Millionen können wir aber ruhig verwenden, ohne deshalb in Zukunft neue Steuern erwarten zu müssen. Für die Zwecke des Reichs, besonders für die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter, werden noch Mittel vorhanden sein. Never die richtige Beweisung der erhöhten Mittel für die Geistlichen werden wir uns in der Commission mit Herrn von Huene wohl verständigen können. Für die Aufhebung der Büttwen- und Waisengeldbeiträge erklären wir uns ebenso, wie wir im Reichstag der Resolution um Aufhebung dieser Beiträge für das Reich zugestimmt haben. Was die Verhältnisse der Lehrer betrifft, so haben wir stets bedauert, daß der Antrag Kropatschek, welcher die Pensionierung der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten regeln sollte, nicht zur Annahme gelangt ist. Ich bin mit meinen Freunden stets der Meinung gewesen, daß wir, sobald das Reich die Mittel biete, zu einer Entlastung der Commune schreiten müssen. Die Regierung hat nicht den Weg eingeschlagen, den Herr v. Huene in Ueberreinstimmung mit unseren früheren Anregungen angeeutet hat. Gerade in der Zeit der socialpolitischen Maßnahmen empfiehlt sich die Befreiung des Schulgeldes, welches gerade den Familienwätern zu gute kommt. Es scheint mir aber, daß außer der Befreiung des Schulgeldes eine weitere Entlastung überall da nicht erreicht wird, wo das Schulgeld nicht besteht;

halten als sie an Schulgeld befeiligt und in einzelnen hannoverschen Städten wird sogar eine Steigerung der kommunalen Lasten entstehen, weil der Betrag an Schulgeld größer ist als die Ueberweisung. Man wird eben den Vertheilungsmahl etwas ändern müssen. Wenn man eine so große Summe in die Hand nehmen wollte, dann hätte man auch ein Gesetz über die Unterhaltung der Volksschulen machen können. Der Finanzminister meinte, um schnell helfen zu können, habe man von organisatorischen Maßnahmen absehen müssen. Der Mangel einer brauchbaren Landgemeinde-Ordnung in den östlichen Provinzen hindert allerdings auch auf diesem Gebiete. Man hätte gleichzeitig mit oder doch nach der Kreisordnung eine Landgemeinde-Ordnung erlassen müssen. Wenn wir die in dem Etat vorgetragenen Dinge erreichen, dann werden wir einen guten Schritt vorwärts gemacht haben in der Steuerreform. (Beispiel.)

Abg. Rickert: Der Finanzminister hat wieder den alten Usus aufgenommen, den Etat mit einer Rede dem Hause zu übergeben, um, wie er früher schon einmal sagte, einer unzutreffenden Kritik vorzubeugen, wahrscheinlich aber, um die Erwartungen, welche die Thronrede erregt hatte, auf ihr berechtigtes Maß zurückzuführen. Die ganze frühere Steuerreform hat einen Klassensteuererlass von 20 Millionen und die lex Huene gebracht. Die ganze Brannweinsteuer bringt wieder nur 20 Millionen Mark. Ich habe überlegt, ob man nicht gleich nach der Einbringungsrede des Finanzministers das Wort ergreifen sollte, die Geschäftserordnung bietet kein Hindernis. Man kann dem Finanzminister sofort antworten, und das wäre diesmal, ohne den Etat zu kennen, sehr leicht gewesen. Die Gestaltung unserer preußischen Finanzen hat sich wesentlich gebebt, aber wir dürfen uns darauf nicht viel zu gute thun. Denn unser Etat besteht seit der Eisenbahnverstaatlichung immer noch auf sehr schwanken Grundlagen. Der Träger der Bilanz ist nicht der Finanz, sondern der Eisenbahnmaster. Wäre die gute Bilanz der preußischen Finanzen etwas früher bekannt geworden, dann wäre der Bevölkerung erlaubt worden. Der Finanzminister hat damals im Reichstag wohl Reden gehalten, die nichts von einem so günstigen Abschluß merken ließen, trotzdem der Finanzminister das Ergebnis von 1886/87 wohl schon kannte. Preußen sollte ebenso wie das Reich die Ergebnisse der Finanzverwaltung amtlich zur Kenntnis bringen, wie dies in allen anderen Einzelstaaten auch geschieht. Bei der Brannweinsteuer hat man so, als wenn Preußen ohne die Vermehrung der Reichssteuern nicht bestehen könnte. Jetzt haben wir einen Überschuß ganz genau wie nach der knappen Zeit von 1868/69 sich in den ersten Jahren der siebziger ein Überschluß ergab. Wir haben es bedauert, daß die Aeram Camphausen ohne Steuerreformen vorüberging. Denn die Änderung der Klassensteuer 1874 war keine Reform im großen Styl. Von einer Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten ist keine Rede; die Oberpräsidialräthe und die Landräthe sind bedacht worden. Gerade die höheren Beamten haben in nächster Zeit keinen Anspruch auf eine Erhöhung ihrer Beiträge zu rechnen. Die Befreiung der Relicentienbeiträge halten auch wir für notwendig, aber wir bedauern, daß die Lehrer an den Volksschulen nicht von diesen Beiträgen befreit werden. Die Ausdrucksweise des Ministers war eine sehr gewundene. Vielleicht können wir den Finanzminister unterstützen durch einen Antrag aus dem Hause. Der Finanzminister hat den Domänenetat markirt als einen, der Minder-einnahmen hat. Die Domänenverpachtungen haben allerdings im Osten einen Rückgang aufzuweisen, während im Westen ein Zugang stattgefunden hat. Über den Grund der Steigerung fehlt es an jeder Erklärung. Der Rückgang wird in mehreren Fällen mit dem Vermögensverfall der Pächter erklärt. Liegt denn der nur an der Rotslage der Landwirtschaft? (Burke rechts: Ja!) Sollte er nicht darin liegen, daß man sich blindlings mit den Pachten in die Höhe getrieben hat? Man rechnet in landwirtschaftlichen Kreisen viel zu wenig mit dem Schwanken der Preise. In früheren Jahren hat man über die Überschüsse kein Wort geredet. Die Landwirtschaft ist nicht auf Kosten gebettet, von einer allgemeinen Calamität kann aber nicht die Rede sein. Die Einnahmen unserer Domänen befinden sich seit 1870 in steiler Steigerung, seit 1850 ist der Ertrag pro Hectar von 14 auf 38 im Jahre 1881 gestiegen. Die Veranlagung zu Klassensteuer zeigt, daß der Procentsatz der veranlagten Bevölkerung in jedem Steigerungsbegriff ist, nur in einzelnen Bezirken ist eine kleine Abnahme zu bemerken. Daraus kommen wir den Schluss nicht ziehen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in ihrer wirtschaftlichen Lage sich verschlechtert habe. Der Finanzminister hat im Reichstag eine Abnahme der Klassensteuer auf dem platten Lande constatirt, wir haben keine Kenntnis von diesen Sachen erhalten. Wenn der Vermögensverfall der Pächter erklärt, liegt dann der nur an der Rotslage der Landwirtschaft? (Burke rechts: Ja!) Sollte er nicht darin liegen, daß man sich blindlings mit den Pachten in die Höhe getrieben hat? Man rechnet in landwirtschaftlichen Kreisen viel zu wenig mit dem Schwanken der Preise. In früheren Jahren hat man über die Überschüsse kein Wort geredet. Die Landwirtschaft ist nicht auf Kosten gebettet, von einer allgemeinen Calamität kann aber nicht die Rede sein. Die Einnahmen unserer Domänen befinden sich seit 1870 in steiler Steigerung, seit 1850 ist der Ertrag pro Hectar von 14 auf 38 im Jahre 1881 gestiegen. Die Veranlagung zu Klassensteuer zeigt, daß der Procentsatz der veranlagten Bevölkerung in jedem Steigerungsbegriff ist, nur in einzelnen Bezirken ist eine kleine Abnahme zu bemerken. Daraus kommen wir den Schluss nicht ziehen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in ihrer wirtschaftlichen Lage sich verschlechtert habe. Der Finanzminister hat im Reichstag eine Abnahme der Klassensteuer auf dem platten Lande constatirt, wir haben keine Kenntnis von diesen Sachen erhalten. Wenn der Vermögensverfall der Pächter erklärt, liegt dann der nur an der Rotslage der Landwirtschaft? (Burke rechts: Ja!) Sollte er nicht darin liegen, daß man sich blindlings mit den Pachten in die Höhe getrieben hat? Man rechnet in landwirtschaftlichen Kreisen viel zu wenig mit dem Schwanken der Preise. In früheren Jahren hat man über die Überschüsse kein Wort geredet. Die Landwirtschaft ist nicht auf Kosten gebettet, von einer allgemeinen Calamität kann aber nicht die Rede sein. Die Einnahmen unserer Domänen befinden sich seit 1870 in steiler Steigerung, seit 1850 ist der Ertrag pro Hectar von 14 auf 38 im Jahre 1881 gestiegen. Die Veranlagung zu Klassensteuer zeigt, daß der Procentsatz der veranlagten Bevölkerung in jedem Steigerungsbegriff ist, nur in einzelnen Bezirken ist eine kleine Abnahme zu bemerken. Daraus kommen wir den Schluss nicht ziehen, daß die landwirtschaftliche

Miquel und Bennigsen und der freiconservative Abgeordnete Graf Behr gebeten haben, den Reichstag mit neuen Steuern zu verschonen, trotzdem spricht der Finanzminister schon wieder von neuen Steuern und will die Verkürzung der preußischen und Reichsstädte noch weiter führen. In Amerika wendet man sich gegen einen ähnlichen Vorschlag des Präsidenten. Blaine mit großem Nachdruck. Man bezeichnet ihn als einen absurd, lassen Sie doch diesen Schluss von Ihren Reden weg, Herr Finanzminister. (Heiterkeit.) Wenn Sie den Tabak, das Bier und den Wein im Interesse der Gerechtigkeit herangezogen haben, dann werden Sie nach neuen Steuern suchen müssen. Das Volk hat an der Brannweinsteuer genug, lassen Sie es diese erst verdaue. (Heiterkeit rechts.)

Abg. v. Minnigerode: Der Unstand, daß es nicht möglich war, sofort hinter dem Finanzminister zu sprechen, hat uns allerdings in die Lage versetzt, die große Rede des Herrn Rittert erst heute hören zu können, aber ich muß doch sagen, nach dieser Rede da habe ich den Eidsredner der freisinnigen Partei aus der vorigen Session, den Abg. Meyer-Breslau, welcher wenigstens seinem Humor die Bügel schieben ließ. Die Bewilligung von Reichsstädten hat unsere Finanzen gebebt. Wer ich will den Eisenbahminister nicht tadeln, daß er bei seiner vorstehenden Beratung geblieben ist. Es ist wieder ein ordentliches Extraordinarium festgestellt worden, und wir kommen zu einer gefündeten Bilanz ohne eine Anleihe. Ich habe stets darauf hingearbeitet, nicht blos Ausgaben zu bewilligen, sondern auch für Einnahmen zu sorgen. Ich stelle mich ganz auf den Standpunkt des Finanzministers, vertrauen wir auf die Besserung der Reichsstädte und auf die Besserung unserer eigenen Verhältnisse. Die Landwirtschaft hat ihren breiten Rücken hergegeben, um die neuen Steuern durchzuführen. Es sind namhafte agrarische Opfer gebracht worden zum Wohl des Reichs und der Einzelzonen. Bei der Brannweinsteuer haben die landwirtschaftlichen Brennereien schwere Opfer bringen müssen. Dazu kommen die Kosten der Krankenversicherung und der Unfallversicherung, und zwar zu einer Zeit, wo die Landwirtschaft sich in einer schwierigen Lage befindet. Bei diesen Opfern werden wir noch zu anderen Ausgaben genötigt. Das Lohnkontor ist ein stetig steigendes, nicht weil die Arbeitkräfte mangeln, sondern weil sie in die Städte ziehen, um dort eine freiere Bewegung zu haben. Die ländlichen Kreise zeigen trotz der Zunahme der Bevölkerung im ganzen Staat eine Abnahme der Bevölkerung. Von einem Proportionen der Männer kann man wohl nicht sprechen, denn wenn die fristlose Nachweisung noch ein kleines Mehr ergeben hat wegen der besonders günstigen Einnahme einzelner Bezirke, so ist auch dies jetzt verschwunden. Die Landwirtschaft befindet sich in schlechter Lage. Der Zollschutz ist noch sehr mangelhaft. Nur eine Regelung der Valuta kann ihr helfen. Wenn dazu auch der Wunsch auf eine Ermäßigung der Eisenbahntarife laut wird, so stehen diesen Stimmen doch auch andere gegenüber, welche vor solchen Maßregeln warnen. Wenn eine Herabsetzung der Tarife eintrete, muß sie auch für russisches Getreide eintreten, darauf freuen sich die Russen schon jetzt. Durch die Schädigung ihrer Einnahmen wird die Eisenbahnpolitik behindert, mit der Ausdehnung des Eisenbahntarifs vorwärts zu schreiten. Wenn andere Interessengruppen auch Tarif-Ermäßigungen wünschen, so wird sich ein Sturmloft erheben, das uns die Haare zu Berge stehen. Deshalb constatiere ich im Namen meiner Freunde, daß wir trotz der günstigen Finanzen nicht in der Lage sind, einschneidende Tarifmaßnahmen zu wünschen. Was die Wehrausgaben im Staat betrifft, so neigen meine Freunde sich der Meinung zu, daß die Gehaltserhöhung für die Geistlichen dahin zu verstehen ist, daß die Geistlichen, welche fünf Jahre im Amt sind, 3600 bzw. 2400 M. Gehalt erhalten sollen. Die Budgetkommission wird ja über diesen Fonds Aufklärung verlangen, aber ich glaube nicht, daß mit dieser Summe alle Ansprüche auf Grund des Civilstandsgesetzes aus der Welt geschafft sind. Die Gewährung von Unterstützungen für Bicariate erfüllt einen langjährigen Wunsch der evangelischen Kirche. Wir hoffen, daß die Regierung auch weiteren kirchlichen Bedürfnissen ihre Aufmerksamkeit zuwenden wird. Mit der Befestigung der Wittwen- und Waisengeldbeiträge bin ich vollständig einverstanden. Wir wünschen, daß auch dem Lehrer die Betriebsrente erlassen werden. Das Gesetz, betr. die Schulosten, ist ein Rothgesetz und hat mit der Organisation der Schulen nichts zu thun. Auch meinen Freunden ist es nicht entgangen, wie verschieden die Wirkungen im Einzelnen sein müssen, namentlich wegen der verschiedenen Höhe des Schulgeldes in einzelnen Provinzen. Wo das Schulgeld höher ist als die Überweisung, da wird wohl der Staat auch den Rest auf sich nehmen müssen. Dieser Punkt hat große Beunruhigung hervorgerufen. Ebenso die Frage, ob die Buchsätze, die der Staat jetzt schon gewährt, bestehen bleiben sollen oder nicht. Vielleicht brauchte man mit der Ausführung des Gesetzes nicht bis zum 1. Oktober zu warten, sondern könnte schon mit dem 1. Juli anfangen. Der Vorschlag des Herrn v. Huene, unter Aufhebung der lex Huene festige Bezüge den Genelmen zu überweisen nach Maßgabe der Grundsteuer, ist uns nicht annehmbar. Ich würde auch an dem Vorhandensein der Gütsbezirke keinen Anstoß nehmen. Aber nicht einverstanden bin ich mit dem Verbot der Zuflüsse zur Grundsteuer. Denn die Ausgaben der Kreise, namentlich die Begebaute, werden doch nur für den Grundbesitz gemacht. Für ihre Vertheilung ist die Grundsteuer der feste Maßstab. Der Überweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer würde ich zustimmen, wenn die Vorlage nicht wäre, welche das Schulgeld befehligen will. Die Brannweinsteuer belastet gerade die unteren Klassen, deshalb müssen sie zuerst entlastet werden durch die Befestigung des Schulgeldes. Ich hoffe, daß die Mehrheit dafür vorhanden sein wird und daß auch für die Verlängerung der Legislaturperiode eine Mehrheit sich finden wird. Über die Frage hat eine Vereinbarung der Conservativen und Nationalliberalen stattgefunden. Man wollte dem Reichstag den Rücktritt lassen. (Zuruf Rittert: „Wollen die Nationalliberalen nicht mit?“) Ich nehme an, daß die Herren mit wollen, aber da bisher nicht davon gesprochen ist, so mußte ich es zur Sprache bringen. Wenn wir auf solche Fragen Nachdruck legen, so haben wir unter Erfahrungen dafür. Wir regen die Reform der direkten Steuern an, fanden aber nur platonische Versicherungen und einen Antrag, welcher Alles der Regierung überläßt. Herr v. Huene plädierte heute für Reform der direkten Steuern, aber seine Partei knüpfte früher daran die Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechts. Den Herrn Finanzminister habe ich Namens meiner Freunde zu bitten, daß dem wirtschaftlichen Rückgang in der Landwirtschaft auch bei der Steuerveranlagung Rechnung getragen werden möge. Leider werden die Localveranlagungen eben nicht immer gebilligt, und es bleibt oft genug beim alten. (Sehr richtig! rechts.) Bei den Getreidezöllen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. Selbst die freiconservative Partei hat dieselben zu hintertreiben gesucht und nur ihrem Widerstande ist es zu danken, daß statt der 6 M. nur 5 M. angenommen worden sind. Die „Post“ und auch andere Blätter haben das christliche Liebeswerk der inneren Stadtkommission befriedet und sind dabei gegen ein Mitglied des königlichen Hauses vorgegangen in einer Weise, die ich nicht billigen kann. Und zu weisen Gunsten hat man das gethan? Ich bin weit davon entfernt, auch nur irgend ein Mitglied der freiconservativen Partei zu beschuldigen. Aber ich konnte nicht schweigen, weil es Blatt als Parteidorgan gilt. Man spricht immer von der Unfruchtbarkeit der conservativen Aera. Wir haben nicht die Mehrheit, meine Partei hat 132, die freiconservative 62 Mitglieder, dazu kommen 8 Hizisten, also 202 Mitglieder. Es fehlen noch 18 Mitglieder an der absoluteten Majorität. Wir sind also gezwungen, uns mit anderen Parteien zu verständigen. Wenn auch noch manche Wolken über den Himmel jagen, so haben jetzt den Frieden, eine starke Armee und ein kriegerisches königliches Regiment und deshalb wollen wir mit Vertrauen in die Zukunft sehen.

Ein Beratungsantrag wird angenommen.

Schluss 3½ Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Fortsetzung der ersten Lesung des Etats).

Reichstag.

* Berlin, 20. Januar. Im Reichstage setzte sich heute die kleine sozialpolitische Debatte, die sich in der letzten Sitzung, an den Etat des Reichsamts des Innern anknüpfend, entsponnen hatte, fort. Allerdings trug sie ein ruhiges, wesentlich akademisches Gepräge. Selbst der sozialdemokratische Abgeordnete Frohme hielt sich in ziemlich ruhigen Geleisen. Er fragt die Berichte der Fabrikinspectoren der Parteilichkeit zu Gunsten der Arbeitgeber an und drohte ihnen mit dem Verlust des Vertrauens seitens der Arbeiter. Der conservativen Staatsanwalt Hartmann dagegen war mit den Fabrikinspectoren und der Regierung sehr zufrieden und nahm sich besonders seiner sächsischen Heimat warm an gegenüber einigen Ausführungen des Abgeordneten Baumhauß in der letzten Sitzung, dem der Staatsanwalt den Tadel einer übergroßen sächsischen Gemüthslichkeit im Ueberschreiten gesetzlich

verbotener Kinderarbeit sehr übel nahm. Auch das Centrum schickte in Herrn Hize seinen Socialpolitiker par excellence vor, der namentlich die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber dem Arbeiterschutzgesetz des Reichstages beklagte. Zum Schlus brachte Herr Miquel noch eine ganz neue Materie, für die er gesetzlich Reglung wünschte, zur Besprechung, die Wohnungsfrage. Secundirt wurde er von seinem Fraktionsgenossen Kalle, während der freisinnige Abgeordnete Schrader dies Gebiet der Privathäufigkeit vorbehalten wissen will und auf die Erfolge in England sowie die ähnlichen Versuche bei uns hinwies. Auf einige Bemerkungen des Redners über die freien Hilfsklassen, replizierte dann noch der Staatssekretär von Bötticher. Morgen wird neben der weiteren Beratung des Etats die Einführung der Gewerbeordnung für Elsass-Lothringen zur Beratung kommen. Das Socialistengesetz wird nach einer Mitteilung des Präsidenten auf die Anfrage des Abg. Singer erst Ende nächster Woche den Reichstag beschäftigen.

17. Sitzung vom 20. Januar.

1 Uhr.

Am Bundesrathstische: von Bötticher, von Marschall, Director Böse u. a.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Die Beratung des Capitel 7, Titel 1, „der Staatssekretär 36 000 M.“, war in der Dinstagsitzung nicht zu Ende geführt worden.

Abg. Frohme (Soe) kritisiert die Berichte der Fabrikinspectoren informiert, als die Letzteren vielfach durch die Form der Abfassung ihrer Berichte beobachtet, daß sie sich der Aufgabe, die Interessen der Arbeiter nach allen Seiten zu wahren, gar nicht mehr bewußt sind. Da wird z. B. von der Aufreizung durch die Agitatoren, von den Ichlimmen, auf Vermehrung des Proletariats gerichteten Einflüssen der Streikcommissionen u. s. w. gesprochen. Die sozialdemokratischen Führer haben stets vor leichtsinnigen Striften gewarnt, sie haben empfohlen, von Striften nur im äußersten Falle der Notwehr Gebrauch zu machen. Der Schwerpunkt des Coalitionsrechts der Arbeiter liegt nicht in der Auszeichnung von Arbeitseinstellungen, sondern in dem Bewußtsein ihrer staatsbürglerlichen Rechte, in dem Streben, die Rechte mit Hilfe der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Was sollen denn gegenüber den Redensarten von dem „Nebenwuchs der Agitatoren“, was der Ausspruch, daß es den Agitatoren nur erwünscht sei, wenn es den Arbeitern recht schlecht gebe? Ferner macht sich in einigen Berichten das Streben geltend, die Leistungen der freien Hilfsklassen möglichst zu verkleinern und dagegen die sogenannten Wohlfahrtsseminarienten der Arbeitgeber über Gebühr stark hervorzuheben. Wird in Zukunft diese parteiische Beurtheilung des Verhältnisses der Arbeiter und Arbeitgeber nicht befehligt, so können die Arbeiter auf die ganze Einrichtung in Zukunft gar keinen Wert mehr legen.

Abg. Hartmann: Herr Frohme hat nur das Recht, im Namen derjenigen Arbeiter zu sprechen, die sich in dem Banne der Sozialdemokratie begeben haben. Diese sind aber Gott sei Dank die Minderheit. Ich habe zunächst dem Herrn Staatssekretär für die Mitteilungen über die in seinem Ressort in Angriff genommenen neuen legislatorischen Arbeiten zu danken. Einige Befürchtungen erfüllt mich nur bei der Ankündigung, daß die Novelle zum Krankentassengesetz eventuell noch in dieser Session zur Vorlage kommen soll. Es schadet nichts, wenn die weitreichende Angelegenheit auch erst später an uns kommt. Bei ihrer Bewältigung bedarf der Reichstag der frischen Arbeitskraft, die er erfahrungsmäßig nur mit Beginn einer Session hat. Sachlich möchte ich in dieser Beziehung nur die Frage zur Erwägung stellen, ob und wie die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Unselbstständigen im Handelsstande zu erfolgen hätte. Die private Thätigkeit der Betreibergen auf diesem Gebiete hat achtbare, doch der Masse gegenüber ganz unzureichende Resultate aufzuweisen. Auch die Fürsorge im Wege ortstatutärer Regelung bleibt naturgemäß mangelhaft. Der Handelsstand selbst möchte die Ausdehnung des Zwanges in überwiegender Zahl. Wenn ich mich nun zu den Berichten selbst wende, so muß ich zunächst die Bemübung der Form der Mitteilung dieser Berichte zurückweisen. Der Generalbericht, wie wir ihn erhalten haben, ist die Folge unserer eigenen Beschlüsse, für das spezielle Studium genügt die Einsichtnahme in die Originalberichte. Seltens derjenigen, die mit den bezüglichen Materialien schon vertraut sind, ändernfalls wirkt solches Studium statt aufklärend, eher verwirrend. Ebenso unerfreulich wie überraschend ist die Zunahme der in den Fabriken beschäftigten Kinder. Doch hat Herr Baumbach Unrecht, wenn er gerade Sachen den Löwenanteil an dieser Vermehrung zuschreibt. Er läuft dabei die besonderen Verhältnisse der Industrie in Sachsen unbilligerweise außer Betracht. Im Allgemeinen bietet der Generalbericht über die Verhältnisse unserer Industrie ein überwiegend günstiges Gesamtbild, und den Fabrikinspectoren gehört für ihre verdienstliche Thätigkeit Anerkennung und Dank.

Abg. Hize: Herr Hartmann kann die Thatsache nicht wedigstellen, daß die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder zunommen hat, während die Gesamtzahl der beschäftigten gewerblichen Arbeiter zurückgegangen ist, und daß sie jetzt in Preußen nur halb so hoch ist als in Sachsen. Es ist dies ein sehr betrübendes Factum, welches das Nichtzustandekommen eines Arbeiterschutzgesetzes doppelt bedauerlich erscheinen läßt. Der Herr Staatssekretär hat sich dahin geäußert, daß der Reichstag doch wohl selbst nicht geglaubt habe, daß das vom Reichstag angenommene Gesetz in der beschlossenen Form im Bundesrat hätte Annahme finden können. So wird uns jetzt geantwortet, nachdem früher von der Regierung und der offiziellen Presse unausgesetzt an uns die Forderung gerichtet worden war, nicht Revolutionen, sondern Gesetzeswürze zu machen. Ueber rasch hat mich ferner die Geringdämpfung, mit welcher der Staatssekretär den gewerblichen Schiedsgerichten sprach. Im Gegensatz zu Herrn Hartmann halte ich die Novelle des Krankentassengesetzes für sehr dringlich und hoffe auf ihr Zustandekommen noch im Laufe dieser Session. Die Zugänglichmachung sämtlicher Originalberichte durch denselben Druck ist nach meiner Ansicht nothwendig. Es handelt sich doch nicht blos um die Reichstagsmitglieder, auch die Decernenten und die Generäle selbst sollen sie lesen. Wir werden im preußischen Abgeordnetenhaus einen Antrag einbringen, wonach die Berichte der preußischen Fabrik-Inspectoren durch den Druck vervielfältigt werden sollen, um auf anderem Wege dieses Ziel zu erreichen.

Staatssekretär v. Bötticher: Über die Aufnahme eines solchen Antrages seitens der preußischen Regierung kann ich natürlich keine Erklärung abgeben. Den Decernenten und den Beamten selbst wurde stets und wird immerfort das Material, welches für sie nothwendig ist, zugänglich gemacht. Mit Geringdämpfung habe ich des Instituts der gewerblichen Schiedsgerichte seineswegs gedacht, nur die obligatorische Einführung derselben für unnötig erklärt. Der vom Reichstag angenommene Arbeiterschutzgesetzentwurf wies bei näherer Prüfung sachliche Incongruenzen auf, die seine Annahme durch den Bundesrat unmöglich machen. Wir verhalten uns keineswegs prinzipiell ablehnend gegen das ganze Gebiet des Arbeiterschutzes, aber wir nehmen die volle Freiheit der Erwägung über das „Wie“ auch für uns in Anspruch. Die Annahme der Kinderarbeit ist von zwei Herren bedauert worden. Beide haben aber übersehen, daß die Zahlung von Jahr zu Jahr genauer wird, der Kreis der controlirten Fabriken sich stetig ausdehnt und daher eine absolute Vergleichbarkeit der Zahlen mit den früheren nicht möglich ist. Die Revision des Krankentassengesetzes ist in Arbeit und auch ich wünsche, daß es uns gelingen möge, noch in dieser Session damit zum Abschluß zu kommen. Noch ein Wort gegenüber dem Abg. Frohme. Wenn ein Fabrikinspector Wahrnehmungen macht, die außer Zweifel stellen, daß bei Striften die Aufreizung der Agitatoren eine Verständigung hindert, so würde er seine Pflicht vernachlässigen, wenn er derartiges nicht zur Kenntnis der vorgelegten Behörde brächte, und auch der Reichstag hat alle Urache, für solche Mitteilungen dankbar zu sein. (Beifall rechts.)

Abg. Miquel setzt in längeren Vortrag die Nothwendigkeit des Erlasses eines Reichsgesetzes auseinander, welches ähnlich wie in der Schweiz die unentbehrlichen Garantien für die Gesundheit des menschlichen Wohns gewähren soll. Zweifellos sei die Kompetenz des Reichstages, da ja dem Reich auch die Überwachung der Gesundheitspolizei verfassungsmäßig zusteht. In die Baupolizei lasse sich von Reichs wegen nicht eingreifen, aber möglich sei eine Führung der geringsten hygienischen Anforderungen an jeden Bau. Das Gesetz müßte enthalten, erstens die Minimalanforderungen in Betreff der öffentlichen Gesundheitspflege, also Bestimmungen treffen über den Minimalraum, über Kellerwohnungen u. dergl. Es müßte die Möglichkeit geben, im Wege der Selbstverwaltung besondere Aufsichtsorgane, Wohnunginspectoren zu schaffen, welche die

Revision familiärer Wohnungen zu begleiten hätten und es müßte unter den nötigen Kautelen gegen Mißbrauch den Verwaltungsbehörden das Recht zum Verbote gegen das Bewohnen der diesen Vorschriften nicht entsprechenden Localitäten geben. Ferner stelle ich zur Erwägung die weitere Frage, ob nicht ein weiteres Eingreifen in das Nutzungssrecht des Eigentümers dahin geboten erscheint, die für die Schlafstellen, für die möblierten Zimmer schon jetzt allgemein polizeilich geforderten Bedingungen für die Bewohnbarkeit auch auf die gewerbsmäßigen Vermieter von Wohnungen auszudehnen, um die Hausbewohner zu zwingen, wirklich gejunde und räumlich genügende Wohnungen auszubieten. Jetzt sind die Wohnungen überfüllt. Der für den Kopf nothwendige Luftraum ist nur im geringsten Theile der Familiethütte vorhanden, weil zu wenig Wohnungen da sind. In England ist man in dieser Beziehung viel weiter als bei uns, doch sind auch in Deutschland, z. B. in Hamburg, durch gemeinnützige Baugesellschaften beachtenswerthe Resultate erreicht. Bestimmen wir gesetzlich, daß mindestens 8 Kubikmeter Luftraum pro Kopf in der Wohnung vorhanden sein muß, so würde sich zuerst eine überflüssige Bevölkerung ohne Wohnung sehen und nicht unterzubringen sein, deshalb müßte die Durchführung des Gesetzes nach und nach geschehen. Es müßte ferner gesetzlich festgestellt werden, daß eine Wohnung weniger als dem Minimalraum eine Unterkunft im gesetzlichen Sinne nicht ist. An der Wohnung sucht der Arbeiter zunächst zu sparen, er sucht eine kleinere Wohnung, er zieht schließlich mit anderen Familien in dieselbe Wohnung zusammen und gerade die hieraus entstehenden großen physischen und moralischen Verwüstungen müssen bestimmt auch diesem Theil der sozialen Frage mit Ernst näher treten. Im weiteren wendet sich Redner gegen das unbedingte Retentionssrecht des Vermieters und verweist auf das lobenswerthe Beispiel Baierns, wo den größten Nebenstanden auf diesem Gebiete abgewichen worden ist. Auch diese Frage müßte in dem Reichsgesetz gelöst sein, ebenso die des Mietshausvertrages, dessen gegenwärtige Fassungen den Mieter in eine absolute Abhängigkeit vom Vermieter bringt. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schrader bedauert, daß Herr Miquel so unerwartet diese wichtigen Fragen aufgeworfen hat, deren Erörterung in der umfassenden Debatte eine besonders gründliche kaum werden könnte. Der Arbeiter sei jetzt in die Lage gebracht, weniger für die Wohnung aufzuhören, weil man durch die sozialpolitische und ebenso durch die wirtschaftliche Gesetzgebung (Auf links, Kornzölle) den größten Theil seines Lohnes festgelegt habe (Sehr richtig! links). Die hämmерischen Zustände der Wohnungswirtschaft der großen Städte seien zum Theil auf die vom Lande bestehenden zurückzuführen, die mit so geringem Wohnungsbedürfnis ankommen, daß sie mit dem ganz Unzureichenden sich zufrieden geben. Daß sich die Bauthätigkeit für Mittel- und Arbeiterwohnungen nicht regen will, ist eine Unterlassungsfürdie der bestehenden Klassen. Wir quälen uns in Berlin seit Jahren mit dem Project des Baus von Arbeiterwohnungen, ohne sonderlich vorwärts zu kommen, weil das Interesse der verminderten Klassen bisher nicht für diese Sache geweckt werden konnte. Hier muß der Hebel angelegt werden. In Betreff des Arbeiterschutzgesetzes hofft Redner, daß der Bundesrat von der eigentümlichen Art der Geschäftsbuchhandlung, wie er sie dem vorjährigen Reichsabschluß habe angeleitet lassen, nicht wieder Gebrauch machen werde, sonst sei ein gedeihliches Resultat auf diesem Gebiete nicht zu erzielen. Schließlich sei, daß der Staatssekretär sich den Wünschen der freien Hilfsklassen hinkneigt, die dem Beifall der freien Hilfsklassen entgegen sind. Eine Revision des Krankentassengesetzes, welche auf der Basis der Befreiung der freien Klassen sich aufzubauen, würde das Kind mit dem Bade ausschütten und einen schweren sozialpolitischen Fehler bedeuten. Den Arbeitern die freien Hilfsklassen nehmen, heißt sie ihrer politischen Erzieher beraubt.

Abg. Kalle bemerkt gegen den Abg. Schrader, daß in Frankreich und England allerdings im Sinne der Miquel'schen Anregungen bereits vieles geschehen sei; und daß auch im deutschen Reichstage es an Interesse dafür nicht fehle, habe der Beifall des Hauses nach der Rede Miquel's bewiesen. Das Gesetz sollte im Wesentlichen ein hygienisches sein. Der Vereins- und Betriebshilfe sei in derselben Richtung stark beschäftigt. Außer dem Berliner Vereine existieren in mehreren Städten eine Reihe ähnlicher Vereine, die pessimalische Anschauung Schrader's sei also nicht ganz gerechtfertigt. Den Angriffen Frohme's auf die Fabrikinspectoren müsse er entschieden Widerstand entgegenstellen. In diesen Angriffen liege System, man wolle diese Beauteen der Arbeitervelt discredithen, weil ihre vermittelnde Thätigkeit gewissen Leuten nicht gefällt. Besonders der Form der Berichte stand Redner schon früher auf dem Standpunkt, den heute der Abg. Hize eingenommen hat.

Staatssekretär v. Bötticher protestiert nochmals gegen die bezüglich des Arbeiterschutzgesetzes vom Abg. Schrader dem Bundesrat gemachten Vorhaltungen. Über die freien Hilfsklassen im Verhältnis zu den Zwangs klassen habe er sich ein Urteil bisher auszusprechen überhaupt nicht erlaubt. Über die Frage der Form der Berichte wolle er kein Wort mehr verlieren, man möge die Sache durch einen Antrag erledigen. Derjenige Antrag, der die Majorität erlangt, werde auch für die Regierung bestimmt sein.

Die Discussion wird geschlossen und nach zahlreichen persönlichen Bemerkungen das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Um 4½ Uhr wird die Sitzung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. (Audi- Beratung des Gesetzentwurfs, bet. die Gewerbeordnung für Elsass- Lothringen, Fortsetzung der Etatberatung.)

Auf eine Anfrage des Abg. Singer erwidert der Präsident, daß es seine Absicht sei, die erste Lesung der Vorlage, bet. Verlängerung des Socialistengesetzes, gegen Ende nächster Woche stattfinden zu lassen.

Vom Kronprinzen.

* Berlin, 20. Jan. Dr. Mackenzie empfing, nach einer Londoner Deputie der „Bosc. Btg.“, gestern befriedigende Nachrichten über das Befinden des Kronprinzen. Die Gerüchte, daß neue Symptome eines trebsartigen Gewächses sich gezeigt hätten, entbehren durchaus der Begründung. Am 14. d. Mts. zog sich der Kronprinz eine leichte Erkältung mit Fieberfällen zu, aber schon am Dinstag war die Temperatur wieder normal. Der Kronprinz sieht mit lebhafter Freude der Aussicht

in jeder Hinsicht außerordentlich gezeugtes Land mit reichhaltigen Gold- und Silberminen, dessen Bevölkerung derjenigen Rußlands religiösen und stammverwandt und der Türkei gründlich abgegrenzt ist.

* Berlin, 20. Jan. Bei der heute angefangenen Ziehung der vierten Klasse preußischer Klassen-Lotterie fielen ein Gewinn von 15 000 Mark auf Nr. 564, ein Gewinn von 10 000 M. auf Nr. 135550, ein Gewinn von 5000 M. auf Nr. 140889, Gewinne von 3000 M. auf Nr. 3571 4814 4885 7408 16506 17495 31980 51568 54156 55808 58625 60505 66493 70945 72971 75324 90388 91493 94602 98919 109665 109922 110726 113744 117293 117649 122523 125192 127234 134663 148429 153391 155139 166538 168038 181694 187012 189728, Gewinne von 1500 M. auf Nr. 6767 29666 36544 53890 70339 81226 89987 103994 104637 110413 110503 116581 122617 134359 142187 144042 144315 144431 147772 165168 165721 168188 173780 175621 175982 178633

* Wien, 20. Januar. Sechs Studenten der Grazer Universität sind wegen Entfernung der Büsten des Kaiserpaars aus dem Saale bei einem jüngst abgehaltenen Commerse auf drei Semester relegirt worden.

Kriegsminister Byland überstand wegen eines Unterleibsleidens eine ernste Operation. Die Leitung des Kriegsministeriums übernahm Feldmarschall-Lieutenant Merkl. Der Patient ist heute relativ wohl.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 20. Jan. Der Kaiser empfing heute Vormittag den General von Grolmann und den früheren Kriegsminister v. Kameke. Nach dem Empfang der Präsidien beider Landtagshäuser ertheilte der Kaiser dem Prinzen Friedrich von Sachsen-Meiningen eine Audienz, machte hierauf eine Spazierfahrt und consererte nach der Rückkehr mit dem Grafen Stolberg. Morgen wird Graf Bonomar in feierlicher Audienz die Accreditive als spanischer Botschafter übernehmen.

Berlin, 20. Januar. Die Antwort der Kronprinzessin auf die Neujahrswünsche des Magistrats spricht den wärmsten Dank für die Gesinnungen des Mitgefühls an den Leidern des Kronprinzen aus, mit dem ganzen Volke vereint, siehe die Kronprinzessin zum Himmel, daß die Gebete von Millionen für die Genesung des Kronprinzen erhört werden.

Paris, 20. Januar. Die Initiativ-Commission sprach mit 13 gegen drei Stimmen sich gegen die Inbetrahnahme des Basly'schen Amnestieantrages aus, zog aber den Antrag Gaudie, betreffend die Unabsehbarkeit des Kriegs- und Marineministers in Erwagung. Die Commission für das Municipalgesetz nahm die Vorlage an, wonach der Seinepräfekt im Stadthause wohnen soll.

London, 20. Januar. Heute früh entstand in einem Kaufladen in Houndsditch Feuer, wobei vier Personen umkamen und fünf schwer verletzt wurden. — Der frühere Lordmayor Gardon ist heute Nacht plötzlich gestorben.

Dublin, 20. Januar. Der Deputirte O'Brien wurde nach Verbürgung seiner Strafe heute aus dem Gefängniß zu Tullamore entlassen. Der Priester Macfadden ist heute Morgen in Armagh wegen aufrührerischer Reden verhaftet worden.

Handels-Zeitung.

-f Breslauer Baubank. In der auf den 20. Januar berufenen außerordentlichen Generalversammlung der Breslauer Baubank führte Bankdirector Hugo Heimann den Vorsitz. Derselbe constatirte, dass in der Versammlung 4414 Stimmen vertreten sind. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Antrag der Verwaltung auf Beschlussfassung über Herabsetzung des Actiencapitals auf 1½ Millionen Mark, d. h. auf die Hälfte, und Feststellung der Modalitäten hierfür; der Vorsitzende motivirt in längerer Ausführung den vorliegenden Antrag und erwähnt, dass der Aufsichtsrath erst nach langen und eingehenden Berathungen zu dem vorliegenden Antrag gekommen sei, weil er denselben für durchaus erspriesslich halte und der Beschluss die Möglichkeit biete, dass die Actionäre, indem sie einen Scheinbesitz entzagen, nach Ablauf des Sperrjahres in den Genuss einer Dividende gelangen. Die geplante Reduction werde einen buchmässigen Gewinn von 1 500 000 M. ergeben, durch welche die bisherige Unterbilanz von 1 275 000 M. beseitigt und mit dem Restbetrage von noch 225 000 M. werden Abschreibungen auf den bebauten Besitz und die Ziegelierei insoweit gemacht werden können, dass der Buchwert dieser Objekte dann ein durchaus mässiger sein wird. Auf den unbebauten Besitz in der Kaiser Wilhelmsstadt sind Abschreibungen umso weniger erforderlich, als dieselben überaus niedrig bewertet sind und die bisherigen Verkäufe von Bauplätzen von jenem im gemeinschaftlichen Besitz mit der Schles. Immobilien-Gesellschaft befindlichen Complex den Beweis geliefert haben, dass Verkaufspreise erzielt werden, welche den doppelten bis dreifachen Buchwert ergeben haben. Von den zahlreich erschienenen Actionären verlangte zu dem vorliegenden Antrag Niemand das Wort; die Genehmigung des Antrages erfolgte einstimmig. Im Anschluß daran erfolgte die Abänderung einer grösseren Anzahl von Paragraphen des Statuts; zum grossen Theile sind diese Änderungen eine nothwendige Consequenz des vorangegangenen Beschlusses auf Capitalsreduktion; zum kleineren Theile sind diese Änderungen erforderlich gewesen, um den Vorschriften des neuen Actiengesetzes zu genügen, oder nicht mehr erforderliche transitorische Bestimmungen zu entfernen. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden einzeln verlesen und ohne Discussion einstimmig genehmigt; nur hinsichtlich der Abänderung des § 33 entspann sich eine kurze Debatte, an welcher sich der Actionär Salo Sackur und einzelne Mitglieder des Aufsichtsraths beteiligten. Schlusslich wurde der von Herrn Sackur erhobene Widerspruch zurückgezogen und auch der § 36 einstimmig nach den Vorschlägen der Verwaltung angenommen. Nachdem noch von einzelnen Actionären Anfragen an die Verwaltung gerichtet worden waren und bereitwillige Beantwortung gefunden hatten, erfolgte der Schluss der Handlungen.

--ff Schiffahrtsstatistik. Im dritten Quartal des Etatsjahres 1887/88 vom 1. October 1887 bis 1. Januar 1888 haben die hiesigen Schleusen passirt, und zwar die „Oberschleuse stromab“ 2 Schiffe mit 200 Ctr. Faschen, 1 mit 600 Ctr. Malz und 120 Ctr. Pappdeckel, 17 mit 28 690 Ctr. Hafer, 9 mit 12 392 Ctr. Walzeisen, 1 mit 3700 Ctr. Raps, 38 mit 2250 Meter Kalkstein, 7 mit 2006 Ctr. Bleiweiss, 2 mit 2300 Ctr. Cement, 1 mit 700 Ctr. Gerste, 11 mit 17 660 Ctr. Zinkblech, 3 mit 758 Ctr. Papier, 12 mit 1640 Mtr. Brennholz, 6 mit 9400 Ctr. Drahtnägel, 1 mit 25 Ctr. Essigsprit, 6 mit 530 Ctr. Leim, 2 mit 65 Ctr. Schiffssutensilien, 1 mit 15 Ctr. Gusseisen, 3 mit 4700 Ctr. Nutzholt, 6 mit 6900 Centner Rübenschmitzel, 1 mit 1500 Centner Bandeisen, 2 mit 305 Ctr. Coaks, 2 mit 2705 Ctr. Kartoffeln, 1 mit 20 Ctr. Rüstholt, 4 mit 4300 Ctr. Mauerziegeln, 1 mit 6 Stück Fischkästen, in Summa 140 beladene und 109 leere Schiffe, 40 Stück Kantholz mit 336,60 Qmtr. und 3637 Stück Rundholz mit 9839,90 Qmtr.; „stromauf“ 2 Schiffe mit 40 Ctr. Badensutensilien, 23 mit 27 950 Ctr. Zuckerrüben, 2 mit 4 Mtr. Brennholz, 3 mit 23 Ctr. Steinkohlen, 2 mit 13 Ctr. Kartoffeln, 6 mit 5660 Ctr. Petroleum, 3 mit 730 Ctr. Schmieröl, 5 mit 3300 Ctr. Kaufmannsgüter, 11 mit 6529 Ctr. Heringe, 3 mit 3555 Ctr. Sprengpulver, 4 mit 2050 Ctr. Dachpappe, 1 mit 1 Ctr. leere Fässer, 1 mit 580 Ctr. Schlemmkreide, 29 mit 139 Meter Sand, 1 mit 600 Ctr. Harz, 1 mit 15 Ctr. Bohlen, 1 mit 800 Ctr. rohe Felle, 1 mit 20 Ctr. Rüstholt, 1 mit 450 Ctr. Reis, 1 mit 10 Ctr. Caviar, 3 mit 1950 Ctr. Palmakernen, 3 mit 125 Ctr. Schiffssutensilien, in Summa 107 beladene und 228 leere Schiffe und 25 Stück Rundholz mit 387,25 Meter. — Die Unterschleuse stromab“ 1 Schiff mit 700 Ctr. Gerste, 17 mit 27 890 Ctr. Hafer, 2 mit 3700 Ctr. Raps, 1 mit 720 Ctr. Malz, 1 mit 2700 Ctr. Kartoffeln, 4 mit 4700 Ctr. Nutzholt, 8 mit 11 092 Ctr. Walzeisen, 1 mit 1500 Ctr. Gusseisen, 11 mit 17 660 Ctr. Zinkblech, 6 mit 9400 Ctr. Drahtnägel, 10 mit 1946 Ctr. Bleiweiss, 1 mit 1600 Ctr. Bandeisen, 2 mit 30 Ctr. Rüstzeug, 4 mit 430 Ctr. Leim, 2 mit 725 Ctr. Papier, 43 mit 2460 Meter Kalksteinen, 1 mit 1500 Ctr. Cement, 6 mit 6900 Ctr. Rübenschmitzel, 2 mit 200 Ctr. Faschen, 4 mit 2300 Ctr. Mauerziegeln, 11 mit 1643 Meter Brennholz, 1 mit 300 Ctr. Coaks und 40 Stämme Kantholz mit 336,60 Qmtr. und 3037 Stämme Rundholz mit 10 002,70 Meter, in Summa 139 beladene und 77 leere;

stromauf“ 24 Schiffe mit 29 950 Ctr. Zuckerrüben, 3 mit 23 Ctr. Steinkohlen, 1 mit 1 Ctr. Bohlen, 3 mit 3555 Ctr. Sprengpulver, 4 mit 2050 Ctr. Dachpappe, 2 mit 13 Ctr. Kartoffeln, 2 mit 730 Ctr. Oel, 8 mit 7224 Ctr. Heringen, 8 mit 5600 Ctr. Petroleum, 5 mit 3300 Ctr. Kaufmannsgüter, 1 mit 600 Ctr. Harz, 2 mit 100 Ctr. Rüstzeug, 1 mit 620 Ctr. Schlemmkreide, 1 mit 1 Ctr. leeren Fässern, 3 mit 125 Ctr. Schiffssutensilien, 2 mit 450 Ctr. Reis, 1 mit 10 Ctr. Schnubkarren, 1 mit 800 Ctr. Fellen, 2 mit 4 Mtr. Brennholz, 3 mit 1950 Ctr. Palmkörner; in Summe 77 beladene und 225 leere Schiffe.

* Preussische Hypotheken-Aktien-Bank. Die zum 31. März und 30. Juni d. J. gekündigten Pfandbriefe werden bis auf Weiteres mit 2 pCt. pro anno von der Direction in Berlin discontirt.

* Ueber die Produktion und Besteuerung des inländischen Rübenzuckers im deutschen Zollgebiet, sowie Ein- und Ausfuhr von Zucker während des Betriebsjahres 1886/87 ist aus der letzten Veröffentlichung des Statistischen Amts (Novemberheft zur Statistik des Deutschen Reichs) Folgendes zu entnehmen. Die Zahl der im Betrieb gewesenen Zuckerfabriken (d. h. derjenigen, welche Rüben verarbeitet haben, nicht auch der ohne Rübenverarbeitung betriebenen Raffinerien und Melasse-Entzuckerungsanstalten) betrug 401 (im vorigen Betriebsjahr 399), von welchen 397 den Saft mittels Diffusion gewonnen. An Rüben wurden versteuert 83 066 712 D.-Ctr. (im Vorjahr 70 703 168 D.-Ctr.); davon waren 44 360 835 D.-Ctr. von den Fabriken selbst, und zwar auf 147 782 ha, also auf 1 ha durchschnittlich 30 D.-Ctr. geerntet worden. Neben den versteuerten Rüben und einem Theil der hieraus erzielten Melasse haben die fraglichen Fabriken noch 530 500 D.-Ctr. Melasse entzuckert, welche aus den Vorcampanien stammten oder aus anderen Fabriken angekauft war. Insgesamt wurden aus diesen Materialien gewonnen 9 856 278 D.-Ctr. Rohzucker aller Produkte (im Vorjahr 8 081 049 D.-Ctr.). Eingeführt in das deutsche Zollgebiet wurden 15 675 D.-Ctr. Rohzucker, 14 618 D.-Ctr. raffinirter Zucker und 27 166 D.-Ctr. Syrup; ausgeführt aus demselben gegen Ausfuhrvergütung wurden 4 896 801 D.-Ctr. Zucker der ersten Vergütungsklasse (Rohzucker von mindestens 90 pCt. Polarisation u. s. w.), 1 303 789 D.-Ctr. Zucker der zweiten Vergütungsklasse (Kandis und Zucker in vollen, harten Broden u. s. w.) und 238 828 D.-Ctr. Zucker der dritten Vergütungsklasse (anderer harter Zucker u. s. w.), ausserdem 414 D.-Ctr. Zucker, für welchen Ausfuhrvergütung nicht bezahlt wurde, und schliesslich 245 508 D.-Ctr. Melasse und Syrup. Auf Rohzucker reducirt (die ausgeführte Melasse nicht mitgerechnet), betrug die Einfuhr 46 779 D.-Ctr. (im Vorjahr 55 745 D.-Ctr.) und die Ausfuhr 6 611 280 D.-Ctr. (im Vorjahr 5 003 215 D.-Ctr.). An Rübenzuckersteuer, welche beim Beginn des Betriebsjahrs von 1,60 M. auf 1,70 M. für 100 Kigr. Rüben erhöht war, wurden erhoben 141 213 410 Mark und an Eingangszoll für anständischen Zucker 1 231 770 M., dagegen sind Ausfuhrvergütungen bezahlt worden im Betrage von 114 181 546 Mark. Als Verbrauch für die 5 Betriebsjahre 1882/83 bis 1886/87 sind durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung 7,9 Kigr. Rohzucker aller Produkte berechnet, jedoch ist diese Berechnung, wie ausdrücklich bemerkt, nicht ganz vollständig, da die Production derjenigen Fabriken, welche ohne Rübenverarbeitung Melasse entzuckert haben, nicht ermittelt und deshalb nicht in Rechnung gezogen ist. Für das Betriebsjahr 1886/87, für welches erstmal Nachweisungen über die Zuckerbestände am Anfang und Schluss des Jahres, sowie über die Gesamtproduktion an Zucker, nach den Hauptgattungen getrennt, vorliegen, ist diejenige Menge von Consum-Zucker, welche innerhalb des deutschen Zollgebietes für den Verbrauch verfügbar geworden ist, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung 7,9 Kigr. auf 1,60 M. an.

* Leipziger Monatsschrift für Textil-Industrie. Von dieser im Verlaufe von Metzger, Wittig, Martin & Comp. in Leipzig erscheinenden und von Theodor Martin herausgegebenen Fach-Zeitschrift liegt uns heute Nr. 12 vor, welche in würdiger Weise den zweiten Jahrgang des genannten Journals beschließt. Auch der vorliegenden Nummer sind wieder eine Anzahl Stoffproben (Nouveautés) beigegeben, welche den Werth des Blaetes um so mehr erhöhen, als durch beigegebene Musterzeichnungen und erläuternden Text dem Fabrikanten genaue Details über die Herstellung der betreffenden Stoffartenheiten gegeben werden. Die „Leipziger Monatsschrift für Textil-Industrie“, deren Abonnenten bekanntlich noch die beiden Beiblätter: „Wochenberichte“ (ein Handelsblatt für die gesamte Textil-Branche) und „Der Musterzeichner“ gratis erhalten, zieht in jeder Nummer das gesammte Gebiet der Textil-Industrie in den Kreis ihrer Besprechungen und verdienst die Originalartikel, sowie die zahlreichen sauber ausgeführten Illustrationen des Blaetes alle Anerkennung.

* Transkaukasische Eisenbahn. Wie bereits gemeldet wurde, soll zwischen den Grossaktionären der Transkaukasischen Eisenbahn und dem russischen Finanzminister wegen Verstaatlichung des Unternehmens eine Einigung zu Stande gekommen sein. Angeblich wäre für die Actionäre (das Actienkapital der Transkaukasischen Eisenbahn besteht aus 7 060 000 Rub. Met. Poti-Tiflis Stammactien) eine Abfindung von 194 Rubel ausgeworfen. Da jedoch diese über 125 Rub. Met. lautenden Actien gegenwärtig an der Petersburger Börse 195 Rbl. (Geldcours) notiren, so wird wohl, wie der „B. B. C.“ meint, noch eine Bestätigung jener Nachricht abzuwarten sein.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 20. Januar. Neueste Handelsnachrichten. Neueren Nachrichten aus Mexico zufolge sind die Unterhandlungen betreffs Emission der neuen Anleihe noch nicht abgeschlossen. Die Meinungsverschiedenheit zwischen den Unterhändlern habe sich vergrössert. — Man telegraphirt der „Perseveranza“ aus Rom: Der Finanzminister Magliani beabsichtigt, die von dem Syndicat nicht bezogenen 350 000 Lire italienischer Eisenbahn-Obligationen einstweilen bei auswärtigen Creditinstituten zu verpfänden, um solche erst später bei einer günstigeren Lage des Marktes zu begleben. — Die bisherige Geldflüssigkeit blieb an der heutigen Börse unverändert fortbestehen und zeigte sich für Disconten zu 1½ pCt. lebhafte Nachfrage, während täglich Geld mit 2½ pCt. auf drei Monate fix in grossen Beträgen vergeben angeboten war. — Es bestehen Absichten, an der Berliner Börse organisierte Speculationsmärkte für Zucker und Kaffee einzurichten. — Heute findet die bereits erwähnte Sitzung des Aufsichtsraths der Deutschen Bank statt, welche nur zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten einberufen worden war. Der von einem Mitgliede des Aufsichtsrathes für dieselbe ausserdem gestellte Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals der Bank, dürfte, da die Direction denselben nicht Zustimmt, abgelehnt werden. (Vergleiche dagegen die folgende Privatdepesche aus Frankfurt a. M. — Red.)

Frankfurt a. M., 20. Januar. Die „Frankf. Ztg.“ meldet: Die Capitalerhöhung der Deutschen Bank darf als beschlossene Sache angesehen werden. Wahrscheinlich wird sie 15 Millionen neue Actien betragen. Die Ausführung der Erhöhung erfolgt anscheinend in nicht ferner Zeit.

Berlin, 20. Januar. Fondsbörse. Die Börse eröffnete heute zwar ziemlich fest, jedoch schwächte sich die Tendenz bald ab, da ungünstige Gerüchte aufkamen. So wurde colportiert, dass in dem Beifluss des Kronprinzen eine nothwendige Consequenz des vorangegangenen Beschlusses auf Capitalsreduktion; zum kleineren Theile sind diese Änderungen erforderlich gewesen, um den Vorschriften des neuen Actiengesetzes zu genügen, oder nicht mehr erforderliche transitorische Bestimmungen zu entfernen. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden einzeln verlesen und ohne Discussion einstimmig genehmigt; nur hinsichtlich der Abänderung des § 33 entspann sich eine kurze Debatte, an welcher sich der Actionär Salo Sackur und einzelne Mitglieder des Aufsichtsraths beteiligten. Schlusslich wurde der von Herrn Sackur erhobene Widerspruch zurückgezogen und auch der § 36 einstimmig nach den Vorschlägen der Verwaltung angenommen. Nachdem noch von einzelnen Actionären Anfragen an die Verwaltung gerichtet worden waren und bereitwillige Beantwortung gefunden hatten, erfolgte der Schluss der Handlungen.

--ff Schiffahrtsstatistik. Im dritten Quartal des Etatsjahres 1887/88 vom 1. October 1887 bis 1. Januar 1888 haben die hiesigen Schleusen passirt, und zwar die „Oberschleuse stromab“ 2 Schiffe mit 200 Ctr. Faschen, 1 mit 600 Ctr. Malz und 120 Ctr. Pappdeckel, 17 mit 28 690 Ctr. Hafer, 9 mit 12 392 Ctr. Walzeisen, 1 mit 3700 Ctr. Raps, 38 mit 2250 Meter Kalkstein, 7 mit 2006 Ctr. Bleiweiss, 2 mit 2300 Ctr. Cement, 1 mit 700 Ctr. Gerste, 11 mit 17 660 Ctr. Zinkblech, 3 mit 758 Ctr. Papier, 12 mit 1640 Mtr. Brennholz, 6 mit 9400 Ctr. Drahtnägel, 1 mit 25 Ctr. Essigsprit, 6 mit 530 Ctr. Leim, 2 mit 65 Ctr. Schiffssutensilien, 1 mit 15 Ctr. Gusseisen, 3 mit 4700 Ctr. Nutzholt, 6 mit 6900 Centner Rübenschmitzel, 1 mit 1500 Centner Bandeisen, 2 mit 305 Ctr. Coaks, 2 mit 2705 Ctr. Kartoffeln, 1 mit 20 Ctr. Rüstholt, 4 mit 4300 Ctr. Mauerziegeln, 1 mit 6 Stück Fischkästen, in Summa 140 beladene und 109 leere Schiffe, 40 Stück Kantholz mit 336,60 Qmtr. und 3637 Stück Rundholz mit 9839,90 Qmtr.; „stromauf“ 2 Schiffe mit 40 Ctr. Badensutensilien, 23 mit 27 950 Ctr. Zuckerrüben, 2 mit 4 Mtr. Brennholz, 3 mit 23 Ctr. Steinkohlen, 2 mit 13 Ctr. Kartoffeln, 6 mit 5660 Ctr. Petroleum, 3 mit 730 Ctr. Schmieröl, 5 mit 3300 Ctr. Kaufmannsgüter, 11 mit 6529 Ctr. Heringe, 3 mit 3555 Ctr. Sprengpulver, 4 mit 2050 Ctr. Dachpappe, 1 mit 1 Ctr. leere Fässer, 1 mit 580 Ctr. Schlemmkreide, 29 mit 139 Meter Sand, 1 mit 600 Ctr. Harz, 1 mit 15 Ctr. Bohlen, 1 mit 800 Ctr. rohe Felle, 1 mit 20 Ctr. Rüstholt, 1 mit 450 Ctr. Reis, 1 mit 10 Ctr. Caviar, 3 mit 1950 Ctr. Palmakernen, 3 mit 125 Ctr. Schiffssutensilien, in Summa 107 beladene und 22

Paris, 20. Januar. 3% Rente 81,07. Neueste Anleihe 1872 107, 72. Italiener 93, 95. Staatsbahn 425. — **Lombarden** —. Egypter 372, 81. Behauptet.

Paris, 20. Jan., Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course] rest. Cours vom 19. 20. Cours vom 19. 20. Cours vom 19. 20.
3 proc. Rente 81 12 81 20 Türkneu cons. 13 97 14 02
Neue Anl. v. 1886 — — — —
5 proc. Anl. v. 1872. 107 72 107 75 Goldrente, österr. 88½ 88⅓
Italien. 5 proc. Rente 93 95 94 15 do. ungar. 4 pCt. 77¾ 77 81
Osterr. St.-E.-A. 425 — 427 50 1877 Russen — —
Lombard. Eisenb.-A. 181 25 182 50 Egypter 373 12 373 12
London, 20. Januar. Consols 102½ 1873 Russen 92½ Egypter 73, 09. Schöns.

London, 20. Januar, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course] Platz-discount 13½ pCt. — Fest.

Cours vom 19. 20. Cours vom 19. 20. Cours vom 19. 20.
Consols December. 102 11 102 11 Silberrente 64 — 64 —
Preussische Consols 105 — 105 — Ungar. Goldr. 4 proc. 76¾ 76¾
Ital. 5 proc. Rente. 92½ 93 — Oesterr. Goldrente. — —
Lombarden. 7½ 7½ Berlin 20 50 —
5 proc. Russen de 1871 92½ 92½ Hamburg 3 Monat. 20 50 —
5 proc. Russen de 1873 92½ 92½ Frankfurt a. M. 20 50 —
Silber nom. — — Wien 12 86 —
Türk. Anl. convert. 13½ 13½ Paris 25 46 —
Unfeierte Egypter. 73½ 73 09 Petersburg 20½ —

Köln, 20. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 17, 80, per Mai 18, 20. Roggen loco —, per März 12, 85, per Mai 13, 05. Rübel loco 25, 70, per Mai 25, 30. Hafer loco 13, 50.

Hamburg, 20. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 164—168. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 124—128, russischer loco ruhig, 90—96. Rübel ruhig, loco 48. Spiritus geschäftslos, per Januar 23, per Januar-Februar 23, per Februar-März 23, April-Mai 23½. — Wetter: Thauwetter.

Amsterdam, 20. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco unverändert, per März 192, per Mai 194. — Roggen loco behauptet, per März 105, per Mai —, per October 108. — Rübel loco 28, per Mai 267½, per December 25½.

Paris, 20. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Januar 23, 30, per Februar 23, 40, per März-Juni 24, 10, per Mai-August 24, 30. Mehl ruhig, per Januar 51, 60, per Februar 51, 75, per März-Juni 52, 50, per Mai-August 53, 10. Rübel träge, per Januar 56, 25, per Februar 56, 25, per März-Juni 56, 25, per Mai-August 56. — Spiritus matt, per Januar 46, 25, per Februar 46, 75, per März-April 47, 25, per Mai-August 48, 25. — Wetter: Schneig.

London, 20. Jan. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Sämtliche Getreidearten ruhig, englischer Weizen unverändert, fremder Weizen, Mehl weichend, Malzgerste gefragt, Malzgerste, Hafer, Mais fest, ruhig. Fremde Zufuhren: Weizen 26 120, Gerste 10 660, Hafer 84 040. — Wetter: Frost.

Liverpool, 20. Januar. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 10 900 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig.

Abendbörsen.

Wien, 20. Januar, Abends 5 Uhr 35 Min. Oesterr. Credit-Action 269, 60, Galizier 192, 50, Marknoten 62, 27, 4 proc. Ungar. Goldrente 97, 25. Fest.

Frankfurt a. M., 20. Januar, Abends 7 Uhr 5 Min. Credit-Action 215, 12, Staatsbahn 171, 25. Lombarden 67½, Galizer —, —, Ungar. Goldrente 78, —, Egypter 74, 15. — Fest.

Hamburg, 20. Januar, 8 Uhr 35 Min. Abends. Oesterr. Credit-Action 223, Lanzhütte 88, Deutsche Bank 162½, Disconto-Commandit 191, Spanier 67, Russ. Noten 176. — Tendenz: Geschäftslös.

Marktberichte.

F. E. Colonialwaarenmarkt. [Wochenbericht.] Breslau, 20. Januar. Bei dem allgemein noch immer sehr ruhigen Geschäftsgange, wie dies, wenn nicht besondere Conjecturen anders bedingen, im ersten Jahresmonat zumeist der Fall ist, waren auch in der jüngst vergangenen Woche grössere Waarenabschlässe nicht zu ermöglichen, und hatte sich der Gesamtverkehr mit geringer Ausnahme nach kurzzeitigen Bedarf bemessen. Von Zucker war an sämtlichen aus- und inländischen Plätzen das Rohfaktariat wiederum preisschwankend und schliesslich billiger gegangen, welcher Umstand natürlich auch auf fertige Waare nicht günstig wirken konnte und die Kaufinst beschränkte. Bei gemahlenem Zuckermarken waren Inhaber verkaufswilliger als in der Vorwoche, Brod- und Bruchzucker wurden nicht übermässig und gute farbige Farine nur schwach angeboten. — Der Kaffeehandel hatte in gleichem Massse sehr ruhigen Verlauf, auch in diesem Artikel war, obwohl nach verschiedenen Sorten, doch in Ganzen nur Bedarfsfrage hervorgetreten, bei welcher sich die Preise auf vorwöchentlichem Stande behaupten konnten. — Von Gewürzen ist Singapore-Pfeffer zu fester Vorwochennotiz schlank begeben worden. — Von Heringen würden grössere Posten Nehmer gefunden haben, wenn Inhaber sich in Untergabe mehr gefügt hätten. — Fett ist in allen Marken loco sehr preisfest geblieben, aber schwach gefragt gewesen. — Petroleum war die ganze Woche hindurch auswärts preisseitig und loco unverändert vorwöchentlich notiert.

Bradford, 19. Januar. Wolle ruhiger, stetig, Garne stetig, Preise behauptet, Stoffe fester, ruhig.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Edinburgh, 19. Januar. [Strafkammer.] — Das gefälschte Testament. Ein unerhörter Betrug, welcher in dem kleinen Städtelein Freileyd große Aufregung hervorrief, gelangte heute vor der biesigen Strafkammer zur Aburtheilung. Dem Falles lag folgender Sachverhalt zu Grunde. Zu dem Maurermeister Johann Gottfried Hoffmann in Freileyd, einem bisher allgemein geachteten Mann, welcher verschiedene Ehrenämter bekleidete, kam gegen Ende des Jahres 1880 der Alderburger Friedrich Becker, ein Mann in den sechziger Jahren und ein Jugendfreund Hoffmanns, und bat diesen, ein Testament für ihn aufzufassen. Nachdem beide des Nächsten genügend beprochen hatten, machte sich der Maurermeister an die Arbeit und concipirte ein Testament, welches nach dem Willen des Testaments den Maurermeister Hoffmann zum Testamentsvollstrecker ernannte, und denselben für seine Bemühungen ein Legat von 300 M. aussetzte. Dieses Testament las der Maurermeister dem Ackerbürger vor und übergab es denselben dann, damit dieser es dem Gerichte übergebe. Der Ackerbürger mag wohl den Inhalt des Testaments, wenn dieses ihm überhaupt deutlich vorgelesen wurde, nicht recht verstanden haben, denn er ging mit demselben nicht sofort zum Gericht, sondern in seine Wohnung, holt sich hier seine Brille hervor und begann nun mit Mühe das Testament zu studiren. Wie sehr erstaunte er aber, als er bemerkte, dass an die Zahl der Summe von 300 M. —, merkwürdiger Weise war dieselbe nicht in Buchstaben geschrieben — welche er dem Maurermeister als Testamentsvollstrecker vernacht batte, noch eine Null angeschüttet war, dass also die Summe auf 3000 M. lautete, und das außerdem am Schlusse des Testaments noch bestimmt war, dass der Maurermeister von dem Nachlass, welcher sich auf ungefähr 60 000 Mark beläuft, 5 pCt. erhalten. Das war diesem Biedermann, welcher von allem nichts wusste, denn doch etwas zu stark; trotzdem behielt er seine Wahrnehmung lange Zeit für sich, und erst später machte er anderen Personen gegenüber von dem verdeckten Betrage Mittheilung. Die Sach ereigte großes Aufsehen und kam bald zu Kenntniß der Staatsanwaltschaft, welche Anklage erhob. Die Strafkammer gewann trotz des Leugnens des Angeklagten Hoffmann die Überzeugung von der Schuld deselben, und verurteilte ihn mit Rücksicht darauf, dass es sich um eine hohe Summe handelte, der Vertrauensbruch ein großer war und der Angeklagte selbst ein vermögender Mann ist, zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten, zu 200 M. Geldstrafe und zwei Jahren Chroverlust.

Vorträge und Vereine.

— d. Breslauer Grundbesitzer-Verein. In der am 19. d. Mis. unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Struve abgehaltenen und gut besuchten Versammlung hielt Telegraphen-Inspector Zappe einen Vortrag über die Frage, ob die Einrichtung von Stadt- und Fernsprechleitungen nachhälft für die durch dieselben beanspruchten Grundstücke veranlaßt. Nachdem Wedner in eingehender Weise geschildert, mit welcher Sorgfalt bei der Anbringung von Leitungen auf Häusern vorgegangen werde, und erklärt hatte, dass etwaige troz aller Vorsicht für das Haus entstandene Schäden von der Reichspostverwaltung beseitigt würden, sowie dass der

Nebelstand des Lügens der Leitungen durch bestimmte Vorrichtungen unbedingt beseitigt werden könne, so daß aus diesem Grunde kein Haushalter sein Haus zur Anbringung von Leitungen zu versagen brauche, trat er im Weiteren den weiterverbreiteten Angriffen entgegen, als ob die Fernsprechleitungen eine Blitzegefahr einschlossen. Ein weit verbreitetes, über den Dächern befindliches Drahtnetz wirkte vielmehr wie ein ungeheuerer Blitzableiter und habe die gute Eigenschaft, eine Menge Elektricität in unschädlicher Weise aus der Luft zur Erde zu führen, denn jedes Gestänge werde von der Reichspostverwaltung zu einem vollständigen Blitzableiter umgeschaffen. Dies geschiehe in der Weise, daß man an jedem dritten oder vierten Gestänge ein gut leitendes, sorgfältig mit den Rohrständern verlötetes Drahtseil anbringe und hinab bis ins Grundwasser führe. Sämtliche Rohrständner würden durch eine besondere Erdleitung mit einander und mit den auf den Häusern befindlichen Blitzableitern und den Wasserleitungen verbunden. Bedachte man ferner, daß jede Leitung am Anfangs- und Endpunkte, also im Vermittelungsamt und beim Theilnehmer nochmals durch besondere Blitzableiter, die für sich eine Erdleitung hätten, geschützt sei, so werde man zugeben müssen, daß wohl kaum noch von einer Gefahr für die Gebäude durch Blitzschlag, sondern vielmehr von einem Schutz gegen letzteren bei Stadt- und Fernsprechleitungen die Rede sein könne. Die Versammlung war mit grossem Interesse dem Vortrage gefolgt. Hierauf sprach Herr Brandenburg aus Berlin über „Kallolith“. Dasselbe werde mit grossem Vortheil statt Leinölkalk auf Stein, Cement und Verputze aller Arten, sowie statt der bisher gebräuchlichen Grundfarbe auf Holz, Eisen und Zint verwendet; es verhindere jegliche Blasenbildung und erzeuge einen ausgezeichneten, glatten und dauerhaften Anstrich, indem sich dasselbe mit dem Untergrunde, sowie mit der zu streichenden Delsfarbe auf das Innigste verbinde. Wedner legte eine Reihe von Proben vor, bei denen das Kallolith Anwendung gefunden. Nach Mittheilung des Vortragenden werden seitens des Vereins Versuche mit dem Kallolith auf seine praktische und billige Verwertung ange stellt werden. Demnächst sprach Herr B. Babig über das Miets- und Retentionsrecht des Vermieters in Hamburg. Er sprach den Wunsch aus, der Central-Verband möge erfüllt werden, geeignete Schritte zu thun, daß in neuen bürgerlichen Gesetzbuch die Bestimmungen des Hamburger Miets- und Retentionsrechts aufnahme finden. Zum Schluss kam eine Reihe von Fragen zur Beantwortung.

T. Radfahrsport. Die statistische Uebersicht des Deutschen Radfahrer-Bundes ergibt am 1. Januar d. J. eine Mitgliederzahl von 9250. Den Stande nach gehören dem Bunde an 4262 Kaufleute und Banquiers, 579 Handwerker, 297 Industrielle, 411 Verwaltungs-, Steuer- und sonstige Beamte, 393 Ingenieure und Architekten, 338 Kunstmaler, 258 Studenten und Schüler höherer Lehranstalten, 193 Hotelbesitzer, Gastwirthe und Restaurateure, 163 Pharmaceuten und Chemiker, 149 Rentiers, 104 Geistliche und Schullehrer, 97 Land- und Forstwirthe und Kunstmärtner, 74 Märtle, 60 Gelehrte und Professoren, 52 Offiziere und Militärärzte, 42 Künstler für Musik und Theater, 40 höhere Justizbeamte und Rechtsanwälte, 25 Wund- und Tierärzte und Zahntechniker, 24 Militärbeamte, 23 Damen, 121 sonstige Standes- und Berufs klassen und 134 ohne Standes- und Berufsangabe. — Bekanntlich existirt — sowie in Breslau auch in Berlin — eine Polizei-Verordnung, welche das Radfahren innerhalb der Stadt ausschließt. Den unausgeführten Bemühungen der Berliner Radfaher-Vereine scheint es nun gelungen zu sein, die Angelegenheit in eine für sie günstigere Strömung zu bringen, wenigstens hat sich das Berliner Polizei-Präsidium an den D. R. P. Auskunft erreichend gewandt, in welchen grösseren Städten Deutschlands außer Frankfurt a. M. nach den geltenden Polizeiverordnungen besondere Legitimationen, wie Fahrtkarten, Erlaubnisscheine u. s. w., um die Anbringung von Nummern verlangt werden. Das ganze Material ist dem Polizei-commissariat für das öffentliche Fahrwesen in Berlin zur Orientierung vor gestellt worden. Wie verlautet soll die Freigabe des Fahrens zunächst für Dreiräder in Berlin definitiv bevorstehen und, sofern sich daraus keine Differenzen ergeben, soll auch die Zulassung des Fahrens auf Zweirädern in allen Straßen Berlins erfolgen.

P. Radfahrsport. Die statistische Uebersicht des Deutschen Radfahrer-Bundes ergibt am 1. Januar d. J. eine Mitgliederzahl von 9250. Den

Standen nach gehören dem Bunde an 4262 Kaufleute und Banquiers, 579 Handwerker, 297 Industrielle, 411 Verwaltungs-, Steuer- und sonstige Beamte, 393 Ingenieure und Architekten, 338 Kunstmaler, 258 Studenten und Schüler höherer Lehranstalten, 193 Hotelbesitzer, Gastwirthe und Restaurateure, 163 Pharmaceuten und Chemiker, 149 Rentiers, 104 Geistliche und Schullehrer, 97 Land- und Forstwirthe und Kunstmärtner, 74 Märtle, 60 Gelehrte und Professoren, 52 Offiziere und Militärärzte, 42 Künstler für Musik und Theater, 40 höhere Justizbeamte und Rechtsanwälte, 25 Wund- und Tierärzte und Zahntechniker, 24 Militärbeamte, 23 Damen, 121 sonstige Standes- und Berufs klassen und 134 ohne Standes- und Berufsangabe. — Bekanntlich existirt — sowie in Breslau auch in Berlin — eine Polizei-Verordnung, welche das Radfahren innerhalb der Stadt ausschließt. Den unausgeführten Bemühungen der Berliner Radfaher-Vereine scheint es nun gelungen zu sein, die Angelegenheit in eine für sie günstigere Strömung zu bringen, wenigstens hat sich das Berliner Polizei-Präsidium an den D. R. P. Auskunft erreichend gewandt, in welchen grösseren Städten Deutschlands außer Frankfurt a. M. nach den geltenden Polizeiverordnungen besondere Legitimationen, wie Fahrtkarten, Erlaubnisscheine u. s. w., um die Anbringung von Nummern verlangt werden. Das ganze Material ist dem Polizei-commissariat für das öffentliche Fahrwesen in Berlin zur Orientierung vor gestellt worden. Wie verlautet soll die Freigabe des Fahrens zunächst für Dreiräder in Berlin definitiv bevorstehen und, sofern sich daraus keine Differenzen ergeben, soll auch die Zulassung des Fahrens auf Zweirädern in allen Straßen Berlins erfolgen.

Literarisches.

Sprechen Sie russisch? oder: „Die nützlichsten und nothwendigsten russisch-deutschen Gespräche, Redensarten und Wörtersammlungen, nebst kurzergriffener Grammatik und einer Tabelle des geschriebenen russischen Alphabets.“ Ein unerhebliches Hilfsbuch zur sammelnden und praktischen Erlernung der russischen Umgangssprache von Nicolai Iwanowitsch Koch aus Leipzig. Das uns unter vorstehendem Titel in dritter Auflage — verbessert, vermehrt und mit beige setzter richtigiger russischer Aussprache in deutschen Buchstaben verfasst von Dr. phil. F. Koch-Arloß — vorliegende Deutsch-Russische Gesprächsbuch wird bei der großen Bedeutung des gewerblichen und Geschäftshandelsverkehrs zwischen Deutschland und Russland allen in Russland reisenden Deutschen als wirklich praktischer Führer und Ratgeber willkommen sein. Dasselbe erscheint zum Selbststudium ganz besonders geeignet, indem schwerlich die den Gesprächen vorausgesetzte russische Sprachlehre klarer und über sichtlicher geführt werden kann, als es hier geschieht, so daß sich in leichtere Forderung leicht und überraschend schon hineinführt. Die nach besonderen Gruppen aufgestellten Wörteransammlungen und Gespräche ver breiten sich über Alles, was man auf Reisen und im Verkehr mit dem russischen Publikum nothwendigerweise wissen muss. Beihufs weiterer Nutzung nach Beendigung der Sprachlehre ist eine Anzahl russischer Lesestücke zum Übersetzen ins Deutsche unter Benutzung der hinzugefügten deutschen Erläuterungen beigegeben und am Schlusse findet sich eine Uebersicht der russischen Münzen, Gewichte und Längenmaße.

G.

theilen, namentlich an Phosphorsäure und an sogenannten Extractstoffen. Der Wassergehalt beträgt 80 Prozent; die Thymusdrüse liefert also nur ein Fünftel ihres Gewichtes an fester Substanz. Zum Vergleich sei bemerkt, daß auf mageres Rindfleisch 75 Prozent Wasser rechnet. Was den Gehalt an Asche oder organischen Bestandtheilen angeht, so übertragt die Thymusdrüse alle übrigen Organe — mit einziger Ausnahme der Knochen — und etwa 60 Prozent der Asche besteht aus Phosphorsäure, was besagen will, daß die Thymusdrüse fast doppelt so viel Phosphorsäure enthält, als selbst das an Phosphor so reiche Gehirn. An Stoff kommt die trockene Thymusdrüse dem Rindfleisch ungefähr gleich, im feuchten, frischen Zustande enthält sie den Bestand des für den gesamten menschlichen Körper gefundenen Mittelwertes an Stoffgehalt. Die Extractstoffe endlich machen beinahe ein Viertel der trocknen Thymusdrüse aus, und diesem Umstände ist ohne Zweifel der Wohlgeschmack und die angenehme Wirkung der Käse mit zuschreiben, da die Extractstoffe bekanntlich zu den Genussmittel gehörten, die auf das Nervensystem wirken. Zu dem Ausnutzungsvortheile mit Lunge wurde eine Kalbslunga fein zerhackt und von Brustfell, Bronchien und Blutgefäßen sorgfältig bereitet. Auch hier blieb das körperliche Gleichgewicht bei täglich achthundert Gramm Lunge ungestört. Im Wassergehalt stand die Lunge noch etwas höher als die Thymusdrüse, da sie 81,7 Prozent auswies; in Stoff- und Aschegehalt kam sie dem gewöhnlichen Fleische gleich. Der Fütterungsversuch mit Leber hatte verhältnismäßig die ungünstigsten Ergebnisse. 800 Gramm Kalbsleber reichten nicht ganz hin, den Körperbestand des Verküppelthieres zu erhalten; erst am dritten Tage stand die Stoffausscheidung der Einnahme gleich. Die Leber ist bekanntlich ein fettriges und deshalb wasserarmes Organ; der Wassergehalt belief sich nur auf etwa 70 Prozent. Mit dem Fettreichtum steht denn auch ein geringerer Stoffgehalt in Zusammenhang. Während man den Stoff bei magerem Fleisch auf 14 Prozent annimmt, beträgt er bei der Leber nur 11,5 Prozent. An inorganischen Bestandtheilen dagegen steht die Leber dem Fleische gleich. Schliesslich bleibt noch die Frage über die Ausnutzung im Darne zu entscheiden. Darauf gibt der Stoffverlust im Kotthe Aufschluß. Dieser beträgt für gewöhnliches Fleisch beim Hunde 2,1 Prozent, beim Menschen 2,5—2,8; für Thymusdrüse 3,2 — für Leber 3,3 —, für Lunge 4,2 Prozent. Es besteht daher ein erheblicher Unterschied, so daß Lunge und Leber keineswegs als schwer verhältnismäßig anzusehen sind, wie man insgemein glaubt. Am Nährwert stehen diese inneren Organe, Lunge und Leber, wozu wir auch noch das Herz rechnen dürfen, dem Fleische ungefähr gleich, und das ist dem billigeren Preise gegenüber sehr beachtenswert.

Gemälde-Ausstellung Lichtenberg, Museum.

Nur noch kurze Zeit Werke von Max Klinger.

Neu: Portraits von Krusemark, Studien von Kubierski, Skizzen von Berndsen, Bilder von Vimel etc. [1088]

Demnächst Hans Makart's letztes Werk: Der Frühling.

Entrée 1 Mk. Abonnenten frei.

6-Jahr-GARANTIE erster Fabriken, Blüthner, Vogel & Sohn, Kreutzbach, Weber, Thürmer u. a. mit Vorfürschaft. Eigene Pianinos zu Handlungspreisen an Private. Einf. aber solide, 6 Jahre Garantie von 425 M., 1,26 Meter, Metall, Ohlauerstr. 63, I.

Statt jeder besonderen Meldung.

Die Verlobung ihrer einzigen Tochter **Laura** mit Herrn **Siegfried Ittman** in Frankfurt a. M. beecken sich ergebenst anzuseigen

**M. Fischel und Frau,
geb. Wollstein.**

Breslau, im Januar 1888.

[1702]

**Laura Fischel,
Siegfried Ittman,
Verlobte.**

Breslau.

Frankfurt a. M.

**Sara Manuel,
Erich Jonas,
Verlobte.
Niederansem Dortmund.
b. Bergheim a. d. Erft.
Januar 1888.**

Die Verlobung ihrer Nichte **Elije** mit dem Ingenieur Herrn **Guido Sauer** beeckt sich hiermit ergebenst anzuseigen

Franz Thiele.

Berlin, im Januar 1888.

**Elije Thiele,
Guido Sauer,
Verlobte.**

[423]

**Bruno Breslauer,
Martha Breslauer,
geb. Glücksmann,
Neuvermählte.**

Breslau, Kaiser Wilhelmstr. 84,
im Januar 1888.

Heute wurde uns ein mutteres
Löchterchen geboren.

Berlin, den 17. Januar 1888.
**Bauinspector Eger und Frau
Johanna, geb. Rother.**

Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern Abend entschlief sanft unsere inniggeliebte Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwester und Tante, die verwittwete Frau Kaufmann

Pauline Schöneck, geb. Krug,

im Alter von 66½ Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst an

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Breslau, den 20. Januar 1888.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 22. d. M., Nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause Neue Oderstrasse No. 13c aus, nach dem reformirten Kirchhofe in Lehmgruben statt.

[422]

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute Nacht 2 Uhr verschied sanft nach längerem Leiden unser inniggeliebter Gatte, Vater und Bruder, der

[411]

**Justizrath
Carl Kauffmann,**

im fünfundfünzigsten Lebensjahre.

Berlin, Breslau, Tannhausen, Marklissa, Magdeburg,
den 19. Januar 1888.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen

Todes-Anzeige.

Heute Mittag 12 Uhr verschied nach schwerem Leiden im 80sten Lebensjahre mein guter Mann, unser lieber Vater, Schwieger- und Grossvater, der Kaufmann

Meyer Bruck.

Allen Verwandten und Bekannten theilen dieses mit, um stille Theilnahme bitten.

[1062]

Die trauernden Hinterbliebenen.

Fraustadt, den 19. Januar 1888.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Theilnahme aus Anlass des Dahinscheidens unseres lieben guten Sohnes **Elgar** sagen wir Allen unseren innigsten Dank mit dem aufrichtigen Wunsche, dass jede Familie vor so schwerem Schicksalsschlag bewahrt bleiben möge.

Oppeln, den 19. Januar 1888.

**Stadtrath Giesel und Frau
Anna geb. Schöneck.**

**Siehe mein Knecht!... das zerstörte Rohr wird
er nicht zerbrechen, und das glimmende Dach wird er nicht auslöschen."**
(Jes. 42, 1, 3.) Predigt: Sonntag, Vormittag 10 Uhr, Zwingerstr. 5a.

חכלה נמלות חסדים

Sonnabend, den 21. Januar 1888, Abends 8 Uhr,
im Saale bei Tockus, im "Storch", Wallstraße:

Vortrag

des Rechtsanwalts Herrn Dr. Emanuel Cohn
über die Wohlthätigkeit, im Lichte des Rechts und Gesetzes.
Gäste willkommen.

[1717]

Der Vorstand.

"Gesellschaft Eintracht."

Sonnabend, den 21. er., Abends 8 Uhr, im Ressourcen-Local:

Familien-Abend.

Gäste (Herren) haben unter Ballottage Zutritt, müssen jedoch
vorher angemeldet werden.

[343]

Die Vergnügungs-Commission.

Stadt-Theater.

Sonnabend. **"Fidelio."** Oper in 2 Acten von L. van Beethoven.
Sonntag. Abend. **"Ursula."** Romantische Zauberoper mit Tanz in 4 Acten von A. Lorzing.
Nachmittags. (Halbe Preise.) Auf vielfaches Verlangen: **"Der gesetzlose Kater."** Weihnachtsspiel mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von E. Boeker. (Zu dieser Vorstellung hat jeder Besucher das Recht, ein Kind frei einzuführen.) Montag. **"Minna von Barnhelm."** Lustspiel in 4 Acten von G. C. Lessing.

Evang. Jerusalemsverein.

Jahresfest: Sonntag, den 22. d. Abends von 6 Uhr an im Vereinshaus (Holsteistr. 6—8). Predigt: P. Albers-Strehlen. Verleih: P. Becker.

Brauenbildungs-Verein.
Montag, 7½ Uhr: Frau Clara Schönborn: "George Elliot".

**Humboldt-Verein
für Volksbildung.**

1) Sonntag, den 22. Januar, Nachmittag 5 Uhr, im Musiksaal der Königl. Universität: Vortrag des Herrn Dr. Auerbach: "Die Musik in der Natur." [420]
2) Donnerstag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, im Auditorium maximum der Königl. Universität: Beginn des Vortrags-Cyclus des Herrn Dr. med. Theodor Körner. Vortrag: "Knochen und Muskeln des menschlichen Körpers."

Zu dem Vortragscyclus haben nur Mitglieder des Vereins sowie deren Angehörige Zutritt.

(Die Mitgliedschaft kann durch einen jährlichen Beitrag von mindestens 2 Mark erworben werden.)

Lobe-Theater.

Sonnabend, 3. 1. Mal: **"Das verwunschne Schloß."** Komische Operette in 5 Acten von Alois Berla. Musik von Karl Millöcker (Komponist des Bettelstudenten). Sonntag. Nachm. 4 Uhr: **"Breslauer Semmelwochen."** (kleine Eintrittspreise.) Abends 7½ Uhr: 3. 2. M.: **"Das verwunschne Schloß."**

Thalia-Theater.

Sonntag. "Die relegirten Studenten." Lustspiel in 4 Acten von A. Benedix. [1083]

Helm-Theater.

Heute Sonnabend, den 21. Januar. **"Voss-Bericht."** Große Posse mit Gesang in 3 Acten. Ausschank von anerkannt gutem Helm-Brau.

Verein für class. Musik.

J. S. Bach, Violinsonate, a-dur.
R. Schumann, Andante u. Variat., op. 46. [1078] (Arrang. für ein Pianof. allein von J. Schäffer.) Fr. Schubert, Streichquartett, a-moll. Clavier Dr. Polko. Gastbillets (Mk. 1) bei Lichtenberg.

**Saal der Loge "Horus",
Zimmerstrasse,**

Sonntag, den 22. Januar 1888, Anfang 7½ Uhr: **Concert**

von [1079]

Herrn L. C. Törsleff, unter gütiger Mitwirkung der Herren Concertmeister Otto Lüstner, Jos. Melzer, Cello, u. M. Kahl, Piano.

Billets à 2 Mark, 3 Billets 4 Mark 50 Pf., in der Musikalienhandlung von Theodor Lichtenberg, Zwingerpl. 2.

Zeltgarten.

Heute: **Benefiz-Vorstellung** des Komikers Herrn Mariot.

Auftreten der Troupe Henry de Vry, Mimiker, Mr. Vero, Jongleur, Sisters Lillis, Velocipedistinnen, Fräulein Elisa Moser, Sängerin, der 2 Schwestern Meth, Kärtnerin, Lieder-Sängerinnen u. Waldhornbläserin, Miss Zampa, großartige Luft-Künstlerin, Mr. Rubini, Vogelstimmen-Imitator, Herrn Mariot n. Fr. Mariette, Duettisten, Fräulein Engler, Sängerin. [1073]

Anfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

Passe-partouts haben heute keine Gültigkeit.

Victoria-Theater.

Simmenauer Garten.

Heute: **Neu!**

Moser-Troupe,

Parterre-Akrobaten,

Lebende Marmor-Gruppen.

Wokan, Stelzenpringer.

Marie Nachtschatt, Kärtnerin

Sängerin, Geschwister Erica,

Duettsitzen, Zierr, Ge-

sangs-Humorist.

Auftreten der Kunsträdler Wilmot & Lester,

Richards mit seinen dressirten

Gänse, Nigi, Wiener Zwerg-

Komiker, Szemanowicz, Luft-

vogelzug. [1074]

Anfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

Reparaturen

an Velocipeden

werden sachverständi-

gig und preiswert

ausgeführt in der

mechanischen

Werkstatt [6598] von

Jul. Dressler & Co., Ring 49,

Nähmaschinen- u. Fahrraderfertigfabrik.

Saal,

neu erbaut, zu Hochzeiten, Festlichkeiten, 100 Personen fassend, gratis. H. Tockus, Wallstr. 13.

Concert

von [1079]

Herrn L. C. Törsleff,

unter gütiger Mitwirkung der Herren Concertmeister Otto Lüstner, Jos. Melzer, Cello, u. M. Kahl, Piano.

Billets à 2 Mark, 3 Billets 4 Mark 50 Pf., in der Musikalienhandlung von Theodor Lichtenberg, Zwingerpl. 2.

Special-Geschäft

für

Bier-Versand

in Fässern und Flaschen

aus den best renommierten Brauereien empfohlen loco

frei ins Haus

geliefert von 3 Mark ab:

25 Fl. Lagerbier von E. Januscheck, Schweidnitz.

25 Fl. Tafelbier von Kipke.

20 Flasch. Dresdener Waldschlösschen.

20 Fl. Grätzer Bier.

15 Fl. Böhmisches Lagerbier.

15 Fl. lichtes Culmbacher.

12 Fl. Culmbacher Exportb.

12 Fl. Münchener Spatenb.

von Gabriel Seidlmayr.

12 Fl. Pilsener Lagerbier,

I. Pilzen. Act-Brauerei.

6 Fl. Englisch Porter.

5 Fl. Englisch Ale.

Einlage pro Flasche 10 Pf.

Auswärtige Bestellungen,

jedoch nicht unter 50

Flaschen, werden prompt erledigt.

Mondamin Brown & Polson

alleinige fabr. k. engl. Hof.

Entötes Maisproduct. Für Kinder und Kranke mit Milch gekocht speciell geeignet — erhöht die Verdaulichkeit der Milch. — In Colonial- u. Drog.-Hdg. 1/2 u. 1/4 Pf. engl. à 60 u. 30 Pf.

Haupt-Depot für Schlesien und Posen bei [106]

Erich & Carl Schneider, Breslau,
und Erich Schneider, Liegnitz; Kaiserl. Königl. u. Grossherzogl. Hof.

Schönsten ital. Blumenkohl,
die Rose von 25 Pf. an, gebratene Kartoffeln, täglich von 5—8 Uhr
Wends., empfiehlt [1722] J. Titze, Jägerstraße 8.

Preussische Hypotheken-Aktion-Bank.

Die zum 31. März und zum 30. Juni d. J. gekündigten Pfandbriefe der Serien I. und VI. discontieren wir von heute ab bis auf Weiteres mit 2% Zinsen per anno. [414]

Berlin, den 16. Januar 1888.

Die Direction.

Verein für Handl. Commiss 1858

Hamburg, Deichstrasse 1, 1.
Die Mitgliedskarten pro 1888, sowie die Quittungen der Pensions-Kasse und der Kranken- und Begegniss-Kasse e. H. liegen zur Einlösung bereit. [418]

Die Verwaltung.

Bekanntmachung.
In unser Genossenschafts-Register ist bei Nr. 1 [1069]

Vorschuss - Verein in Löwen (Eingetragene Genossenschaft) Spalte 4 Folgendes heut eingetragen worden:

An Stelle des Kaufmanns Ernst Wilde ist der Tischlermeister Schimmel zu Löwen in den Vorstand als Controleur gewählt worden. Eingetragen auf folge Verfügung vom 12. Jan. 1888 am 13. Januar 1888. Löwen, den 13. Januar 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
In unserem Firmenregister ist heut unter Nr. 418 die Firma J. Fröhlich

in Katzscher und als deren Inhaberin die vermittelte Kaufmann Bessine Fröhlich geborene Stern in Katzscher eingetragen worden.

Die ebenda unter Nr. 40 eingetragene Firma [1071]

J. Fröhlich

in Katzscher ist heut gelöscht. Katzscher, den 18. Januar 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Abtheilung II.

Bekanntmachung.
In unser Procurenregister ist heut unter Nr. 1 die Procura des Alexander Fröhlich

zu Katzscher für die Firma [1070]

J. Fröhlich

in Katzscher (Nr. 418 des Firmenregisters) eingetragen worden.

Katzscher, den 18. Januar 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Abtheilung II.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 10./11. d. Ms., gegen 1 Uhr Morgens, ist die Auszügler-Witwe Johanna Winkler in Brosewitz in ihrer Behausung beraubt worden.

Derselben wurde ein Säckchen entzogen, in welchem sich 108 Mark in folgenden Münzsorten befanden:

4 Zwanzigmarsküste,
1 Behmarmarsküste,
einige Thalerstücke,
einige Zweimarsküste,
einige Einmarsküste,
einige Zwanzig- und Behmfennigstücke. [1087]

Außerdem fanden noch folgende Gegenstände abhanden:

1) eine Pelzjacke mit grauem Tuchüberzug,

2) eine braungefleckte Flanelljacke,

3) ein schwarzer Tuchrock mit zwei Sammetstreifen besetzt,

4) ein blaugemustertes Reisskattuvor,

5) eine rothgestreifte, eine blau-

gestreifte und eine schwarze Schürze,

6) ein schwarzes und drei rothe Tücher,

7) ein lila blaues und ein weiß-

tatiges Tuch mit brauen Punkten,

8) ein Bezug Büchen roth- und weiße rot,

9) eine schwarze Capote,

10) ein weies Zipfelsucht,

11) ein roblenes Grastuch, und

12) zwei Wecken Bacobst.

Die Persönlichkeit des anscheinend mit der Dertlichkeit vertrauten Thäters ist der p. Winkler gänzlich unbekannt geblieben, da derselbe sich verneint und im Gesicht geschwärzt hatte.

Ich erfuhr ergebenst, nach dem Thäter und dem Verbleib der fraglichen Gegenstände zu forschen und einige Nachrichten unter den Actenzeichen J. 69/88. an mich gelangen zu lassen.

Brieg, den 19. Januar 1888.

Der Erste Staatsanwalt, Schumacher.

Cigarren-Agent gesucht!

Eine Cigarrenfabrik, welche hauptsächlich in mittelen u. besseren Preislagen fabrikt, und seit ca. 20 Jahren in Breslau eingeführt ist, sucht für genannten Ort einen tüchtigen, habfräftigen [1055]

Berreiter,

dem die besten Grafzeichnungen zur Seite stehen. Soische, die mit der Rundschau u. Branche vertraut sind, erhalten den Vorzug. Offerten beziehen man unter Beifügung von Reisenreisen und Angabe der bisherigen Thätigkeit unter Chiffre H. S. 137 an die Exped. der Bresl. Btg. abzugeben.

Eine im Betrieb befindliche, praktisch eingerichtete und mit solider Rundschau versehene

Baumwollgarn- u. Kleidersärberei mit einem Gehalte von 2500 Mark und 200 Mark Kleidergeldern.

6 Polizei-Sergeantenstellen mit einem Gehalte von je 1050 Mark und 120 Mark Kleidergeldern, und zwar zunächst auf einjährige Probezeit mit monatlicher Kündigung.

Bewerber, welche den Civilver-

forschungschein besitzen, wollen ihre

Zeugnisse nebst selbstgetriebenen

Lebenslaufe bis zum 15. Februar cr. dem Unterzeichneten einsenden.

Nemsdorf, den 14. Januar 1888.

Der Bürgermeister.

von Böhmen.

Holzverkäufe aus der Königlichen Oberförsterei Nogelwitz, Kreis Brieg, Post Manschütz.

Es gelangen zum öffentlichen Ausgabe: [1068]

I. Mittwoch, den 25. d. M. von Vormittags 9½ Uhr an, im Kerche-

schen Gasthaus hierelbst:

1) von neuen Einschlägen: Jagen 38, Birken, ca. 114 St. mit 27,14 fm, 16 Stangen I. Kl. 70 fm Scheit. Kiefern u. Fichten, ca. 745 Stück mit 405,83 fm, 144 St. Fichten-Stangen I. bis III. Kl. u. ca. 123 fm Kiefern-

Scheit;

2) vom alten Einschlage: Brennholz aus dem ganzen Reviere nach Borrath und Bedarf.

II. Mittwoch, den 1. Februar cr. im Teuber'schen Gasthause zu Gr. Leubusich:

1) vom neuen Einschlage, vor-

wiegend in grösseren Loosen, von Vormittags 9½ Uhr an: Jagen 91 und 92, Eichen, ca. 11 Stück mit 4,66 fm, Scheit 28 fm, Stockholz 16 fm, Kiefern, ca. 1044 Stück mit 636,61 fm, Stockholz 236 fm, Fichten-Scheit, ca. 5 fm. Jagen 144, Kiefern (IV. Kl.), circa 175 St. mit 118,94 fm, Scheit 178 fm, Fichten-Scheit 65 fm, Knüppel 24 fm, Stockholz 75 fm.

Die Kiefernlangholzer sind meist von recht guter Beschaffenheit und liegen 1, resp. 1,5 und 3 km von der Chaussee Brieg-Manschütz entfernt bequem zur Abfuhr.

2) vom alten Einschlage von Nachmittags 2 Uhr an: Brennholz aus dem ganzen Reviere nach Borrath und Bedarf.

Nogelwitz, den 16. Januar 1888.

Der Oberförster.

1988

Gefrischen Dorsch, Schellfisch, Zander empfiehlt [1718]

E. Huhndorf, Schmiedebrücke 21.

Eine Oster-Plaumen Partie in sehr gut Qualitäten offeriert preisw. Joseph L. Rabe, Carls-

straße 13, 1. Etage. [1704]

Frische Hasen, Reb vild, Fasanen u. Grobviöl zu bestimmt billigen Preisen nur [1725]

Derb's Wildhandlung.

Kupferschmiedestraße 55/56.

1 Pianino, ganz neu, schwarz, 128 Cm. hoch mit Aufzug, freudig, brillant im Ton, befreitnom. Fabrikat, für 380 Mf. zu verkaufen. Garantie 5 Jahre.

Cohn, Kupferschmiedest. 17.

Gewächshäuser, nach Haupt's System, beste bekannte Construction, baut mit vorzüglichster Heizung, Ventilation und innerer Einrichtung.

Caristephani, Schloßmeister, Brieg, Bez. Breslau.

Haupt's Gewächshäuser hier u. viele andere sind v. mir vollst. aufgeführt der Besitzer ausgeführt worden.

1988

Gericthlicher Verkauf.

In dem Concuse über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Gebrüder David zu Breslau, Gräbschnerstraße Nr. 17, sollen das vorhandene Warenlager, bestehend in

Posamentier- und Wollwaren sc., sowie die Geschäftsinventar im Ganzen verkauft werden und nimmt Unterzeichneten schriftliche Gebo

de darauf bis 23. Januar cr. Abends entgegen. [413]

Die Bekanntmachung kann am 21. und 23. Januar cr. Gräbschnerstraße 17 vorgenommen werden, woselbst auch die gerichtliche Taxe zur Einsicht ausliegt.

Carl Michalock,

Concursverwalter, Nummer 57.

1988

Erste Hypothek, 125000 Mark à 4%, beste Au-

lage, ist zu verkaufen. [396]

Nah. unter K. 278 durch Rudolf

Mosse, Breslau.

1988

1000 Mark gegen vorzügliche Sicherheit bei 5%

Binsen gefügt. Ges. Offerten unter

M. 46 Exped. der Bresl. Btg. erbet.

Die Persönlichkeit des anscheinend

mit der Dertlichkeit vertrauten Thäters

ist der p. Winkler gänzlich unbekannt

geblieben, da derselbe sich verneint

und im Gesicht geschwärzt

hatte.

3000.

Mit 3000 Mark kann sichemand an meinem Geschäft (Goldbranche) im Stillen betheiligen. Vollständige Sicherstellung des Capitals durch Haupthaft, sowie ein monatlicher Gewinn von 300 Mark wird schriftlich garantiert. Ges. Offerten bitte dem Berliner Intelligenz-Comptoir Berlin, Kurstr. 14, mit der Aufschrift

K. 95 einzusenden.

[395]

1988

Holzwolle in mittelstarken Nummern hat billigst

abzugeben. [388]

S. Gallinck, Landesberg DE.



Frische

Rennthierrücken, Waldschneepfen, Krametsvögel, Fasanen,

Birk-, Hasel- und Schneehühner, Pouardes du Mans, Brüsseler u. Böh.

Poularden, Capaunen, sette Puten, Enten, Hamb. Kücken,

Perig.-Trüffeln, frische franz. Salate u. Gemüse

von neuen Sendungen empfehlen

Erich & Carl Schneider, Breslau.

Schweidnitzerstraße 13, 14 und 15, und [1701]

Erich Schneider in Liegnitz, Hoflieferanten.

Ein bis zwei gebrauchte große Verschl